



3. HEFT / MÄRZ 1905

MAX SCHIPPEL · HANDELSPOLITISCHE KOMETEN- JAHRE

UBER die agrarischen und industriellen Zollsätze, die unter den Vertragsstaaten neu vereinbart wurden, über die mancherlei enttäuschten und befriedigten, in- und ausländischen Sonderinteressen ist der Leser durch die Tagespresse und die erschöpfenden Parlamentsverhandlungen genügend unterrichtet. Eine Wiederholung aller dieser Einzelheiten käme auch allzu spät, um noch irgendwelchen Wert beanspruchen zu dürfen.

WEITER ist es im Augenblick ziemlich überflüssig, nochmals die inneren wirtschaftlichen Gegensätze und Konflikte darzulegen, welche den Gang jeder Handelspolitik bestimmen und beeinflussen: Konflikte zwischen Produzenten- und Konsumenteninteresse, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Rohmaterial liefernden und verarbeitenden Produktionszweigen, zwischen Entwicklung des heimischen Marktes und Expansion der Ausfuhr.

DAGEGEN scheinen ein paar andere allgemeinere Betrachtungen am Platze, teils um an der Hand der jetzigen tatsächlichen Erfahrungen die Richtigkeit mancher weitverbreiteten, mehr theoretischen Vorstellungen über die Leistungsfähigkeit der internationalen *do ut des*-Politik überhaupt nachzuprüfen, teils um einige wahrscheinliche oder doch mögliche Zukunftsentwicklungen ins Auge zu fassen. Denn bei den diesmaligen Abkommen ist ganz wesentlich, was hinter ihnen liegt wird, während die alten, sogenannten *Caprivischen Verträge* überhaupt nicht über sich hinaus wiesen: mit ihrem Abschluss — der, nebenbei bemerkt, über drei Jahre Zeit in Anspruch nahm und einen Zollkrieg mit Russland kostete¹⁾

¹⁾ Die einleitenden Schritte gegenüber Österreich-Ungarn geschahen im Winter 1890-1891, in Zusammenhang mit den beginnenden Auseinandersetzungen über die Erneuerung des Dreibundes. Der Zollkrieg mit Russland wurde mit den russischen Zollzuschlägen vom 1. August 1893 eröffnet, er schloss mit dem deutsch-russischen Handelsvertrag vom 10. Februar 1894. Zwischen diesem und den Verträgen mit Österreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz vom Dezember 1891 liegen dann die Verträge mit Serbien vom 31. August 1892, mit Rumänien vom 21. Oktober 1893. Man sieht: Selbst wenn man, wie damals Deutschland, nur Zollermäßigungen anbietet, ist manchmal noch ein weiter und schwieriger Weg bis zu einem Tarifvertrag.

— war man sofort auf dem toten Punkt angelangt, über den man niemals wieder hinauszukommen vermochte. Diesmal eröffnet sich zweifellos noch jenseits der Grenzen des bisherigen mitteleuropäischen Tarifvertragsgebietes ein weiteres Betätigungsfeld für eine geschickte und zielbewusste Handelsdiplomatie. Und obwohl, wie gewöhnlich, nicht alle Blütenträume reifen werden, so dürfte diese Folgezeit kaum ohne jedweden Erfolg bleiben. Den unleugbaren Rückschritten der Vertragspolitik werden sich später manche Fortschritte an die Seite stellen lassen.

X

X

X

WIDERLEGT durch die Erfahrungen der letzten Vertragsperiode ist zunächst die oft gehörte Meinung, dass Zollherabsetzungen eines Staates, wie Deutschland, das Signal zu einer international allgemeineren Abkehr vom Protektionismus geben müssten.

DAVON war so gut wie nichts zu spüren, und eigentlich hätte der Gedanke schon von vornherein widersinnig erscheinen sollen. Denn er läuft schliesslich darauf hinaus, als wirkende, durchschlagende Triebkraft so gut wie aller handelspolitischen Entwicklungen im Auslande ausschliesslich ein Interesse vorzusetzen: das Interesse am Export nach dem einen Deutschland, dem Mittelpunkt des Weltalls und der Weltwirtschaft, dem letzten Urgrund sowohl alles Fortschreitens, wie jeder Reaktion. Dass solche Naivetäten stets mit den bittersten Enttäuschungen enden, ist selbstverständlich. Es gibt nun einmal allerwärts zwischen Himmel und Erde noch ganz andere, unendlich bedeutsamere ökonomische Triebkräfte und Interessen, und diese sind in ihrem Zusammenwirken derart massgebend für die Handelspolitik eines jeden Volkes, dass daneben die Rückwirkung der Zollveränderungen eines Auslandsstaates vollständig in den Hintergrund tritt. Wir müssen uns eben, wohl oder übel, daran gewöhnen, auch die Handelspolitik der einzelnen Völker als selbständige individuelle Gebilde hinzunehmen und anzuerkennen, die ihren eigenen gewiesenen Weg gehen und Richtung und Ziel vorwiegend aus sich selber schöpfen: aus ihrem ganzen Lebensmilieu und ihren besonderen Entwicklungsbedürfnissen, dagegen sehr wenig aus fremden Anweisungen oder Vorbildern. Deswegen behalten internationale vertragsmässige Unterhandlungen und Verständigungen noch immer ihren hohen Wert; sie können viele Kanten und Schärpen eines Zollregimes abschleifen und abstumpfen, aber sie können — von ganz ausnahmsweisen Beziehungen und Ereignissen abgesehen — die grundlegenden Richtlinien der Auslandspolitik nicht abändern. Das gilt heute in England allgemein als Lehre aus einem halben Jahrhundert der Freihandelspraxis, die anfangs doch auch als Anstoss zur unwiderstehlichen internationalen Freihandelsausbreitung gedacht war. Dieses Recht auf eine abweichende handelspolitische Entwicklung räumt jeder aufgeklärte Engländer, er sei liberal oder konservativ, selbst für die eigenen Kolonien ein, die leiblich und geistig dem Mutterlande so nahe geblieben sind, auch wo sie politisch fast vollkommen unabhängig wurden. Um so weniger können wir dieses Recht Staaten verweigern wollen, die uns zum Teil viel fremder gegenüberstehen. Unsere deutschen Erfahrungen nach 1890 bekräftigen das nur.

HABEN wir es doch seinerzeit im Zollverein, angesichts der Peelschen Zollreform, selber nicht anders gemacht, wie nach 1890 mancher fremde Staat

gegenüber unseren Agrarzollherabsetzungen. Und wer hätte uns das verdenken wollen? Die damaligen deutschen Industriezöllner, politisch im wesentlichen vertreten durch die süddeutschen Regierungen, sahen in der Öffnung der englischen Tore für das deutsche Korn und Holz nur eine relative Verteuerung der Lebensmittel in Deutschland und darum eine Schwächung der deutschen Industrie gegenüber der englischen Konkurrenz. Als Erwiderung auf die A u f - h e b u n g der englischen Kornzölle verlangten sie deshalb eine E r h ö h u n g der deutschen Industriezölle. Deutschland, schrieb F r i e d r i c h L i s t, werde »nie seine Schutzpolitik an England ablassen für die ärnliche Konzession, etwas Getreide und Holz nach England zu exportieren«:

„Nachdem Deutschland seit zwanzig Jahren die Bahn der Industrievollkommenung betreten und diesem Zwecke unermessliche Opfer gebracht hat, würde es politische Blindheit verraten, liesse sich jetzt Deutschland durch die Abolition der englischen Korngesetze auf irgend eine Weise von Verfolgung seiner grossen Nationallaufbahn abhalten. Ja, wir sind der festen Überzeugung, Deutschland müsste in einem solchen Fall seine Schutzzölle in demselben Verhältnis erhöhen, in welchem die englischen Fabriken durch die Abolition der Korngesetze gegen die deutschen in Vorteil gestellt würden.“

In der Tat brachte gerade die zweite Zollvereinsperiode /1842 bis 1853, trotz der gleichzeitigen englischen Freihandelsreformen, und trotz des Widerstrebens der mehr agrarischen preussischen Regierung in Deutschland selber, eine starke Emportreibung der industriellen Zollsätze gegen England.²⁾ Die gleiche Tendenz wiederholt sich damals in Frankreich und anderen Ländern.

ÄHNLICH schritt nach 1890 die Schutzzollsteigerung fast in der ganzen Welt weiter, während wir unsere Zölle ermässigten. Während der Einleitung der deutschen Handelsvertragspolitik, deren Ziele niemandem ein Geheimnis blieben, trat in den Vereinigten Staaten der MacKinleytarif in Kraft, um 1897 nochmals durch das Dingleygesetz überboten zu werden. Die in Canada herrschende liberale Politik ist heute genau so protektionistisch, wie ihre konservative Vorgängerin, und durch die Zolldifferenzierung ist sie für Deutschland nur noch schädigender geworden. Die s ü d a m e r i k a n i s c h e n Staaten haben unterdes fast alle die Eigenart ihres Wirtschaftsschutzes schärfer ausgestaltet. Australien hat seit der Durchführung der Bundeseinheit die letzten Freihandelsüberreste über Bord geworfen. Japans Zolltarif ist, von den jetzigen Kriegszöllen ganz zu schweigen, seit der Mitte der neunziger Jahre, seit der uneingeschränkten Anerkennung der völkerrechtlichen Selbständigkeit des selbstbewusst emporstrebenden Inselreiches, viel protektionistischer geworden. Südafrika wandelt seit seiner Konsolidierung ganz in den Spuren Canadas. Mit Spanien gerieten wir schon 1894 in Zollkrieg, ohne schliesslich /seit 1899/ mehr, als die blosser Meistbegünstigung, zu erreichen. Portugal steht etwa mit Spanien auf gleicher Stufe.

UND haben wir vor zehn und mehr Jahren wenigstens von den wenigen eigentlichen Vertragsstaaten überwiegend Zollherabsetzungen eingetauscht? Viele scheinen das heute noch unbeschens in gutem Glauben hinzunehmen, aber jeder, der die Verträge einmal ernstlich gelesen hat, weiss, dass die Gegenleistungen des Auslandes nicht selten tatsächliche Zoll e r h ö h -

²⁾ »Diese Erfahrung wiederholt sich noch mehrfach. Sie würde auch heute stets wiederkehren, wo ein Industriestaat versuchen sollte, durch Zugeständnisse an die Lebensmittelfuhr andere, mehr agrarische Nationen zum Verzicht auf ihre Industrieentwicklung, das heisst: auf ihre ökonomische und politische Zukunft zu bewegen.« (Vergl. meine *Grundzüge der Handelspolitik*, Berlin 1902, pag. 132)

ungen und noch mehr blosse Bindungen waren: Zusicherungen, bis 1903 die bisher in Kraft befindlichen Zölle nicht weiter zu erhöhen. Österreich-Ungarn hatte von dem 300 bis 340 Millionen Mark betragenden jährlichen Durchschnittswert der deutschen Wareneinfuhr nur einer Wertsumme von 63 Millionen Mark Zollermässigungen, oft minimalster Art, zugestanden. Von dem 80 bis 100 Millionen Mark betragenden Gesamtwert der Warenausfuhr Deutschlands nach Italien waren nur für etwa 23 Millionen die Zollsätze, meist um einen geringen Betrag, reduziert worden³⁾. Fast alle belgischen Tarifkonzessionen an Deutschland stellten lediglich Bindungen bestehender Sätze dar — wobei allerdings der zu Grunde liegende belgische Tarif von jeher bereits sehr liberal war. Doch das sind die drei einzigen Verträge jener Zeit, bei denen das Ausland, genau wie Deutschland, von älteren Zolltarifen ausging. Bei allen folgenden Verhandlungen hatte es Deutschland mit Staaten zu tun, die sich unterdes einen neuen, höheren Zolltarif gegeben hatten, die von dessen Sätzen zwar abhandeln liessen, die in diesen relativen, papierernen *Ermässigungen* jedoch nichts, als eine Fülle tatsächlicher Zollerhöhungen, boten, neben einer Reihe von blossen Bindungen — während, um das zu wiederholen, Deutschlands Ermässigungen stets solche realer Art waren. In der Schweiz hatte die Schutzzollbewegung eben erst triumphiert, und dementsprechend brachte der Vertrag dem deutschen Export zahlreiche, nicht unbeträchtliche Zollerschwerungen. Noch nachdrücklicher wiederholte sich diese wenig angenehme Erfahrung bei Rumänien, das bei den Konferenzen von einem neuen Zolltarif mit vielen, geradezu prohibitiven Sätzen ausging. Und war es bei Russland anders? Als die deutsche Aktion gegenüber den anderen Dreibundstaaten anhub, galt in Russland der Tarif von 1885. Schleunigst setzte, im Juni 1891, die russische Regierung einen neuen Zolltarif in Kraft. An diesem gemessen, brachte uns allerdings der schliessliche Vertragstarif manche Errungenschaften. Aber gemessen an den bei Beginn der Caprivischen Vertragsära wirklich in Wirksamkeit gewesenen russischen Zöllen, verwandeln sich fast alle diese Errungenschaften in Zollsteigerungen seitens Russlands. Da man hier auf die unglaublichsten Illusionen stösst, so seien für einige der wichtigsten deutschen Produktionen nebeneinandergestellt die russischen, bis 1891 geltenden Einfuhrzölle, sowie die schliesslichen Vertragszölle:

		Zollsatz bis 1891 Rubel	Vertragssatz Rubel
Roheisen	pro Pud	0,15	0,30
Band- und Sortierisen	„ „	0,40	0,50
Eiserne Schienen	„ „	0,50	0,50
Eisen in Blättern bis Nr. 25	„ „	0,60	0,65
„ „ „ über Nr. 25	„ „	0,60	0,80
Band- und Sortierstahl	„ „	0,40	0,50
Stahlschienen	„ „	0,50	0,50
Stahl in Blättern bis Nr. 25	„ „	0,60	0,65
„ „ „ über Nr. 25	„ „	0,60	0,80
Zinnfolie	„ „	0,85	2,00
Blei	„ „	0,20	0,25

³⁾ Über die Gegenleistungen der ersten grundlegenden Verträge vergl. meine Darstellung in der *Neuen Zeit*, 1891-1892, I. Bd., pag. 399 ff. Der Artikel spiegelt wohl die damals übliche Parteimeinung richtig wieder.

		Zollsatz bis 1891 Rubel	Vertragssatz Rubel
Größere Kupferfabrikate	pro Pud	4,00	4,32
Qualifiziertere Kupferfabrikate	" "	4,00	13,60
Eisen- und Stahlfabrikate	" "	0,90	1,40
Eisen- und Stahlkesselarbeiten	" "	1,20	1,40
Eisen- oder Stahldraht über Nr. 25 bis 29	" "	1,10	1,50
" " " " " " " " " " " "	" "	1,10	2,00
Kupferdraht bis Nr. 25	" "	3,00	4,00
" " " " " " " " " " " "	" "	3,00	5,00
" " " " " " " " " " " "	" "	3,00	6,00
Drahtfabrikate aus Eisen oder Stahl . . .	" "	2,75	3,20
" " " " Kupfer	" "	4,00	7,50
Maschinen, Apparate, hauptsächlich Kupfer	" "	3,00	4,32
Lokomotiven	" "	1,40	1,80
Uhrwerkteile	" Pfund	0,12	0,50
Gekämmte Wolle, nicht gefärbt	" Pud	3,00	4,50
" " " " gefärbt	" "	4,50	6,00
Gespinnene Wolle, nicht gefärbt	" "	7,50	8,50
" " " " gefärbt	" "	9,00	9,80
Gewundene Wolle, nicht gefärbt	" "	7,50	9,80
" " " " gefärbt	" "	9,00	11,40
Zwilling	" Pfund	0,20	0,40
Tischtücher, Servietten, Handtücher . . .	" "	0,85	0,90
Gestrickte Fabrikate, seidene	" "	1,30	5,00
" " " " halbseidene	" "	1,30	1,90
" " " " baumwollene	" "	0,45	0,50
Schnüre und Posamenten, seidene und halbseidene	" "	1,30	1,90
Baumwolltüll	" "	0,55	1,20
Spitzen, nichtseidene	" "	2,65	3,15
Tischler- und Drechslerarbeit, gewöhnlich	" Pud	0,36	0,55
" " " " wertvoller	" "	1,45	1,80
Saffian, Glacé u. s. w., lackiertes Leder .	" "	10,50	12,00

INNERHALB der eigentlichen Vertragsperiode kommt es dann zwar zu einer wesentlichen Beruhigung, aber keinesfalls zu einem vollen Stillstand der protektionistischen Strömungen — wohlgermerkt: in den Vertragsländern selber. Zahlreiche Zollpositionen waren naturgemäß ungebunden geblieben und wurden denn auch von Zeit zu Zeit einer Revision, immer nach oben, unterzogen. Der russische Tarif zum Beispiel, nachdem dessen Einzelheiten schon vorher mehrere Verschiebungen erfahren hatten, wurde im Februar 1899 einer starken allgemeinen Erhöhung unterworfen durch die Vorschrift, dass die Zölle fortan in Gold zu zahlen seien; »behufs Umrechnung auf Gold wurden die Sätze des Tarifs um 50 % gesteigert; durch das Gesetz vom 21. Juli 1900 sind alsdann zahlreiche Positionen noch weiter, zum Teil bis um 50 % erhöht worden, und darunter befinden sich manche, an denen die deutsche Ausfuhr lebhaft beteiligt ist.«⁴⁾ In Italien lief die seit 1893 vorgeschriebene Entrichtung der Zölle in Gold der Sache nach ebenfalls auf eine Steigerung der Zollbelastung hinaus; »die eingetretenen Erhöhungen betreffen auch eine Reihe wichtiger deutscher Ausfuhrwaren.«

ZUM Schlusse nehme man noch Frankreich mit seiner Zollautonomie, mit seinem Mélinetarif von 1892 und seinem fortgesetzten weiteren Anziehen der

⁴⁾ Vergl. *Die Grundlage der künftigen deutschen Handelsvertragsverhandlungen* in Conrads *Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik*, 1902, pag. 724.

Zollschraube hinzu, und man wird zugestehen müssen, dass die Theorie vom *guten Beispiel*, das unwiderstehlich zur Nacheiferung reizt, sich in der internationalen Handelspolitik niemals besonders bewährt hat: aus dem einfachen Grunde, weil das Ausfuhrbedürfnis — noch dazu der lediglich nach einer bestimmten Seite gerichtete Export — nur ein Faktor ist unter sehr vielen, aus denen die Handelspolitik jedes nationalen Gemeinwesens als besonderes individuelles Ergebnis hervorwächst.

× × ×
 ES ist deshalb auch schwer zu sagen, wieviel von den jetzigen höheren Generaltarifen des Auslandes auf das Konto des deutschen Vorgehens zu setzen ist, und andererseits, wieviel auf das Konto neuemporgewachsener eigener Schutzinteressen, neuer Abwehr- und Kompensationsbedürfnisse gegenüber dritten Staaten.

HIER hat gerade die Handelsvertragspolitik, trotz aller überwiegender Vorzüge, zweifellos den einen Nachteil, dass sie in allen beteiligten Staaten alle Zolländerungen auf einen Termin zusammenhäuft. Alle zurückgehaltenen zollpolitischen Wünsche, auf deren Erfüllung man, wegen der gegenseitigen Bindungen, zehn oder zwölf Jahre hindurch verzichtete, brechen sich wie mit einem Schläge Bahn. Statt des häufigeren Zollregens kommt es in grösseren Zeitabständen immer zu förmlichen Zollwolkenbrüchen.

SO war es anfangs der neunziger Jahre, als das handelspolitische Kometenjahr 1892, mit dem Ende des von Frankreich eingeleiteten internationalen Konventionaltarifsystems, heranrückte. So schuf man vor dem Ablauf der jetzigen Verträge, mit unvergleichlich gesteigertem Interessenspürsinn, überall neue Generaltarife, um für die abermaligen Auseinandersetzungen *gerüstet* zu sein. Es ist kein Wunder, dass bei dem endlichen Ergebnis niemandem recht wohl in der Haut ist, und dass sich so ziemlich jeder fragt, was für schwindelnde Zollkunstbauten man vor 1917, dem dritten Kometenjahre, aufrichten werde, wenn die Entwicklung geradlinig so weiter laufen sollte, wie bisher.

UNSER neuer deutscher Zolltarif ist nunmehr, nach einem vollständig neuen Grundriss, bis zu 946 Nummern ausgebaut, während man bisher — alle Unterteilungen mitgerechnet — mit 387 Tarifstellen zufrieden war. In der Begründung hiess es:

»Der geltende Tarif fasst vielfach Dinge zusammen, die bei dem heutigen Stande der Gewerbe und im Hinblick auf die Verschiebungen in den Preisen der Handelsgüter nicht mehr zusammengehören. Hieraus ergibt sich die missliche Wirkung, dass der Zoll bei einer Reihe grösserer Warengruppen, welche im Tarif nur mit Gattungsbegriffen — zum Beispiel *feine Eisenwaren* — bezeichnet sind, die wertvolleren Gegenstände verhältnismässig zu gering und die wohlfeileren zu hoch belastet. Zur Vermeidung der dadurch entstehenden Schädlichkeiten ist daher die Zerlegung solcher Warengruppen für die allgemeine Regelung unseres Tarifwesens als Bedürfnis anzuerkennen. Nicht minder wichtig ist sie für spätere Verhandlungen über Tarifverträge mit ausländischen Staaten.«

SELBSTVERSTÄNDLICH blieb Österreich-Ungarn gleichfalls nicht bei seinem *alten Kuhfuss*. Die Gruppenpositionen wurden »nur dort noch belassen, wo sich das Bedürfnis nach weiteren Zerlegungen nicht mehr geltend gemacht hat«. Im übrigen wird über Motive und Ziele des neuen Zolltarifs seitens der Regierungen bemerkt:

»Die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines neuen Tarifes ergab sich gleichmässig aus Gründen unserer autonomen, wie vertragsmässigen Handelspolitik.

Es bedarf wohl keiner weiteren Auseinandersetzung, um darzulegen, dass einerseits die Agrarfragen, andererseits die technischen Fortschritte und Neuerungen auf industriellem Gebiete es dringend erheischen, die durch die Gesetze der Jahre 1882 und 1887 geschaffene tarifarische Basis in einer den mittlerweile zu Tage getretenen, vielfach geänderten Verhältnissen entsprechender Weise umzugestalten. Ebenso forderte es aber auch die sich immer deutlicher zeigende Richtung der ausländischen Handelspolitik, rechtzeitig dafür Vorsorge zu treffen, dass die Monarchie sich mit einem neuen allgemeinen Tarife versehe, der sowohl für den Fall des Zustandekommens neuer Verträge, als auch für den gewiss nicht gewünschten Fall des Scheiterns solcher Verhandlungen vor allem die Produktionsinteressen vor allzu grossen Erschütterungen bewahre.⁵⁾

NICHT anders in der Schweiz, als das Kometenjahr heranrückt. Die Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung wies darauf hin: man müsse sich die Frage vorlegen,

ob der Generaltarif, auf Grund dessen über den Abschluss neuer Verträge unterhandelt werden müsste, nicht geändert werden sollte, um den seit seiner Aufstellung eingetretenen Änderungen der Produktions- und Absatzverhältnisse Rechnung zu tragen... In erster Linie macht sich die Tendenz grösserer Spezialisierung behufs möglichster Abstufung der Ansätze nach dem Wert und den übrigen Verhältnissen der verschiedenen Artikel bemerkbar... Der Tarif zeichnet sich ausserlich, der bereits erwähnten Tendenz... gemäss, durch eine bedeutend grössere Zahl von Positionen und eine völlig neue Anordnung aus. Der jetzige Generaltarif zählt 476 Positionen, der neue 1113.⁶⁾ Bei der neuen Gliederung ist eine rationellere Bemessung der Zollansätze möglich, als bei der bisherigen, die zum Beispiel fast sämtliche Chemikalien für gewerblichen Verbrauch, trotz ihrer grossen Mannigfaltigkeit und den verschiedensten Produktionsverhältnissen, in fünf Positionen zusammenfasst. Auch für die Unterhandlungen zum Abschluss von Handelsverträgen wird eine bessere Gliederung sehr vorteilhaft sein.

WEITER haben von den sieben alten Vertragsstaaten Russland, Rumänien, Serbien ihre Zolltarife, vor dem Beginn neuer Verhandlungen, vollkommen umgestaltet, vorwiegend in industrieprotektionistischem Sinne.

DIE Welt braucht deshalb noch nicht aus den Fugen zu gehen. Aber es lässt sich denken, unter wieviel grösseren Schwierigkeiten sich die gegenseitigen handelspolitischen Neuanpassungen diesmal vollzogen haben, verglichen mit dem Beginn der ablaufenden Vertragsperiode.

× × ×
IM Mittelpunkte der Caprvischen Unterhandlungen stand, wie man weiss, die Ermässigung der deutschen Getreidezölle.

DIES war nunmehr durch die gesetzliche Festlegung der deutschen Minimalzölle ausgeschlossen. Um so gespannter durfte man sein, was die Auslandsstaaten für ihre Vieh- und Fleischeinfuhr nach Deutschland erreichen und unter Umständen erzwingen würden. Auch für den deutschen Konsumenten war das schliesslich die ungleich wichtigere Frage, denn schon bei jedem besser gestellten Arbeiter übersteigen die Ausgaben für animalische Produkte (Fleisch, Wurst, Fett, Milch, Käse) ganz wesentlich den Betrag für pflanzliche Nahrungsmittel, vor allem für Brot und Mehl.⁷⁾

⁵⁾ Vergl. die Begründung zum Zolltarif im österreichischen Abgeordnetenhaus, 17. Session 1903, zu 1022 der Beilagen, pag. 20 und 14.

⁶⁾ Im Gesetz vom 10. Oktober 1903 sind es schliesslich 1164 Tarifnummern geworden — von den 5 Positionen für die Ausfuhrverzollung (altes Eisen, Lumpen und Makulatur, rohe Felle und Häute, Knochen) abgesehen.

⁷⁾ Vergl. meinen Artikel *Die alte und die neue Handelsvertragsperiode* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, besonders pag. 9. Sehr lehrreiche Darlegungen bei Max May *Wie der Arbeiter lebt Arbeiterhaushaltsrechnungen aus Stadt und Land* Berlin 1897.

FÜR die Vieheinfuhr entscheidend sind bekanntlich weniger die Zölle, als die Sperren, wie sie sich unter der Autonomie der Seuchengesetzgebung fast zum dauernden Normalzustand an allen deutschen Grenzen herausbildeten. 1891 schien hier Österreich-Ungarn einen unbestreitbaren Erfolg erlangen zu haben; freilich löste ihn die deutsche Verwaltungspraxis sehr bald wieder in blauen Dunst auf. Schon beim Abschluss des Handelsvertrages von 1881 hatte Österreich-Ungarn den Abschluss einer Viehseuchenkonvention angeregt, aber Fürst Bismarck zog es vor, freie Hand zu behalten. Er wusste als entschiedener Agrarier davon energisch Gebrauch zu machen. Als die Rinderpest im Nachbargebiet erloschen war, hielt er dennoch an dem Verbot der Einfuhr von lebendem Rindvieh, sowie des frischen Fleisches von Rindvieh, Schafen und Ziegen fest — wegen der Lungenseuche. Dann wurde das Einfuhrverbot auf lebende Schafe ausgedehnt. Endlich berief man sich auf die Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche, um erst für gewisse Strecken, dann für die ganze Grenze die Schweineinfuhr abzuschneiden. 1891 glaubte die Wien-Budapester Regierung jedoch eine vertragsmässige Erleichterung des Viehverkehrs gesichert, durch das Viehseuchenübereinkommen vom 6. Dezember, in dem man überdies eine ausschliesslich österreichisch-ungarische Errungenschaft sah — es fällt nicht unter das Meistbegünstigungsrecht, kam also anderen konkurrierenden Vertragsstaaten, wie Russland oder Rumänien, nicht zu gute. Die deutsche Regierung plante zunächst wohl eine liberale Handhabung. In der Vorlage an den Reichstag erkannte sie an,

>dass diejenigen Gründe, welche früher zur Ablehnung eines gleichartigen Vorschlages geführt hatten, in der gleichen Stärke nicht mehr bestanden. Österreich-Ungarn haben in neuerer Zeit mittelst einer durchgreifenden Änderung ihrer Veterinärgesetzgebung die Bestimmungen über die Bekämpfung der Viehseuchen den im Deutschen Reich geltenden Vorschriften ähnlich gestaltet; die energische Handhabung der neueren Bestimmungen hat zweifellos zu einer wahrnehmbaren Besserung der Seuchenverhältnisse beigetragen, sie bietet gleichzeitig eine Gewähr für die Fortdauer günstigerer Gesundheitsverhältnisse in den Viehbeständen.*⁸⁾

Sehr bald blies der Wind wieder anders. Da man an den Getreidezöllen bis 1903 nichts mehr zu ändern vermochte, so hielt man die Landwirte durch Viehsperren bei guter Laune. Auch Österreich-Ungarn hatte somit von seinem Sonderübereinkommen keinen wirklichen Vorteil.

AUF diesem Gebiet rechnete man nunmehr, bei den erneuten Verhandlungen, auf einen scharfen Vorstoss, nicht nur seitens des Donaureiches, sondern auch seitens Russlands und noch anderer, an der deutschen Vieheinfuhr interessierter Staaten. Was ist daraus geworden?

LEIDER muss man jetzt antworten: nichts. Nach der deutschen Regierungsdonkschrift waren ursprünglich russischerseits auf dem Gebiete der Veterinärpolizei weitgehende Zugeständnisse gefordert worden,

* . . . insbesondere wurde die Beseitigung der veterinärpolizeilichen Verbote der Einfuhr von lebendem Vieh, von Fleisch und von sonstigen tierischen Erzeugnissen als eine wesentliche Voraussetzung für die Erneuerung des Handelsvertrages bezeichnet. Es wurde ferner verlangt, dass auch in Zukunft Beschränkungen der Einfuhr von Tieren und tierischen Produkten nicht oder nur in ganz begrenztem Masse eintreten, die Zeugnisse der russischen Veterinäre über die Unverdächtigkeit der Tiere und Produkte deutscherseits anerkannt und die mit solchen Zeugnissen begleiteten Waren

⁸⁾ Vergl. die Donkschrift über das Viehseuchenübereinkommen mit Österreich-Ungarn in den Drucksachen des Reichstags, 1890-1893, Nr. 570, pag. 20.

anstandslos in Deutschland eingelassen werden sollten. Diese, auf eine völlige Aufhebung der deutschen Autonomie auf dem Gebiete des Grenzseuchenschutzes abzielenden Forderungen wurden damit begründet, dass die bestehenden Sperrmassregeln zum grössten Teil theoretischer Natur und mit dem gegenwärtigen Stande des russischen Veterinärwesens, namentlich im Hinblick auf ein neuerdings erlassenes russisches Veterinärgesetz, nicht vereinbar seien.⁹⁾ Ähnliches erfahren wir aus der gleichen Quelle über Rumänien und Serbien. Schon bei Beginn der Vertragsverhandlungen habe Rumänien entscheidendes Gewicht darauf gelegt, neben Tarifzugeständnissen für Mais und Petroleum auch Vergünstigungen für die Fleischdurchfuhr durch Deutschland, sowie für die Fleisch- und Vieheinfuhr nach Deutschland zu erhalten. Serbien habe »weitgehende Anträge auf Erleichterungen« gestellt und die deutsche Zustimmung zu »einer der Hauptfragen des neuen Vertrags« gemacht. ALLE diese Versuche hat die deutsche Regierung zurückgewiesen. Anscheinend mit Leichtigkeit gegenüber den kleinen Balkanstaaten. Russland schlug man eine »vergleichende Untersuchung über die Lage des Veterinärwesens und den Viehseuchenstand innerhalb der beiden Vertragsstaaten« vor, und nach der Denkschrift müsste man annehmen, dass das Ergebnis für Russland niederschmetternd genug gewesen sei, um fast alle hierher gehörigen Forderungen glatt fallen zu lassen. Das soll noch im November 1903 geschehen sein, also vor dem Zahnwerden durch die ostasiatischen Erfahrungen. In dieser Darstellung fehlen unseres Erachtens manche verbindende Glieder. Indes ändert das an der abschliessenden Tatsache nichts, dass abermals nur mit Österreich-Ungarn ein Viehseuchenübereinkommen abgeschlossen ist. OB ein im Konumenten- oder im Agrariersinn besseres oder schlechteres, als 1891? Das wird im wesentlichen abermals von der deutschen Exekutive abhängen. Wenn die deutsche Sperre bei einigen *minder leicht übertragbaren* Krankheiten, wie Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche, erschwert ist, so sieht das zwar wie ein Erfolg Österreich-Ungarns aus — in Wirklichkeit haben diese Krankheiten auch bisher niemals Anlass zu Einfuhrverboten gegeben. Ferner sind die Zonen verkleinert und bestimmter umgrenzt worden, gegen die sich eine deutsche Sperrerklärung zunächst richten darf; doch kann *nötigenfalls* zu einer, über ganz Österreich-Ungarn sich erstreckenden Sperre fortgeschritten werden. Zudem ist es eine Verschärfung im Sinne der deutschen Agrarier, dass nicht erst die tatsächliche Seucheheinschleppung, sondern bereits die nach dem Seuchenstand in den ausländischen Bezirken drohende Gefahr der Einschleppung das Recht zu Einfuhrbeschränkungen gewährt (Präventiv-, nicht bloss Repressivsperrre). Graf Bülow erklärte deshalb guten Mutes im Reichstage, er könne die Handhabung eines solchen Übereinkommens vertrauensvoll dem preussischen Landwirtschaftsminister überlassen. Und Herr von Podbielski spottete im Landesökonomikollegium über das Vertrauen auf bloss dekorative Ventile. IM grossen und ganzen wird demnach wahrscheinlich alles beim alten bleiben. Für den internationalen Viehverkehr ist auch diesmal die verträglichste Regelung noch nicht an die Stelle der alten Autonomie getreten. DER einzige schmale positive Gewinn für Österreich-Ungarn ist, dass es gewissen Grenzschlachthäusern an der bayerischen und sächsischen Grenze —

⁹⁾ Vergl. die Denkschrift über die neuen Handelsverträge in den Drucksachen des Reichstags, 1903-1905, zu Nr. 543, pag. 11.

Macht dauernd oder zeitweise zugesteht, ohne weiteres und bedingungslos auf die Boden- und Gewerbererzeugnisse des anderen ausgedehnt werden.«

Landes betroffen werden. Insbesondere wird jede Begünstigung und Erleichterung, jede Befreiung und jede Ermässigung der in dem Generaltarif oder in den Vertragstarifen enthaltenen Eingangszölle, welche einer der vertragsschliessenden Teile einer dritten Macht dauernd oder zeitweise, ohne Gegenleistung oder mit Kompensation, zugesteht, ohne weiteres und bedingungs-, vorbehalts- oder kompensationslos auf die Boden- und Gewerberzeugnisse des anderen ausgedehnt werden.«

DASS an ein neues, mehr als provisorisches, Abkommen mit England zunächst nicht zu denken ist, braucht kaum erst gesagt zu werden. England wird sich nicht binden, solange die Würfel über die Richtung seiner eigenen Fiskalpolitik noch nicht gefallen sind. Und wenn Neuwahlen eine liberale Regierung bringen sollten, so wird abermals wahrscheinlich alles in der Schwebe beiben. Einmal ist der englische Liberalismus grundsätzlich kein Freund von Handelsverträgen, und ferner wird er sich niemals stark genug fühlen, in einer Zeit der Gärung und des Überganges die Handelspolitik des Reiches durch weittragende Abkommen mit dem Ausland festzulegen. Hier werden alle Beteiligten zunächst den Lauf der Dinge abwarten müssen. *Unda fert, nec regitur*. Man kann wohl darauf achten, inmitten der Wellen obenauf zu bleiben, aber man kann nicht von aussen her solchen Strömungen ihren Gang vorschreiben wollen.

UND ob wir, was Österreich-Ungarn anlangt, wirklich schon das Ziel erreicht haben? Auch hier kann Deutschland nichts anderes tun, als abwarten. Deutschland ist durch seinen Vertrag gesichert für den Fall der Aufrechterhaltung der handelspolitischen Einheit zwischen den beiden Reichshälften an der Donau. Das Ende des Ausgleichs jedoch würde für Deutschlands Handelsinteressen noch viel förderlicher sein. Dennoch wäre es Vermessenheit und Torheit zugleich, wenn wir uns jenseits der Grenzen aktiv als auseinander-treibender Keil betätigen wollten. Wir können in Ruhe die Auseinandersetzungen zwischen Wien und Budapest sich abspielen lassen, bis zum unvermeidlichen Ende.

XX

OTTO HUE · ÜBER DEN GENERALSTREIK IM RUHR- GEBIET



S ist nicht möglich, schon jetzt die volle Bedeutung des abgebrochenen Generalstreiks für die Arbeiter speziell und die Volksgesamtheit im allgemeinen abzuwägen. Wer gleich nach dem Streikabschluss mit einem fertigen Urteil über die Taktik der Führung und die Erfolge des Kampfes vor die Öffentlichkeit treten konnte, mag als fixer Journalist gelten; aber ich denke: nicht die Fixigkeit, sondern die Richtigkeit ist vorzuziehen. Was dieser Riesenstreik für die

Arbeiterbewegung erzielte, darüber steht erst einer späteren, objektiven Geschichtsschreibung ein entscheidendes Urteil zu. Wir, die mithandelnd den Kampf erlebten, müssen uns vorerst bescheiden, die unmittelbar erhaltenen, praktisch für die Gewerkschafts- und für die politische Arbeiterbewegung verwertbaren Lehren aus diesem grandiosen Ausstand zu ziehen. Und diese sind mannigfaltig.

WOHL haben die Organisationsleiter in Presse, Versammlung und Parlament schon vor Monaten und Jahren auf die Gärung im Bergarbeiterlager warnend hingewiesen. Aber niemand ahnte, dass der am 16. Januar gegebenen Generalstreikparole 200 000 Knappen Folge leisten würden, kein Mensch glaubte, dass diese Masse sich unter unbeschreiblichen Entbehrungen wochenlang unerschütterlich um die Leitung scharen würde. Der Streik ist unvorbereitet ausgebrochen; als schlagenden Beweis dafür führe ich an, dass erst während des Kampfes die Streikorganisation zu stande kam; nicht einmal die allernötigsten Materialien (Kontrolllisten, Kontrollkarten etc.) waren angefertigt, alles wurde erst während des Ausstandes hergestellt. Damit ist die Unternehmerbehauptung, der Streik sei *von langer Hand vorbereitet*, gründlich widerlegt. Oder aber die Unternehmer wollen damit sagen, dass sie ihn vorbereitet haben. WEDER war die nationale Organisation vorbereitet — erst nach dem Ausbruch kam das Bündnis der vier Verbände zu stande —, noch waren internationale Vorkehrungen von den Arbeitern getroffen. Die internationale Aktion vollzog sich nachträglich, übrigens ohne Schuld der deutschen Bergarbeitervertretung, die seit Jahren auf den internationalen Bergarbeiterkongressen vergeblich für die Schaffung eines internationalen Sekretariats plädierte. Am 16. Januar wurde der Generalstreik proklamiert, am 26. konferierten Schröder und Eduard Bernstein mit den englischen, am 29. mit den belgisch-französischen Bergarbeiterführern, erst am 4. Februar trat in Dover das internationale Bergarbeiterkomitee zusammen. Die Beschlüsse der englischen und französischen, der am 29. Januar erklärte Generalstreik der belgischen Bergarbeiter kamen *post festum*; wäre das alles zur prompten Unterstützung unserer Generalstreikler vorbereitet gewesen, so wäre ihre Position ausserordentlich gekräftigt worden, so wären nicht endlose Wagenzüge mit ausländischen Kohlen zu uns gekommen. Die Moral von der Geschichte heisst: gute internationale Organisation der Bergleute! Die Unternehmer haben längst ihre internationale Organisation.

IM Dezember kam auf Zeche *Bruchstrasse* bei Langendreer der Anschlag, betreffend die Seil- respektive Schichtzeitverlängerung, zur Veröffentlichung. Er war in jeder Hinsicht ungesetzlich und musste zurückgezogen werden. Aber die Verwaltung (Herr Stinnes) kündigte für den 1. Februar den selben Anschlag an; obgleich sich von etwa 1200 grossjährigen Arbeitern 1100 gegen die Änderung der Arbeitsordnung erklärten, beharrte Herr Stinnes auf seinem Schein. Eine Belegschaftsversammlung am 6. Januar beschloss unter dem Eindruck der Reden der Verbandsleiter Sachse und Husemann, das Berggewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, aber schon am nächsten Morgen legte die Belegschaft die Arbeit nieder, weil ihr keine schriftliche Zusage der üblichen Brandkohlen (*Deputat*) gemacht wurde. Das war der äusserer Anlass zum Ausbruch der Empörung, die, wie sich bald zeigte, die ungeheuere Masse der Ruhrbergleute durchbebte.

NUN erst, am Sonntag, den 8. Januar, traten die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände im Ruhrgebiet zusammen, die sich kurz vorher noch heftig befehdet hatten. Also auch die nationale Organisation marschierte erst nach Beginn des Kampfes geschlossen auf. Alle Kenner der Verhältnisse wussten, dass eine Lokalisierung des Streiks auf *Bruchstrasse* nicht möglich war, schon wegen der mangelhaften Organisation der Masse. Waren doch am Streikbeginn nur zusammen 40 % der Belegschaften in den vier Verbänden organisiert; es gab grosse Zechen, wo nur 10 bis 20 % der Arbeiter einem Verbandsangehörten. Die kompakte Masse der Unorganisierten und der erst wenig gewerkschaftlich Geschulten überwältigte die gutgeschulten Kerntruppen, wenn erst auf einer Zeche der Stein ins Rollen kam. Das wussten die Organisationsführer recht gut. Darum das Bremsen der Verbandsleiter, deshalb der Aufruf der vereinigten Organisationsvorstände vom 8. Januar, der zum Abwarten riet und das Beschreiten des Verhandlungsweges verkündete. ABER es brach doch los. Die durch empörende Behandlung der Grubenproletarier erzeugte Erbitterung musste sich endlich Luft machen, alles Abreden der organisierten Vertrauensleute war nutzlos. Es konnte nicht mehr ertragen werden. Am Montag, den 9. Januar, traten Teile der Belegschaften im Dortmunder Revier (*Kaiserstuhl*) in den Ausstand, am 10. folgten Zechen im Essener (*Herkules*) und Oberhausener Revier (*Neumühl*). Es gab kein Halten mehr, eine Zeche nach der anderen trat in den Streik. Als am 12. Januar die schleunigst einberufene Revierkonferenz der vereinigten Verbände in Essen zusammentrat, stand sie vor der Tatasche eines sich schon über einen erheblichen Teil des östlichen, mittleren und westlichen Kohlenbeckens erstreckenden Ausstandes. Abwartend verhielten sich noch die südlichsten und nördlichen Belegschaften, jedoch auch hier kochte und brodelte es. Die Revierkonferenz formulierte ihre Forderungen an den *Bergbaulichen Verein*, die Unternehmerorganisation im Ruhrgebiet, erbat sich bis zum 16. Januar Antwort und forderte die noch arbeitenden Belegschaften auf, einstweilen nicht zu streiken. Indessen schlossen sich immer mehr Zechen dem Streik an, was hinreichend für die mangelhafte Organisation zeugt. DA schlug die schroff ablehnende, persönlich verletzende Antwort des Unternehmervereins ein in die am 16. Januar wieder nach Essen zusammenberufene Delegiertenkonferenz! Ein Sturm der Empörung fegte durch die Anwesenden, und als der christliche Gewerkvereinsführer Johann Effert ausrief: »Die Unternehmer wollen den Kampf, gut, mag er kommen!«, da brauste ein Jubel durch den Raum, dass die Wände bebten. Der Kampfesbund der Ruhrbergleute war geschlossen: das war die Folge der brüskten Unternehmerantwort. UND dann kamen Tage und Wochen, die allen, die sie aktiv miterlebten, unvergesslich bleiben. Der Generalstreikparole folgten über 200 000 Bergleute, unter Tage arbeiteten überhaupt so gut wie gar keine eigentlichen Bergleute mehr. Der Nerv der Förderung war durchschnitten, kaum dass die 7- bis 8000 Beamten mit Hilfe von wenigen Arbeitswilligen, Jungen, Halbinvaliden und Tagesarbeitern, den Selbstverbrauch schaffen, die Strecken etc. notdürftig in stand halten konnten. Von 20 000 Doppelwaggons Tagesversand sank er auf 3000, dabei arbeiteten auf Geheiss der Streikleitung (der aus Vertretern der vier Verbände zusammengesetzten Siebenerkommission) die Belegschaften jener Gruben, die von der Stilllegung bedroht waren; sonst wären kaum 2000 Wagen

gefördert worden. Mit Rücksicht auf die ausschlaggebenden Untertagsarbeiter muss man von einem Generalstreik reden.

ETWAS derartiges hat sich zuvor noch nicht ereignet. Wenige Monate, bei der Knappschaftsältestenwahl, noch im erbitterten Bruderstreit, standen jetzt christliche und unchristliche, katholische und evangelische, sozialdemokratische, Zentrums- und nationalliberale, deutsche, polnische, tschechische und italienische Bergleute mit glänzender Bravour eng geschlossen im Kampfe gegen das Kapital! In den Streikbureaus arbeiteten Vertrauensleute aller Verbände einträchtig zusammen, in den von ungezählten Tausenden besuchten Versammlungen wurden die Referenten aller Verbände jubelnd begrüsst, bekannte sozialdemokratische Bergarbeiterführer empfing ein Beifallssturm auch in solchen Versammlungen, die sich überwiegend aus christlichen Gewerkevereinigern zusammensetzten. Diese Begeisterung, diese erschütternde Freude über die endlich erzielte Einigkeit, dieses Bemühen, die Brüderlichkeit zu erhalten! Dass ein solcher Streik ausbrach, spricht mit Donnerstimme für seine Berechtigung. Den herrlichen, brüderlichen Zusammenschluss vorher zersplitterter Massen betrachte ich als den grössten Erfolg dieses grandiosen Ringens. Die Nebel der Zwietracht wurden zerrissen, das natürliche Zusammengehörigkeitsgefühl der Unterdrückten gewaltsam aufgepeitscht. Diese Saat wird reiche Ente tragen für die Arbeiterwohlfahrt. Nur wer die Geschichte der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr kennt, weiss die ungeheure Tragweite dieses im Kampfgewühl geschlossenen Bundes zu bemessen.

DIE Haltung der Massen war einfach ohne Beispiel. Anfangs in wilder Empörung, darum die Disziplin missachtend, fügten sich die 200 000 hernach willig den altorganisierten Ordnern. Wie erst, wenn diese Massen die Schule der Gewerkschaft gründlich genossen hätten! Schon jetzt war es *unheimlich ruhig* im weiten Streikgebiet, müssig pilgerten die von Nah und Fern hergesandten Schutzleute und Gendarmen über die Strassen; sie waren fast menschenleer, und doch wohnten Tausende von Streikenden in dem Orte. Mancher Gesetzeswächter hat mir seine Bewunderung über diese Streikermasse ausgesprochen; in Versammlungen von 2- bis 7000 Bergleuten sassen landfremde Journalisten und studierende Sozialpolitiker, staunend über die Masse, die in drangvoll fürchterlicher Enge ruhig ausharrte. Unruhig war es nur dort, wo die Polizeibehörden, noch viel mehr aber exzessierende Zechenpolizisten (*Pinkertons*) und mit Revolvern und Totschlägern bewaffnete Arbeitswillige *schneidig* respektive provozierend vorgingen. Ich gebe aber nur der Wahrheit die Ehre, wenn ich sage: im allgemeinen hat die Polizeibehörde sich sehr taktvoll benommen, wodurch sie sich bei der Masse eine Sympathie erworben, die früher nicht vorhanden war. Andererseits verfehlten auch behördliche Vertreter nicht, den Streikenden für ihr ruhiges Verhalten Dank auszusprechen. Zeigt dies nicht am besten, wie die Polizei im Interesse des Landfriedens vorgehen muss? Hat nicht die ordnende, ruhehaltende Tätigkeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute während unseres Generalstreiks dem freien Vereins- und Versammlungsrecht, der gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine eine glänzende Begründung gegeben? Ohne die energische, aufreibende Arbeit der Organisierten wären grosse Ruhestörungen kaum vermieden worden. Denn, wäre Militär

gekommen, so hätte es zwar die Streikenden in die Grube nicht gebracht, wohl aber drohte der wildzerstörende Aufruhr, es wäre vielleicht zu Szenen gekommen, wie in Petersburg. Hätte das unserem Lande genützt? Gewiss nicht. Nicht umsonst haben deshalb angesehene Bürger, Geistliche und Polizeibehörden der Streikermasse für ihre *unheimliche Ruhe* achtungerfüllte Anerkennung ausgesprochen. Das Prinzip der Massenorganisation hat triumphiert, für ein besseres Gewerkschaftsrecht demonstrierte unser Generalstreik in beispielloser Weise. Ist das kein Erfolg?

X

X

X

DER plötzliche Abbruch des Streiks am 9. Februar hat allerdings zunächst grosse Erregung in der Masse hervorgerufen, was leicht begreiflich ist. Aber so *verwirrt*, wie der Ruhrgebietskorrespondent einer Anzahl unserer Parteiblätter die Situation schilderte, war sie durchaus nicht. Der Korrespondent urteilte nach einem Ort respektive einem bestimmten Revierteil. Gleich am Abend des Konferenztages beschlossen Riesenversammlungen in den Revieren Bochum, Herne, Gelsenkirchen, Recklingshausen, Dortmund, auch einige Belegschaften in den oppositionellsten Revieren Essen und Oberhausen, die Wiederanfahrt. Bis zum Sonntag, also nur drei Tage nach der Revierkonferenz, war ihr Beschluss so gut wie überall anerkannt, am vierten Arbeitstage hatten sich die Streikenden, nach dem Werksbericht, vollzählig zur Arbeit gemeldet. Wieviele einstweilen zurückgewiesen oder gemassregelt sind, steht zur Zeit noch nicht fest.

BETRACHTET man einmal den Verlauf der grossen Bergarbeiterstreiks in England, Amerika, Frankreich, Belgien und Österreich, ob da jemals alles sofort der Leitung folgte, wenn sie die Streikbeendigung anordnete! In Amerika haben 1903 nach dem offiziellen Streikschluss einige Gruben noch wochenlang weiter gestreikt. Die belgisch-französischen Bergarbeiterstreiks zeichnen sich überhaupt durch Unregelmässigkeiten aus. In Österreich ging trotz Beschluss der grosse Streik 1900 auch nicht einheitlich zu Ende. Wir haben bei solchen Massenstreiks mit ganz anderen Faktoren zu rechnen, alle bei sonstigen Streiks gemachten Erfahrungen müssen hier zu Rate gezogen werden, und dann klappt es immer noch nicht überall. Wenn die Siebenerkommission Fehler machte — wo sind sieben andere Personen, die keine Fehler gemacht hätten? Wir müssen erst noch die Streiktaktik für einen solchen Generalstreik herausbilden, alles, was wir bisher an Streiks hatten, kann mit dem Generalstreik der Ruhrbergleute nicht verglichen werden. Gewerkschaftlich unvorbereitet brach er aus; er traf keine einheitliche Organisation, sondern vier Verbände, die erst im Kampfe selbst die gemeinsame Aktion lernen mussten; über die Hälfte der Masse überhaupt nicht organisiert, in den Verbandskassen nur einige Hunderttausend Mark, wo Millionen hätten sein sollen. Die Streikleitung rechnete aus allen diesen Gründen mit einer völligen Niederlage, ja wir waren auf die Zertrümmerung der Organisation gefasst. Das Schicksal des *Rechtsschutzvereins* für die Saarbergleute drohte auch der Ruhrbergmannsorganisation. Wir wussten von riesigen Kohlenvorräten und mangelnder Beschäftigung der Eisen- und Stahlwerke, die Konjunktur war einem Streikerfolg ungünstig: man sehe nur den Bericht des Stahlwerksverbandes!

UND nun stehen wir am Ende dieses gewaltigen Kampfes, überrascht von dem

grossartigen Verlauf, mit der Aussicht auf gesetzliche Reformen — um die wir fünfzehn Jahre vergeblich petitionierten! —, der vielfach missachtete Knappe hat sich eine geachtete Stellung in der öffentlichen Meinung errungen, und was die Hauptsache ist: unsere Organisation ist nicht nur intakt geblieben, sondern der Mitgliederzuwachs ist über alle Erwartung enorm. Mögen auch zehntausend unsichere Kantonnisten abfallen — wie das nach jedem Streik vorkommt —, es bleibt uns dann immer noch eine ungeheure Verstärkung der Mitgliedschaft. Der Wille der Kameradschaft zur höheren Beitragsleistung gibt sich spontan kund, wir rüsten für den eventuellen neuen Kampf. Wenn wir unsere Aussichten beim Streikbeginn in Betracht ziehen, haben wir alle Ursache, uns über den Verlauf der Bewegung zu freuen.

BEDAUERLICH ist, dass einigen Parteiblättern Artikel aus dem Ruhrgebiet zugegangen sind, die, unter dem Einfluss der an einigen Stellen heftigen Opposition gegen den Streikabschluss entstanden, den Eindruck erwecken, als ob bei uns ein wirres Durcheinander herrsche. Aus persönlichen Gründen muss ich mir versagen, diese Art der Berichterstattung zu kennzeichnen. Hätte der Berichtersteller nur einen oder zwei Tage gewartet mit seiner Urteilsfindung, wäre er, statt an Einzelheiten zu klaben, zur Zentralstreikleitung um Auskunft gegangen, die irreführenden Stimmungsbilder wären hoffentlich unterblieben. Was nach jedem Streik vorkommt: Missstimmung, Enttäuschung, kam eben auch nach dem unsrigen vor; aber dass es das beste war, den Streik auf seiner Höhe abubrechen, sehen nun auch heftige Oppositionelle im Verband ein. Noch eine Woche länger, und der Hunger hätte Zehntausende in die Grube getrieben. Der Mangel an Geld war der ausschlaggebende Grund für den Streikabbruch, nicht das Vertrauen auf Regierungsversprechungen, denn sonst hätte schon zwei Wochen früher abgebrochen werden müssen, damals, als die Regierung ihre Vorlage ankündigte. Die Streikführer, ohne Unterschied der politischen Gesinnung, vertrauten in erster Linie der Kraft des Streiks; auch den nichtsozialdemokratischen Mitgliedern der Siebenerkommission kann man kein blindes Vertrauen auf Ministerworte nachsagen. In der Zentrums Presse wurde dieses Misstrauen mit Rücksicht auf die Vorgänge im Jahre 1892 für gerechtfertigt erklärt. Den Streikabschluss führte der Geldmangel herbei und die sichere Überzeugung, jetzt die Unternehmer nicht zur Verhandlung zwingen zu können. Da war es klug, abubrechen, solange die Geschlossenheit noch imponierend war. Als 1889 der Streik offiziell für beendet erklärt wurde, waren schon über zwei Fünftel der Streikenden zur Arbeit gegangen. Diese Versumpfung eines grandiosen Kampfes hat der Beschluss der jetzigen Streikleitung verhütet. Dass sie wirklich die Massenstimmung richtig taxierte, beweisen die schon nach wenigen Tagen der Siebenerkommission ausgestellten Vertrauensvoten, selbst aus heftig oppositionellen Orten. Die Siebenerkommission musste die Revierkonferenz entscheiden lassen; eine Abstimmung der Belegschaften konnte nicht angewendet werden, weil dadurch die Einheit der Bewegung zerrissen worden wäre; die eine Belegschaft beschloss, anzufahren, die andere entschied sich für Weiterstreiken, da wäre ein echtes Tohuwabohu angerichtet worden. Ein solcher Generalstreik, der 200 000 Arbeiter, weit zerstreut wohnend, verteilt auf über 200 Schächte, ergriff, kann taktisch nicht nach dem gewöhnlichen Mass beurteilt werden. Er erzeugt aus sich selbst eine

ungewöhnliche Taktik, deren Ausbildung das Werk der Zukunft sein muss. Komisch muss es darum wirken, wenn ein Kritiker, der selbst noch nicht einmal den kleinsten Streik aktiv mitmachte, über die Generalstreiksführer Kubel voll Vorwürfe und weiser Streiklehren giesst. Auf leerer Strasse ist leicht grosses Wort führen.

× × × ×

UNGLAUBLICH, aber wahr: Jener Kritiker findet auch, dass die gewerkschaftliche Neutralität in diesem Generalstreik Fiasko machte! Man sollte dieses Allesbesserwissen um jeden Preis doch nicht für möglich halten.

WENN jemals ein Streik die unbedingte Notwendigkeit der Arbeitereinigheit erwies, dann unser Generalstreik. Die Voraussetzung seiner Durchführung war ja gerade die gewerkschaftlich-neutrale Haltung der nun einmal den verschiedensten Parteien angehörenden Streikführer, das unterschiedslose Zusammenhalten der Bergleute aller politischen und religiösen Richtungen. Eine unter dem Einfluss des nationalliberalen Abgeordneten Franken-Schalke stehende Separatgruppe evangelischer Arbeitervereine, der sogenannte *Arbeiterbund*, verbreitete mehrere Zersplitterungsflugblätter, um die evangelischen Bergleute vor der *sozialdemokratisch-ultramontanen Streikhetze* zu warnen. Wegen dieses Akts kam es im *Arbeiterbund* zum Krach. Die Arbeiter machten Rebellion gegen Franken und Genossen. Der Streik wäre zusammengebrochen, wenn die evangelischen Bergleute auf den Leim gegangen wären. Als der Minister Möller die Berggesetznovelle ankündigte, forderte ein Bochumer Zentrumsblatt zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Auch das verfiel nicht, weil die Streikleitung von vornherein die Parole ausgegeben hatte: andere Kundgebungen, als die der Zentralstreikleitung, sind nicht massgebend für die Kameraden! Diese Parole war nötig; denn was wäre entstanden, wenn alle möglichen Ratgeber und Streikleitungen Gehör gefunden hätten, wie es 1889 und 1893 so traurig geschah? Wenn einige unserer Parteiblätter in dem Verhalten der Siebenerkommission eine Schwäche sehen, unseren Parteigenossen in der Streikleitung *Rechnungsträgerei* und *Bekennnisfurcht* vorwerfen, von *führendem ultramontanen Einfluss* sich berichten lassen, so zeugt das von einer totalen Unkenntnis der wirklichen Tatsachen.

DER *ultramontane Einfluss* in der Siebenerkommission war durch den Gewerkschaftssekretär Effert vertreten — das einzige Mitglied der Zentrumsparthei in der Kommission! Es sassen noch darin ein evangelischer Arbeitervereiner, ein Freisinniger, zwei Nationalpolen und zwei Sozialdemokraten (Sächse und Hansmann). Und dieser eine Effert soll uns alle *ultramontan* beeinflusst haben? Das glaubt Effert selbst nicht. Machen sich doch die Kritikaster nicht lächerlich!

IN der Siebenerkommission ist es niemals zu parteipolitischen Erörterungen gekommen, alle Mitglieder erwogen vom arbeiterpolitischen, gewerkschaftlichen Standpunkt, was zu tun sei. Und es stellte sich stets eine völlige Einmütigkeit heraus. Ob in den respektiven Parteien alle Mitglieder mit ihren Parteigenossen im Streik zufrieden waren, kann billig bezweifelt werden. Dass die beiden sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder ihrer parteipolitischen Überzeugung nicht zuwider handelten, dafür bürgt der über alle Verdächti-

seine zerstörenden Kreise; Fabriken kamen zum Stillliegen, Handel und Wandel stockte, zahllosen Lohnarbeitern und Mittelständlern versiegten die Erwerbsquellen, die Geschäftsstuben blieben leer, Bankrotte drohten. Und die Zechenherren beharrten auf ihrem *Herrnstandpunkt*, die Regierung war der blamierte Europäer! Was das für eine Stimmung in der regierungstreuen Bürgerschaft erzeugte — die Arbeiterschaft der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen steht ohnehin der Regierungsautorität skeptisch gegenüber —, das muss man erlebt haben, um die ausserordentlich tiefe politische Wirkung des Generalstreiks auch auf die nichtstreikenden Einwohner zu ermessen. Für die Bürgerschaft fast ohne Ausnahme wurde der streikende Bergmann der Gegenstand aussergewöhnlicher Sympathiekundgebung; man mag sagen, was man will: diese fast einmütige Sympathie der Bürgerschaft war für die Streikenden ein hochwichtiger Faktor, der ihre Widerstandskraft bedeutend erhöhte. Ich rede hier von dem moralischen Faktor, der gerade bei einem solchen grossen Streik viel zu leicht unterschätzt wird.

ABER die Bürgerschaft hat uns auch hervorragend materielle Hilfe geleistet. Allerdings, was die eingelaufenen Gelder anlangt, so beweisen sie, wo der Opfersinn am stärksten war: bei den freiorganisierten und sozialdemokratischen Arbeitern! Von den bis Schluss voriger Woche quittierten Geldern kamen rund 10 000 Mark für den polnischen Gewerkverein ein, rund 200 000 Mark bekam der christliche Gewerkverein, aber 1 200 000 Mark gingen beim alten Verband ein, weit überwiegend von freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei; über alle Eingänge ist öffentlich quittiert worden. Dass der christliche Gewerkverein nicht mehr Unterstützung von seinen Gönnern erhielt, unter denen sich viele sehr reiche Leute, selbst Millionäre, befinden, hat mit Recht die Kameraden im Gewerkverein verstimmt. Hier hätten die reichen Gönner einmal mit Taten ihre Arbeiterfreundschaft beweisen sollen; aber sie haben sich beschämen lassen von armen Arbeitern, die von ihrer Armut abgaben für den Generalstreik.

INDES, man geht fehl, wenn man die Hilfsaktion der Bürgerschaft im Ruhrgebiet nach den eingegangenen Geldern taxiert. Im Ruhrgebiet haben die Bürger an vielen Orten die Bergarbeiterfamilien direkt und in reichem Masse mit Naturalien aller Art unterstützt. Dadurch nur ist es möglich geworden, an den betreffenden Orten die Streikenden durchzuhalten; das gesammelte Geld reichte durchaus nicht zu. Es wäre eine dreiste Ablehnung von Tatsachen, wollte ich der hiesigen hilfreichen Bürgerschaft das Verdienst absprechen, an ihrem Teile nicht nur moralisch, sondern auch materiell in gewichtiger Weise an der Unterstützung des Streiks mitgeholfen zu haben.

DAS konstatiere ich mit Freude. Denn es war zugleich auch eine politisch unabsehbar bedeutende Kundgebung fast des gesamten Bürgertums gegen die Herrschaft der Plutokratie, gegen das auf alle Rücksichten auf das Gemeinwohl pfeifende Verhalten der Kapitalistenorganisation im Ruhrbecken. Ganz besonders der Kleinbürgerstand, der hier bisher ehrfurchtsvoll in dem Werksherrn den *Wohlläter des Landes* sah, hat zum guten Teil erkannt, dass eine Änderung in der Wirtschaftsstruktur eintreten muss, soll nicht eine Handvoll Riesenkapitalisten das Volkwohl dem mammonistischen Götzendienst zum Opfer bringen. So kann es nicht weitergehen im Staate! In

der weder einen Namen, noch Konnexionen hat, in der Weltstadt ausserordentlich schwer. Es dauerte fast zwölf Jahre, bis Shaw es zu einer leidlich anerkannten Position in der Londoner Journalistik brachte.

SEIN literarisches Emporkommen wurde unter anderem durch seine politische Parteistellung aufgehalten. Shaw gehörte mit zu den ersten, die sich Anfang der achtziger Jahre der neuerwachenden sozialistischen Bewegung Englands anschlossen. Diese setzte, wie man weiss, als Bewegung von Intellektuellen ein. Während die Masse derjenigen englischen Arbeiter, die sich überhaupt am öffentlichen Leben beteiligten, im Gefolge der beiden grossen historischen politischen Parteien Englands — die Gewerkschafter fast ausnahmslos im Gefolge der liberalen Partei — marschierten, waren es vorwiegend Angehörige der bürgerlichen Klassen, welche dort den ersten Grund zur neuen sozialistischen Bewegung legten. Von den Arbeitern, die sich ihr gleich im Anfang anschlossen, ist der bekannteste John Burns.

DIE junge sozialistische Bewegung spaltete sich früh. Neben Zerwürfnissen, die auf unleidliche persönliche Eigenschaften einiger der leitenden Persönlichkeiten zurückgeführt werden müssen, wirkten auch Zweifel an der Richtigkeit der ursprünglich adoptierten Marxschen Theorie und tiefgehende taktische Meinungsverschiedenheiten zersetzend. Die Gestaltung des politischen Lebens in England, der Charakter seiner Arbeiter, viele ökonomische Erscheinungen schienen die Marxsche Theorie, so, wie diese offiziell gelehrt wurde, direkt Lügen zu strafen. Eine Gruppe von Sozialisten näherte sich, geführt von William Morris, den Anarchisten; eine andere, die von der Unmöglichkeit überzeugt war, England im Sturm zu nehmen, gründete die Gesellschaft respektive den Verein der sogenannten *Fabianer*. Zu ihr gehörte George Bernard Shaw, neben Sidney Webb noch heute ihr bedeutendster Kopf.

DAS Motto der Fabianer bezieht sich auf die Strategie des Fabius Maximus Cunctator: langsam, besonnen vorgehen, um im passenden Moment kräftig zu schlagen. Ihre Taktik hiess: Verzicht auf Gründung einer eigenen politischen Partei, Durchdringung der bestehenden Parteien und Vereine mit dem sozialistischen Gedanken und Streben. Wenn nicht sofort, so doch verhältnismässig bald verdichtete sie sich zu dem Plan: Eroberung der liberalen Partei von innen heraus. Wer die Geschichte der grossen englischen Parteien und ihrer vielen Häutungen kennt, dem wird der Gedanke nicht gar so abenteuerlich vorkommen, wie er dem kontinentalen Sozialisten auf den ersten Blick erscheinen mag. Anfang der neunziger Jahre, als die liberale Partei sich das als *Programm von Newcastle* bekannte Reformprogramm gab, schien er sogar seiner Verwirklichung ziemlich rasch entgegenzugehen. Aber schon 1894 rief ein, in der Hauptsache von Shaw verfasstes Manifest *In deine Zelte, Israel!*, nach Aufzählung aller Unterlassungssünden der 1892 an die Regierung gekommenen liberalen Partei, die englischen Gewerkschaften auf, der Partei die Gefolgschaft zu kündigen und eine Extrasteuer auszuschreiben zur Aufbringung der Mittel für unabhängige Arbeiterkandidaten. Das als *Fabian Tract* heute noch erhältliche Manifest blieb damals ohne Erfolg. Was es wollte, ist — nicht ohne Mitwirkung der Fabianer — heute seiner Erfüllung nahe. Wie an der Gründung der sozialistischen *Unabhängigen Arbeiterpartei Englands* /1893/, haben die Fabianer auch an der Gründung des *Arbeitervertretungsbundes*, dem die Masse der Gewerkschaften angehört, ihren Anteil.

DIES über die Politik der Fabianer. Wie man auch sonst über sie denken mag, ihr durchaus sozialistischer Charakter ist nicht zu bezweifeln.

LITERARISCH fanden die Fabianer zuerst in der von der damaligen Freidenkerin und jetzigen Theosophin Annie Besant herausgegebenen Monatschrift *Our Corner* eine Art Organ, später gelangte die ursprünglich von H. M. Hyndman redigierte Monatsschrift *To Day* auf einige Zeit in ihren Besitz. In *Our Corner* veröffentlichte Shaw die Erzählungen *Love among the artists* und *The irrational knot*, in *To Day*, neben verschiedenen politischen Aufsätzen, die später auch in Buchform herausgekommenen Romane *An un-social socialist* (ein Stück Selbstbiographie) und *Cashel Byrons profession*. Sehr launig äusserte sich Shaw Mitte der neunziger Jahre einmal über den Erfolg der Buchausgabe dieser Romane. Das erste Jahr habe ihm 7 Shilling 6 Pence, das zweite 1 Pfund 12 Shilling Schriftstellerhonorar eingetragen. »Ein Beweis für geschäftskundige Verleger, wie rasend meine Popularität wächst.« Indes war er schon damals durchaus nicht mehr ein *homo ignotus*.

UM das Jahr 1888 war in London von Radikalen das Halfpennyabendblatt *Star* ins Leben gerufen worden. Sein erster Redakteur, der irische Nationalist T. P. O'Connor — ein ausserordentlich geschickter Journalist — umgab sich mit einem ganzen Stab sozialistischer Mitarbeiter, darunter Bernard Shaw, der unter dem Pseudonym *Corno di Bassetto* Musikreferate schrieb. Sie machten Shaws journalistische Position. Sie verrieten in ihm den Mann, der zu arbeiten weiss, und den geborenen Satiriker. Shaw, der unerbittliche Gegner der Philistermoral, gehörte nie zur Bohème. Wie Eleanor Marx einmal in Bezug auf Parteitätigkeit von ihm sagen konnte: »Wenn es Ernstes gilt, kann man Shaw immer haben«, so war der Journalist Shaw lange ein reger Besucher des Britischen Museums. Seine Musikreferate im *Star* gaben zu lachen und zu lernen. Kein Wunder, dass die Herausgeber angesehener Zeitschriften auf ihn aufmerksam wurden. Vom *Star* kam Shaw als Musikkritiker an die Sixpennywochenschrift *World* und von da an als Theaterkritiker an die *Saturday Review*. Wie er in der letzteren Zeitung die englischen Theaterdichter und die Londoner Theaterdirektoren ins Gebet nahm, ist an Schärfe und Witz kaum je überboten worden. Es muss hinzugefügt werden, dass Shaws Kritik allerdings nicht selten über die Stränge schlug.

WAS vom Journalisten Shaw, gilt auch von ihm als Redner. Wie alle englischen Sozialisten jener Zeit, hat Shaw oft in London an den Strassenecken der Arbeiterviertel den Sozialismus gepredigt, desgleichen im Hydepark bei grossen Demonstrationen von der Tribüne herab zur Masse gesprochen. Aber seine Domäne ist der Vortrag im geschlossenen Lokal, vor einem schon etwas geschulteren Publikum. Er hat die Gabe, sofort die schwache Seite einer Deduktion zu erfassen, und ist Virtuose in drastischen Vergleichen und verblüffenden Paradoxen. Daher darf er es auch wagen, die heiligsten Dogmen und die vergöttertesten Autoritäten anzutasten. Für die meisten Menschen trifft ja der Satz des Dichters zu *Von allen Geistern, die verneinen, ist mir der Schalk am wenigsten verhasst*. Man weiss, dass Shaws Blasphemieen nie absolut zu nehmen sind. Freilich weiss man aus demselben Grunde auch nicht sicher, wie viel von Shaws positiven Sätzen positiv genommen werden wollen. Alle Gewohnheitssatiriker werden leicht die Opfer ihres Hanges zur Karikatur.

SHAW'S Witz hat manche Züge mit dem Witz gemein, den Shaws Landsmann Oscar Wilde in seinen Lustspielen kultivierte. Aber wie der wissenschaftlich-kritische zum ethisierend-utopistischen Sozialismus, so verhält sich Shaws Muse zu der Wildeschen. Ein fester, auf solide wissenschaftliche Arbeit gegründeter theoretischer Kern führt Shaw nach den tollsten Extravaganzen immer wieder zu den Kernfragen der Zeit zurück, wo Wilde ein Irrlicht bleibt, das auf einem Sumpfe — ich bitte, das Wort wissenschaftlich und nicht moralisch zu nehmen — tanzt, gelegentlich hell aufleuchtet, dann aber sich ganz verliert. Man streiche aus Wildes Lustspielen die Paradoxe, und es bleiben interesslose Gesellschaftskomödien übrig, wie sie in Frankreich zu Dutzenden geschrieben werden. In Shaws Stücken sind die Paradoxe Beigaben, die völlig wegfallen könnten, ohne ihnen den satirischen Charakter zu nehmen, und die obendrein aus dem Geist der Personen, denen Shaw sie in den Mund legt, selbst herauswachsen. Beide, Shaw wie Wilde, predigen den freien Lebensgenuss, den sich souverän bestimmenden Menschen. Habe den Mut, dich von einer Pflicht loszusagen, die deiner Natur widerspricht: so ungefähr — ich habe das Buch nicht zur Hand — definiert Shaw in der Schrift *Die Quintessenz des Ibsenismus* den Kerngedanken der Ibsenschen Dramen, und was er aus dem Dichter herauslas, kennzeichnet hier den Mann. Zugleich aber kennzeichnet ihn, dass er als angesehener Journalist sich nicht für zu gut hielt, Mitglied einer obskuren Londoner Bezirksvertretung zu werden und mit Handwerksmeistern und Ladenbesitzern jahraus, jahrein die wenig anregenden Verwaltungsaufgaben eines Vestrymanns zu erfüllen, wo Wilde seine Lebensphilosophie in den eleganten Restaurants von Piccadilly betätigte. Wilde schrieb über die Hebung der Proletarier, tat aber nichts für die Hebung der Arbeiterklasse, Shaw hat auch heute nicht aufgehört, für die Arbeiterklasse und, wo sich passende Gelegenheit bietet, mit den Arbeitern zu kämpfen. SEIN ausgesprochener, fest begründeter Sozialismus unterscheidet den Satiriker Shaw von dem Satiriker Wilde, er scheidet den Dramatiker Shaw von dem Dichter, an dem Shaw sich gebildet, Ibsen. Shaw ist einer der eifrigsten Vorkämpfer Ibsens in England gewesen. Das Schauspielerehepaar Charrington-Achurch, das zuerst des nordischen Dichters *Nora* in würdiger Weise in England zur Aufführung brachte und unermüdlich für Befreiung der englischen Bühne vom Alb des Konventionalismus wirkt, ist mit Shaw eng befreundet, Frau Charrington-Achurch war auch die erste Darstellerin der *Candida*. Aber der Apostel Ibsens ist nicht der Nachahmer Ibsens. Shaw hat viel von Ibsen gelernt, aber er wandelt nicht die Wege Ibsens. Will man ihn mit Ibsen in Vergleich stellen, so könnte man sagen: er ist der lachende Ibsen. Ibsens Gesellschaftsstücke tragen einen griesgrämigen Charakter, sie sind der Ausfluss einer engen, aussichtslosen Welt — man merkt ihnen fast ausnahmslos die Kleinstadt an, in der der Dichter geboren, und fast ausnahmslos ist der Grundton, der sie durchzieht, Reue in irgend einer Form. Ibsen hat nie ein rechtes Lustspiel geschrieben. SHAW seinerseits hat nie ein Trauerspiel geschrieben und wird auch meiner Ansicht nach nie ein solches schreiben, das liegt wohl völlig ausserhalb seiner Begabung. Er würde als Trauerspieldichter nicht ernst genommen werden und wahrscheinlich sich selbst nicht ernst nehmen. Aus ihm spricht das grosse Leben der Weltstadt, das unzählige Tragödien birgt.

das aber beständig wogt und flutet, wie das Meer, und dessen rastloses Treiben das Leid der einzelnen übertönt, wie des Meeres Wogen nach dem grössten Sturm bald wieder ihren ewigen Gang gehen. Die Grossstadt stimmt nicht zur Tragödie, weil der einzelne in ihr sich nicht stark genug heraushebt: er ist, so bedeutend er auch sei, klein im Verhältnis zur ihn umgebenden Menge. Ibsens Menschen erscheinen gross, auch wo sie es in Wirklichkeit durchaus nicht sind, sie vertiefen, man könnte auch sagen: verböhnen sich in ihre Empfindungen. Shaws Menschen, soweit sie nicht als Romantiker verspottet werden, unfreiwillig komische Rollen spielen, sind mehr Verstandes-, als Gefühlsmenschen — sie empfinden modern oberflächlich und hinterlassen keinen tiefen Eindruck. Nicht die Personen, die Beziehungen oder Verhältnisse, die sie vertreten, geben den Stücken Shaws ihre Bedeutung. Und das ist nicht Zufall, nicht ungewolltes Ergebnis, sondern beabsichtigtes Resultat von Shaws dramatischem Schaffen. Ihn interessiert nicht das Individuelle, sondern das Typische. Er ist Milieudichter, aber in anderem Sinne, als das Wort bei uns gebraucht wird. Sein Milieu ist nicht das die einzelne Person oder Gruppe umgebende nächste Milieu, sondern das Milieu der Welt, in der die Person lebt, ich möchte sagen: das geschichtliche Milieu. Aber wie die Grossstadt, so verkleinert auch die Geschichte die Persönlichkeiten. Wenigstens für die modern denkenden, von der romantischen Geschichtsauffassung emanzipierten Menschen. Und es kann keinen schrofferen Gegner der Romantik geben, als Shaw.

SOWEIT sie nicht aus Shaws ganzer sozialistischer Denkweise resultiert, ist diese erbitterte Bekämpfung der Romantik beim Dramatiker Shaw die Reaktion oder, richtiger gesagt, die Rebellion gegen die derzeitigen Zustände des englischen Theaters, das in allen seinen Zweigen in den Ketten der Romantik, will sagen: des Melodramas, liegt. Nirgends wird so viel Gefühl verzapft, nirgends so massloser Heroenkultus getrieben, wie auf der englischen Bühne. Selbst deutsche Vorstadtbühnen würden die Riesendosen von Edelmüt entrüstet zurückweisen, die dem englischen Publikum von der Bühne her dargeboten werden. Und gegen diesen Kultus der Unwahrheit, des falschen Schöntuns hat Shaw den Kampf aufgenommen und führt ihn mit rücksichtsloser Energie. Von seinem ersten Stück *Widowers houses* an, wo er den über den Wohnungswucher des Häuserspekulanten entrüsteten jungen Liebhaber sich als Bezieher der Bodenrente des Grundstücks enthüllen lässt, auf dem die Wucherhäuser stehen, bis zu seinen historischen Lustspielen, die uns Caesar und Napoléon im — geistigen — Hausrock zeigen, sind seine Werke von dem Bestreben beherrscht, der Romantik an den Leib zu gehen. Was er dabei übertreibt, muss man zum guten Teil der Kampf Stimmung auf Rechnung setzen, welche die Theatermisère erzeugt, die er vor sich sieht, und gegen die kleine Dosen sich als unwirksam erweisen. Hier gibt es keinen Kompromiss. Alle Theaterdichter, die mit der herrschenden Bühnenromantik transigiert haben, sind ihr rettungslos verfallen. Die Bretter, die die Welt bedeuten, sind konservativer, als die Welt selbst, deren Spiegelbild sie geben sollen.

AUS dem gleichen Motiv ist meines Erachtens auch Shaws Kampf gegen den Shakespearekultus zu beurteilen, der ihm vielfach als Überhebung ausgelegt worden ist und in dem er sich mit unserem deutschen Dichter Grabbe begegnet, mit dem er auch sonst mancherlei Ähnlichkeit hat, soweit ein Kind

der letzten Jahrzehnte des XIX. Jahrhunderts mit einem Kind — und oben-drein einem westfälischen — des Anfangs des XIX. Jahrhunderts Ähnlichkeit haben kann.

AN ein Kind der Muse Grabbes, das tolle Stück *Scherz, Satire, Ironie und tiefer Bedeutung*, erinnert speziell das neueste Stück Shaws, sein *Man and superman*, von ihm selbst als *eine Komödie und eine Philosophie* bezeichnet.

ES ist das originellste Stück, das mir seit langem vor die Augen gekommen. Sein Sujet ist Don Juan im XX. Jahrhundert. Von einem befreundeten Schriftsteller war Shaw, wie er in einem an diesen gerichteten Vorwort ausführt, gefragt worden, warum denn er nicht einmal einen *Don Juan* schreibe. Und so schrieb er denn ein *Don Juan*-Stück. Aber keine Variation des alten *Don Juan*-Themas, wie andere es vor ihm getan haben. Das sei vollständig antiquiert, seit die Stellung der Frau zum Mann eine andere geworden. »Goethes *Faust* und Mozarts *Don Juan*«, schreibt er, »waren das letzte Wort des XVIII. Jahrhunderts über das Thema, und um die Zeit, wo die wohl-erzogenen Kritiker des XIX. Jahrhunderts . . . die Dickens-Macaulay-Dumas-Guizot-Bühne und die Stendhal-Meredith-Turgenev-Bühne hinter sich hatten und sich philosophischen Dichtungen von Leuten wie Ibsen und Tolstoj gegenüber sahen, hatte Don Juan sein Geschlecht gewechselt, war er als Donna Juana aus dem Puppenheim ausgebrochen und bekräftigte er sich als ein Individuum, statt bloss Figur in einem moralischen Aufzug zu spielen.« Unter diesen Umständen habe es keinen Sinn, Don Juan als Helden der Libertinage vorzuführen. Zudem sei die Macht der öffentlichen Bourgeoismeinung, die in den Tagen des ursprünglichen Don Juan für einen spanischen Edelmann kaum existierte, heute überall siegreich. »Die zivilisierte Gesellschaft ist eine einzige gewaltige Bourgeoisie, kein Edelmann wagt heute, bei seinem Grünkramhändler Anstoss zu erregen.« Die Frauen *marchesane, principesse, cameriere, cittadine* und all die anderen seien gleicherweise gefährlicher geworden. »Das Geschlecht ist aggressiv, machtvoll: wenn Frauen Unrecht geschieht, so stellen sie sich nicht auf, pathetisch *Protegga il giusto cielo* zu singen, sie greifen zu furchtbaren juristischen und sozialen Waffen und nehmen Rache. Politische Parteien und öffentliche Positionen sind durch einen einzigen sexuellen Seitensprung ruiniert worden. Ein Mann kann es eher riskieren, alle Denkmäler Londons, so hässlich sie sind, zum Abendbrot bei sich zu haben, als von Donna Elvira von die Schranken des nonkonformistischen Gewissens geladen zu werden. Die Exkommunikation ist heute eine fast ebenso ernste Sache geworden, wie im X. Jahrhundert.« Daher sei der Mann nicht länger der Sieger im Duell der Geschlechter, sofern er es überhaupt je war, was bezweifelt werden könne. Die Zivilisation habe ihm aber auch die andern Sitten oder Unsitten ausgetrieben, die den ursprünglichen Don Juan auszeichneten. Und so sei er selbst ein anderer geworden. »Statt sich zu stellen, als lese er Ovid, liest er tatsächlich Schopenhauer und Nietzsche, studiert er Westermarck und bekümmert sich mehr um die Zukunft der Rasse, als um die Freiheit der eigenen Instinkte.« Der rebellische Geist aber, der den alten Don Juan sich gegen Gott und Teufel auflehnen liess, lässt ihn sich gegen die Gesellschaft als solche auflehnen. Kurz, der Don Juan des XX. Jahrhunderts ist Sozialist, sozialer Revolutionär. Und Shaw versetzt ihn nach England, in eine englische Atmosphäre und nennt ihn John Tanner. Donna Anna aber ist ein englisches Bourgeois mädchen, Ann Whitefield, das

seinen Kopf darauf gesetzt hat, John Tanner zum Mann zu bekommen, während dieser um seiner geistigen und politischen Freiheit willen der Ehe zu entgehen wünscht. Dies der Kampf — man kann nicht sagen: Konflikt — des Stücks, in dem Anna Siegerin bleibt. Entschieden wird die Sache eigentlich schon im ersten Akt, in einer Szene, die ich für die beste Lustspielszene halte, die Shaw je geschrieben, wie überhaupt der erste Akt das Muster eines guten Lustspiels genannt werden kann. Das Mädchen, das seinen Willen durchzusetzen weiss, indem es ihn seiner Umgebung imputiert, ist brillant gezeichnet, und ebenso die andern modernen Ausgaben der *Don Juan-Comparserie*. Auch der zweite Akt ist noch gut. Anna versteht es einzurichten, dass sie Tanner auf einer Automobilfahrt nach Spanien begleitet. Damit aber hört die Realistik auf. Der dritte Akt bringt uns nach Spanien in die Sierra Nevada, wo eine aus Engländern zusammengesetzte, von einem ruinierten Juden geführte Räuberbande haust, welche die Reisenden einfängt, und Phantastik und Satire beginnen ein tolles Spiel. Die Hölle tut sich auf, und der wirkliche Don Juan, Donna Anna, der Teufel und die Statue des Gouverneurs werden nach einander sichtbar und führen allerhand Gespräche über Himmel und Hölle, Gott und Teufel, den Mensch und den Übermenschen. Im vierten Akt, dessen Spannung durch Vorgänge aufrechterhalten wird, die sich auf eine andere junge Dame, die ins Moderne übersetzte — oder vielmehr umgesetzte — Elvira beziehen, wird Tanner von seinem Schicksal erreicht, das heisst Annas Mann. Er fügt sich mit einer witzsprudelnden Rede ins Unabänderliche und erklärt, dass er alle etwaigen Hochzeitsgeschenke unversäumt verkaufen und den Erlös für die Verteilung des von ihm verfassten *Handbuchs des Revolutionärs* verwenden werde.

DIES *Handbuch des Revolutionärs* bildet den Anhang des Stücks, richtiger: seine Projektion, denn erst in ihm kommt der tiefere Gedanke des Ganzen zu seinem Recht. Das *Handbuch des Revolutionärs* gibt Shaws Theorie vom Übermenschen. Diese merkwürdige Publikation zeigt Shaw in seinen Stärken und Schwächen, seine starke Kritik der bürgerlichen Gesellschaft in all ihren Manifestationen und sein geringes Vertrauen in die politische Intelligenz der Arbeiterklasse. Hier liegt das Tragische — soweit das Wort berechtigt ist — bei Shaw: er hat für die Gegenwart keine Hoffnung auf irgend eine Klasse der Gesellschaft, und so durchzieht gerade dies *Handbuch des Revolutionärs* ein pessimistischer Zug, den wir in den Stücken Shaws nicht finden. Dort verspottet oder verlacht er die Schwächen der Zeitgenossen, hier bleibt ihm das Lachen im Halse stecken. Er kennt genug Geschichte, um von der Theorie vom einzelnen Übermenschen oder einer Aristokratie von Übermenschen nichts zu halten. »Wir brauchen eine Demokratie von Übermenschen,« sagt er, »und die Erzeugung einer solchen Demokratie ist der einzige Wechsel, der Hoffnung genug darbietet, um unsere Nerven für die Anstrengung zu stählen, die die Revolution erheischt.« DIE Erzeugung dieser Demokratie von Übermenschen aber werde das Werk der Entwicklung von Ehe und Eigentum sein, wie sie sich uns erst in ihren Anfängen anzeige. Eine neue Art Auslese künde sich an, die immer stärker sich verallgemeinernde bewusste Scheidung von Genuss und Zeugung, die neuen Bedingungen des Existenzkampfes, die Rückwirkungen der Sozialpolitik und des Gewerkschaftskampfes: all das seien Faktoren, die auf eine

PAUL KAMPFFMEYER · ZUR KRITIK DER PHILOSOPHISCHEN GRUNDLAGEN DES MARXISMUS



S ist diesmal nicht ein böser *Revisionist*, der einen kecken Einbruch in das philosophische Lehrgebäude von Karl Marx unternimmt, sondern ein begeisterter Bannerträger des Marxismus selbst. Und dieser beinahe absichtslose, von keiner umstürzlerischen Leidenschaft beherrschte Einbruch hat nach unserer Meinung vielleicht eine ebenso nachhaltige Minierarbeit an den Fundamenten des Marxismus vollbracht, wie die *revisionistischen* Schriften Bernsteins. Indem der geistvolle Marxist Dr. Max Adler die Grundgedanken der kritischen Philosophie Imanuel Kants mitten im marxistischen System selbst planmässig aufbaut, reißt er in diesem die Grundmauern und Tragebalken ganz ungewollt auseinander. Wir schaffen in dem vorliegenden Aufsätze in erster Linie ein vollständiges, von uns natürlich bewusst abgeschlossenes Bild von dem Zerstörungswerke Dr. Adlers.

MAX Adler beschwört in seinem in die Tiefe gehenden Aufsatz *Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft in den Marxstudien*¹⁾ den genialen kritischen Geist Kants gegen den naturwissenschaftlichen Materialismus herauf, der ja bisher, wie wir sehen werden, eine Art eiserner Bestandteil des ökonomischen Materialismus von Marx und Engels war.

DAS offene Bekenntnis Adlers zum Kantianismus drängt sich machtvoll aus allen Abschnitten seiner Studie hervor. Überall leuchten die Grundlinien der Kantischen *Kritik der reinen Vernunft* in den Adlerschen Ausführungen auf. Die so greifbare Materie, die so festen Dinge ausser uns bestehen nicht aus eigener Kraft und Machtvollkommenheit, sondern werden erst unter dem Einfluss der menschlichen Anschauungs- und Denkformen erzeugt:

»Das Ding, der Gegenstand ist so nicht das, was uns gegenüber steht, sondern das, was durch die Regelmäßigkeit unseres Denkens aus dem Empfindungsmateriale immer in gleicher Weise verbunden auf einander bezogen wird und in dieser unausweichlichen Bestimmtheit des Denkens dann jene Einheit gewinnt, welche eben das Ding als der Träger der Eigenschaften im vulgären Verstande besitzt.«²⁾

Wie Gussformen den glühenden Metallstrom zu bestimmten Gestalten umschaffen, so verarbeitet der menschliche Erkenntnisapparat den Fluss der auf ihn einstürmenden Eindrücke zu Dingen, Anschauungen und Gedanken. Dieser Fluss wird durch das menschliche Erkenntnisvermögen — man gestatte das Gleichnis — zu allen möglichen raumfüllenden Gegenständen gegossen. Das scheinbar von selbst Gegebene, der Baum wird erst ein Baum unter der regelnden Tätigkeit des menschlichen Erkennens und Denkens.

DIE von einem menschlichen Einzelwesen nach den Verstandesregeln gebildeten Vorstellungsverbindungen erheben den Anspruch auf Allgemeingültigkeit, weil alles individuelle Denken von vornherein eine Beziehung zu einem Denken hat, das nicht individuell, das überindividuell ist. Indem die Menschen sich auf ihr Bewusstsein berufen, berufen sie sich auf die Gesetzmäßigkeit des Bewusstseins überhaupt. Das Ich als der Ausdruck eines Bewusstseins ist zu-

¹⁾ *Marxstudien*, herausgegeben von Dr. Max Adler und Dr. Rudolf Hilferding, I. Band (Wien 1904/

²⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 288.

gleich der Ausdruck eines gattungsmässigen Bewusstseins, eines allen denkenden Wesen zukommenden Bewusstseins. Die eigenartige Organisation des menschlichen Bewusstseins, nach der das individuelle Denken zugleich eine Beziehung zu einem allen denkenden Wesen eigentümlichen Denken hat, ermöglicht erst das soziale Leben. Der Einzelmensch käme ohne diese Organisation des Bewusstseins nie zum Nebenmenschen. Im Einzelbewusstsein des Menschen liegt schon die Anlage des Menschen zum sozialen Wesen.

DAS Bewusstsein verarbeitet die ihm aus der sozialen Erscheinungswelt fliessenden Eindrücke. Es knüpft diese kausal, nach Ursache und Wirkung, an einander. Eine derartige kausale Verknüpfung aber erschöpft das eigenartige Wesen der sozialen Erscheinungen nicht. Diese Erscheinungen, bestimmte gesellschaftliche Handlungen, werden von den Menschen selbst zur Erfüllung menschlicher Zwecke erzeugt. Überall arbeiten selbstgesetzte menschliche Zwecke in der sozialen Geschichte. Wir lassen uns nicht an der Auffassung genügen, dass zum Beispiel die Wirkungen der menschlichen Überarbeit die Folge bestimmter sozialer Ursachen sind. Wir wollen die Schäden der Überarbeit von uns abwehren, und wir suchen deshalb bewusst auf die Gestaltung der staatlichen Gesetzgebung einzuwirken. Wir wählen je nach unserer Einsicht in die Welt der sozialen Erscheinungen bald diese, bald jene Mittel zur Erreichung des Zwecks einer starken Beeinflussung der Gesetzgebung. Wir suchen gerade nach dem rechten Mittel zu diesem Zweck. Zweck und Mittel stecken wir uns Menschen. Uns beruhigt nicht der Gedanke, dass streng notwendig nach dem Kausalitätsgesetz auf den Zustand von heute der Zustand von morgen folgt, uns interessiert gerade dieser Zustand selbst; unsere Wünsche richten sich auf das Was und Wie des erstrebten Zustandes. Die Art der Veränderung bewegt uns gerade, nicht die Tatsache der blossen Veränderung, der Aufeinanderfolge der Zustände. Das Gebiet der sozialen Erscheinungen ist ein Reich der Zwecke, der Teleologie. Um dieses soziale Gebiet, um die wissenschaftliche Bearbeitung desselben hadern mit einander die Kausalität und die Teleologie.

STAMMLER hat einmal in seinem bekannten Werk *Wirtschaft und Recht* sehr klar die kausale und die teleologische Betrachtungsweise der sozialen Erscheinungen gegenüber gestellt. Er sagt:

„Eine zukünftige, menschliche Handlung kann auf zweierlei Weise vorgestellt werden: entweder wird sie, in ihrem kausalen Werden als notwendig erscheinend, wissenschaftlich erkannt, oder es ist dieses nicht der Fall, sondern sie wird als eine zu bewirkende gedacht. Aber das erste ist in äusserst geringem Masse — nach Anforderungen exakter Wissenschaft bis jetzt eigentlich noch gar nicht — geliefert: es gibt kein einziges sicheres Naturgesetz, wonach die kausale Notwendigkeit kommender menschlicher Taten nach Art etwa des Gesetzes der Schwere eingesehen würde. Aber wie weit dieses immer einmal ausgebessert werden möge — in absoluter Totalität kann es gar nicht alles demnächstige Tun von Menschen erfüllen, weil die hier vorausgesetzte empirische Erkenntnis ihrem eigenen Charakter nach nicht unbeding und allumfassend sein kann.“³⁾

IN dem Herrschaftsbereich des Kausalitätsgesetzes liegt das grosse von der Naturwissenschaft bearbeitete Material. Aber selbst in die Naturwissenschaften tragen moderne Philosophen, wie Rickert, die Zweckvorstellung hinein. Die Teleologie rüstet sich zu einem Eroberungszuge dieser Gebiete der Wissenschaft. In der Naturwissenschaft erheben die Aussagen über die Beziehungen

³⁾ Vergl. Rudolf Stammler: *Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung* /Leipzig 1896/, pag. 370.

der Vorgänge der Aussenwelt den Anspruch auf Wahrheit. »Soweit unser Denken auf Erkenntnisse,« führt Windelband aus, »das heisst auf Wahrheit gerichtet ist, unterliegen alle unsere Urteile sofort einer Beurteilung, welche entweder die Gültigkeit oder die Ungültigkeit der im Urteil vollzogenen Vorstellungsverbindung ausspricht.« Und Professor Rickert prägt in diesem Sinne das Wort: »Erkennen ist Anerkennen oder Verwerfen.« Von einem Sein der Dinge wissen wir nur im Urteil. Dr. Adler entwickelt eingehend die Ideengänge Rickerts und fasst sie zum Schluss folgendermassen zusammen:

»In der Scheidung des Richtigen und Falschen ihrer Urteile, in diesem Urteilsakte selbst, in der Herausarbeitung einer objektiven Gesetzmässigkeit, ja, zuletzt, doch nicht zumindest, in der Beziehung auf eine Welt von Objekten, die ihr eigentlicher Gegenstand ist, bezieht sich alle Wissenschaft und so auch das Naturerkennen auf einen letzten Wert, den Wahrheitswert, der in einem absoluten Sollen zum Ausdruck kommt, in dem Postulat einer allgemein gültigen Regel der Denkbetätigung und der einheitlichen Ausgestaltung ihrer Resultate.«⁴⁾

Nach Rickert empfinden wir die Anerkennung der Wahrheit als ein Sollen. Gegen diese Ansicht Rickerts macht nun Dr. Max Adler energisch Front. Die Regelmässigkeit des Denkes bedeutet für dieses durchaus nicht ein Sollen, und die Unterscheidung von *wahr* und *falsch* ist nicht auf ein Sollen zurückzuführen.

JEDES als wahr geltende Urteil erweist sich als mehr, denn als eine blosser Vorstellungsverbindung, ihm haftet der Charakter der Notwendigkeit dieser Verbindung an, und es repräsentiert sich daher als wahr. Diese Notwendigkeit stellt sich als die des logischen Müssens dar.

»Es ist unmöglich, dass ich, sobald ich die Sonne sich über den Himmel fortbewegen sehe und darüber urteile, nicht aussage, dass sie sich bewege, aber nicht, weil ich so denken soll, sondern weil ich den Vorgang durch meine Denkmittel (Raum — Himmel, Ding — Sonne, Zeit — Ortsveränderung) nicht anders denken kann. Die Denknöwendigkeit, welche also den Urteilen den formalen Charakter der Wahrheit verleiht, ist die des so denken Müssens.«⁵⁾

Wenn ein Urteil als wahr anerkannt werden will, so muss es seinem Wesen nach erst formal wahr sein. Ein nicht denknöwendiges, nicht logisch als wahr sich darstellendes Urteil, erhält das Gepräge der Wahrheit nicht erst durch die Anerkennung, es muss dieses Gepräge schon vorher an sich tragen. Das Anerkennen und Bestreiten eines Urteils fällt aus dem rein logischen Gebiet heraus, das Anerkennen gehört der Ethik an. Wir können einen Tatbestand gar nicht anders denken, und es ist daher sinnlos, diesen Tatbestand als ein Sollen anzusprechen. Der Tatbestand der formalen Denknöwendigkeit enthält kein Atom eines Sollens. Das Gefühl der Evidenz bei der Fällung eines Urteils stellt sich erst ein, wenn das Urteil in die Welt der Tat tritt, wenn es praktisch wird und damit dem Sittengesetz unterstellt ist. Wahrheit ist in erster Linie eine besondere geregelte Art der Vorstellungsverbindung. Dem Erkennen ist jede wie immer geartete Wertbeziehung fremd. Im Denken waltet nur eine Denknöwendigkeit.

DIE Wissenschaft eröffnet uns den Einblick nur in eine Seite des Daseins, in das Dasein als Objekt. Die sozialen Erscheinungen als vorgestellte Gegenstände, als Objekte, gliedern sich den Objekten der Naturwissenschaft an. Das

⁴⁾ Vergl. Adler, loc. cit., pag. 272.

⁵⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 338.

Geschehen der sozialen Welt wird ebenfalls vermittelt des Kausalitätsgesetzes durch das Bewusstsein, das Erkenntnisvermögen verbunden. In der sozialen Welt wirkt jedoch alle Naturgesetzlichkeit nur »innerhalb eines bestimmten Funktionszusammenhangs, der getragen ist von der Beziehung der Menschen als praktische, das heisst zwecksetzende Menschen auf einander«. DIE Wissenschaft der dem Kausalitätsgesetz unterstehenden Objekte packt aber nicht die Welt in ihrer Vollständigkeit. Ihr entflieht das gewaltige Gebiet des menschlichen Wollens, »die eigentliche Gesetzgebung des Menschen«. Wer eingesehen hat, wie die volle Realität unseres Wesens nur im Wollen liegt, wird die Wissenschaft gar nicht anders mehr betrachten, »denn als Mittel für moralische Zwecke, . . . als einen zu realisierenden Wert«. Adler spricht den Gedanken der Vorherrschaft der Moral, des Primats der praktischen Vernunft aus. Die Entwicklung der sozialen Welt wird einem moralischen Ideal zugeführt. Über dem Einganstor der Wissenschaft lässt Adler mit Flammenschrift das Motto *Wissen, um zu leben!* leuchten.

»*Wissen, um zu leben!* muss das echte Motto der Wissenschaft sein. . . durch welches sie erst geadelt wird zu einem wahrhaft menschlichen Unternehmen, das als solches allerwege ein Instrument des Ideals sein muss. *Wissen, um zu leben!* — in diesem Worte bemächtigt sich der Wissenschaft der sittlichsoziale Geist des Menschentums, in dessen immer kräftigerer Erstarung der volle Atem der Wirklichkeit viel mächtiger lebt, als in der intellektuellen Entwicklung.«⁹⁾

AUS den geistvollen Ausführungen des Kantianers Max Adler heben sich mit voller Schärfe drei Gedanken heraus:

1. die Überwindung jeder auf dem naturwissenschaftlichen Materialismus gegründeten Weltanschauung,
 2. die notwendige Einbeziehung der bewussten, zwecksetzenden Tätigkeit des Menschen bei allen kausalen Erklärungsversuchen der sozialen Erscheinungen,
 3. das Bahnbrechen für die Herrschaft der *praktischen Vernunft*, der Ethik.
- FÜR die ganze Tendenz der Adlerschen Arbeit ist es äusserst bezeichnend, dass dieser sich heiss bemüht, die Schöpfer der *materialistischen Geschichtsauffassung* vor dem Vorwurf des Materialismus zu retten. Wir sprechen hier von den Schöpfern der materialistischen Geschichtsauffassung, denn es wäre wahrheitswidrig und ungerecht, wenn wir das grosse Teil der Denkarbeit, das Friedrich Engels an der Begründung der materialistischen Geschichtsauffassung hatte, kurzerhand ausscheiden würden. Marx hebt selbst in seiner berühmten Vorrede *Zur Kritik der politischen Ökonomie* ausdrücklich die Tatsache hervor, dass sich Engels zu der gleichen geschichtlichen Auffassung hindurchgerungen hatte, wie er. Und gerade der Feder von Engels entstammen zumeist die eingehenden materialistisch-historischen Ausführungen, die in die sozialwissenschaftliche Literatur und in die politische Presse der Arbeiterklasse übergegangen sind. Unter den Augen von Marx entstand die Streitschrift von Engels gegen Dühring. Dr. Adler gesteht selbst ein, dass der philosophische Standpunkt von Friedrich Engels sehr nahe an den naturwissenschaftlichen Materialismus heranrückt; er hätte eigentlich ohne weiteres zugeben müssen, dass die philosophischen Anschauungen von Engels ausgesprochen materialistisch sind, dialektisch-materialistisch. Nach Engels sind Denken und Bewusstsein Produkte des menschlichen Hirns. Die Erzeugnisse des menschlichen Hirns können als Naturprodukte dem übrigen Naturzusam-

⁹⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 432. Wir hoben einige Worte im Zitat hervor.

menhange nicht widersprechen, sondern nur entsprechen. Die wirkliche Einheit der Welt in ihrer Materialität ist nicht durch ein paar Taschenspielerphrasen, sondern durch eine lange und langwierige Entwicklung der Philosophie erwiesen. Engels entwickelt in seinem *Ludwig Feuerbach* den materialistischen Kern der Ideen dieses Philosophen und wundert sich darüber, dass Feuerbach tatsächlich ein gewisses Vorurteil gegen den Namen *Materialismus* hat:

»Mit unwiderstehlicher Gewalt drängt sich ihm schliesslich die Einsicht auf, dass die Hegelsche vorweltliche Existenz der *absoluten Idee*, die *Präexistenz der logischen Kategorien*, ehe denn die Welt war, weiter nichts ist, als ein phantastischer Überrest des Glaubens an einen ausserweltlichen Schöpfer; dass die stoffliche, sinnlich wahrnehmbare Welt, zu der wir selbst gehören, das einzig Wirkliche, und dass unser Bewusstsein und Denken, so übersinnlich es scheint, das Erzeugnis eines stofflichen, körperlichen Organs, des Gehirns, ist. Die Materie ist nicht ein Erzeugnis des Geistes, sondern der Geist ist selbst nur das höchste Produkt der Materie. Dies ist natürlich reiner Materialismus. Hier angekommen, stutzt Feuerbach. Er kann das gewohnheitsmässige, philosophische Vorurteil nicht überwinden, das Vorurteil nicht gegen die Sache, sondern gegen den Namen des Materialismus.«⁷⁾

Engels stimmt dem Philosophen Feuerbach bei, dass der naturwissenschaftliche Materialismus die Grundlage des Gebäudes des menschlichen Wissens sei:

»Es handelt sich also darum, die Wissenschaft von der Gesellschaft, das heisst den Inbegriff der sogenannten *historischen und philosophischen Wissenschaften* mit der materialistischen Grundlage in Einklang zu bringen und auf ihr zu rekonstruieren.«

Diese Ausführungen Engels' schlagen alle Versuche, die Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung, Marx und Engels, aus dem Anhängerkreis der naturwissenschaftlichen Materialisten fortzurücken und sie als blosse Realisten zu stempeln, sofort tot. Dr. Adler ist wohl selbst die geringe Tragfähigkeit einer Beweisführung zu gunsten der nur realistischen Weltanschauung von Marx und Engels zum Bewusstsein gekommen, denn er schliesst an diese sehr spitzfindige Argumentation den Satz an:

»Gewiss werden diese Ausführungen nicht so missverstanden werden können, als ob sie behaupteten, Marx habe mit dem *Materialismus* gar keine oder nur schwache Fühlung gehabt. Im Gegenteil soll gar nicht verkannt werden, dass er gar keiner anderen philosophischen Richtung näher gestanden hat, als dieser.«

DIE Vorstellungen von Marx und Engels über die Entstehung der Ideen im Menschenkopfe gleichen auf ein Haar den Anschauungen des von der Erkenntnistheorie völlig unberührt gebliebenen naturwissenschaftlichen Materialismus. Das Ideelle ist nach Marx nichts anderes, als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle. Er verdammt das menschliche Bewusstsein zur passiven Rolle eines die materiellen Gegenstände aufnehmenden Spiegels. Das menschliche Bewusstsein ist aber mehr, als ein blosser Wasserspigel, der die Sonne und Sterne, kurz die ganze Welt, nur in ihrer Eigenart wahrheitsgetreu aufnimmt. Das menschliche Bewusstsein ist wesentlich schöpferisch an der Gestaltung von Sonne und Sterne beteiligt, die nach der Auffassung der naiven Menschen in der Aussenwelt in greifbarer Wirklichkeit vorhanden sind und vom Bewusstsein nur widergespiegelt werden. Den Inhalt des Bewusstseins sucht Marx immer dem Sein zu entnehmen. Das Sein ist aber bereits durch das Bewusstsein gegangen und nach den Regeln des Vor-

⁷⁾ Vergl. Friedrich Engels: *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie* (Stuttgart 1888), pag. 21.

stellens und Denkens verarbeitet worden. Die Kritik, deren Gegenstand die Kultur ist, kann nach Marx nicht irgend eine Form oder ein Resultat des Bewusstseins zur Grundlage haben, ihr kann nicht die Idee, sondern die äussere Erscheinung nur als Ausgangspunkt dienen. Der Sozialismus ist gleichsam nach Marx eine äussere erkennbare materielle Erscheinung. Engels sagt:

»Der moderne Sozialismus ist seinem Inhalte nach zunächst das Erzeugnis der Anschauung, einerseits der in der heutigen Gesellschaft herrschenden Klassen-gegensätze von Besitzenden und Besitzlosen, Kapitalisten und Lohnarbeitern, andererseits der in der Produktion herrschenden Anarchie.«

Die Wurzeln der neuen sozialistischen Theorie liegen in den materiellen ökonomischen Tatsachen. Der Konflikt, dem der Sozialismus seine Entstehung verdankt, kann gleichsam mit Händen gepackt werden, er ist ein Konflikt zwischen den Produktivkräften und der Produktionsweise, er stellt sich nicht dar als ein in den Köpfen der Menschen entstandener Konflikt, wie etwa der »der Erbsünde mit der göttlichen Gerechtigkeit«, sondern er ist »in den Tatsachen, objektiv, ausser uns, unabhängig vom Wollen und Laufen selbst der Menschen« vorhanden, die ihn herbeigeführt haben. Der moderne Sozialismus ist nichts als der Gedankenreflex dieses tatsächlichen Konflikts.

DER Marxismus hat den naturwissenschaftlichen Materialismus bisher zu seiner Grundlage genommen. Er kann dieses Fundaments völlig entraten. Viele sozialwirtschaftlichen Erscheinungen, die er zur Erklärung bestimmter kultureller Institutionen heranzieht, bleiben als solche bestehen, auch wenn man sich der Erkenntnisprozesse klar geworden ist, durch die sie im menschlichen Bewusstsein zu stande gekommen sind. Aber notwendig erscheint eine Umtaufung der *materialistischen Geschichtsauffassung* in eine *ökonomisch-soziale Geschichtsauffassung*.

ADLER hat das Verdienst, die Berechtigung der kausalen Auffassungsweise in der Sozialwissenschaft gegenüber den teleologischen Stürmern vom Schlage Rickerts nachgewiesen zu haben. Gewiss, die Bestimmung des sozialen Zustandes der Zukunft aus dem sozialen Zustand der Gegenwart hat seine ungeheuren Schwierigkeiten. In der sozialen Welt treten zwecksetzende Menschen auf. Wollen wir uns über die Zukunftsaktionen dieser Menschen aussprechen, so müssen wir auf ihre wesentlichen Anschauungen, die sie sich von der Welt, von ihrem Verhalten zu ihren Mitmenschen gebildet haben, eingehen und die Machtenfaltung und Wirksamkeit ihrer Zweckverbände richtig werten. Wir werden tausendmal bei der Vorherbestimmung der Handlungen bewusster Menschen in die Irre gehen. Es ist eine falsche Vorstellung der Marxisten, dass wir Menschen die Notwendigkeit des Eintritts der zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung direkt aus der technisch-ökonomischen Entwicklung der Produktivkräfte ablesen können. Bei der Betrachtung sozialer Umwälzungen legt Karl Marx den entscheidenden Wert auf die technisch-ökonomische Veränderung der Produktion, auf die materiellen naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzungen in den ökonomischen Produktionsbedingungen. Gerade die politischen, rechtlichen und religiösen Vorstellungen, die sich die Menschen über die von ihnen bewirkten sozialen Umwälzungen selbst bildeten, werden ganz ungebührlich in den Hintergrund gedrängt. Und doch bestimmten sie gerade vielfach die besondere Art der menschlichen Aktionen. Und diese

von den bewussten Vorstellungen der Menschen ausgehenden Handlungen sind doch ohne die eingehende Würdigung dieser Vorstellungen gar nicht zu verstehen. Marx wurde zu dieser ganz unbegründet niedrigen Einschätzung der *ideologischen* Vorstellungen durch seine Grundanschauungen von dem geringen Einfluss — oder man möchte direkt sagen: von der Einflusslosigkeit — des menschlichen Bewusstseins und Willens auf die sozialen Umwälzungen verführt. Marx bezeichnet in der berühmten Vorrede zum *Kapital* folgende Ideen, die einer seiner Kritiker über seine sozialen Grundanschauungen entwickelt hat, als völlig zutreffend:

• Marx betrachtet die gesellschaftliche Bewegung als einen naturgeschichtlichen Prozess, den Gesetze lenken, die nicht nur von dem Willen, dem Bewusstsein und der Absicht der Menschen unabhängig sind, sondern vielmehr umgekehrt deren Willen, Bewusstsein bestimmen . . .⁸⁾

Im Kopfe von Marx scheint immer bei der Entwicklung seiner eigenartigen ökonomisch-technischen Umwälzungsideen der Gedanke mitunterzulaufen, der Konflikt zwischen den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen sei gleichsam in der Anschauung gegeben, sei naturwissenschaftlich treu direkt zu erfassen. Der Vorstellung von dem Hinauswachsen der gesellschaftlichen Produktivkräfte über eine bestimmte gesellschaftliche Produktionsordnung liegt aber ein komplizierter Vorgang der Einschätzung dieser Kräfte und ein Vergleich dieser Kräfte mit dem Zweck und der Leistung einer gegebenen gesellschaftlichen Produktionsordnung zu Grunde. Diese Vorstellung senkt ihre Wurzeln tief in den eigentlichen Grund und Boden der Teleologie hinein. Es wird bei dieser Marxschen Umwälzungstheorie vorausgesetzt, dass die Produktionsordnung einer bestimmten Zeit dem Zweck der Förderung der Produktivkräfte dient. Ob sie diesen Zweck erfüllt, ergibt die richtige Beurteilung der vorhandenen Produktivkräfte. Der Vergleich zwischen den Produktivkräften und der Produktionsordnung stellt die Vorstellung von der Nützlichkeit oder Schädlichkeit einer gegebenen Produktionsordnung in Bezug auf die Entwicklung oder Hemmung der Produktivkräfte fest. Wir haben es hier mit dem Prozess einer sehr komplizierten Urteilsbildung zu tun. Der Mensch hat hier bereits eine Zweckbeziehung zwischen den Produktivkräften und den Produktionsordnungen geschaffen. Das Urteil über die Nützlichkeit, Schädlichkeit, Überflüssigkeit beruht auf der Grundvorstellung von einem Zweck der Produktionsordnung überhaupt. Und da diese Ordnung den sozialen Zweck einer Entwicklung der Produktivkräfte nicht mehr erfüllt, wird sie als überflüssig betrachtet. NICHT restlos lassen sich ganze Reihen sozialer Zusammenhänge auf bewusste Aktionen gesellschaftlicher Gruppen zurückführen. Die Produktivkräfte schaffen für menschliche Zwecke, aber sie werden bisher nur unvollkommen von den Gruppen, die heute die Verfügungsgewalt über sie haben, beherrscht. Aber die verheerende Wut der ungezügelten Produktivkräfte erweckt zugleich bewusste Gegenmassregeln, namentlich von seiten der Klassen, die an eigenen Leibe das blinde Toben dieser Kräfte erfahren. Das elementare Handeln der Massen wird in einheitliche, wohl überdachte, zweckmässige Bahnen geleitet. Bei aller Anerkennung des Gedankens, dass sich heute zahlreiche Aktionen noch der energischen Steuerung des planmässigen, zwecksetzenden Bewusstseins entziehen, ist doch die Schilderung der gesellschaftlichen Ent-

⁸⁾ Vergl. Karl Marx: *Das Kapital*, I. Bd., 4. Aufl. (Hamburg 1890), pag. XVI.

wohnern Raubbau treibt, muss immer neuen Raub haben, oder er bricht zusammen. Ein Ameisenhaufen mag jahrelang an einem Orte bleiben; ein Heuschreckenschwarm muss wandern, oder er stirbt.

UND Raubbau treibt Russland mit Land und Volk. Den fruchtbarsten Boden Europas, die *schwarze Erde*, hat menschliche Misswirtschaft künstlich entwertet. Elende hölzerne Pflüge, kaum mit einem Stückchen dünnen Blechs beschlagen, haben die Oberfläche des Ackerlandes längst zu Pulver zerstäubt, während wenige Zoll tiefer noch unberührter Humus brachliegt. Alljährlich sterben Hunderttausende arbeitsamer Menschen den Hungertod. Aber der Bauer kann sich keinen besseren Pflug kaufen, denn einer schwindelhaften Industrieblüte zuliebe hat man die Zölle auf Eisenwaren wahnwitzig in die Höhe geschraubt, bevor die inländische Industrie Ersatz schaffen konnte. Gute Pflüge sind also teuer; der Bauer aber hat kein Geld, denn ein täppisch-brutales Steuersystem schröpft ihn bis aufs Blut und liefert ihn den Wucherern aus. Und hätte der Bauer auch Geld, so ist zunächst noch die Frage, was er damit anzufangen wüsste; denn man hat die Schulen, soweit sie vorhanden waren, vorsätzlich einem unwissenden und trunksüchtigen Pfaffentum überantwortet, damit das Volk durch weltliche Bildung nicht rebellisch werde.

DIE Regel ist: Ein Land, das fünfzig Jahre lang unter russischer Verwaltung steht, ist ein armes Land geworden. Geknechtet, geknebelt, geplündert liegt es darnieder; sein früherer Reichtum ist in die Taschen diebischer Bürokraten gewandert, die Quellen neuen Reichtums sind verstopft. Folglich muss Russland seine Riesenmassen passiven, beliebig lenkbaren Menschenmaterials immer wieder zu neuen Eroberungen verwenden. Wie nach dem seligen Nassau W. Senior der gesamte Profit des Fabrikanten von der *letzten Stunde* des Arbeitstages abhängen sollte, so hängt der Reichtum und die Grossmachtstellung des Zarentums jeweilen von der zuletzt eroberten Provinz ab, während im Innern chronische Hungersnöte grassieren. So gleicht der zarische Erobererstaat einem um sich fressenden Geschwür, das im Zentrum längst alles Gewebe zum Absterben gebracht hat, während es, an der Peripherie fortschreitend, frische Entzündungsherde hervorruft.

ABER damit ein solches Raubsystem dauern könne, dazu ist eines notwendig: die Bewohner der unterjochten und ausgesaugten Provinzen müssen von der russischen Theokratie assimiliert werden, sie müssen sich in geduldige, gläubige, lenksame Mushiks verwandeln. Das wurde aber um so schwieriger, je mehr das Zarentum von seiner Geburtsstätte, der zentralrussischen Ebene aus, weiter und weiter nach Europa hinein vordrang. Die armen gedrückten weissruthenischen Bauern, deren Land über ein Jahrhundert lang der Schauplatz verwüstender Grenzkriege gewesen war, in die russische Orthodoxie hineinzuprägeln, war im ganzen nicht allzuschwer; aus den Letten und den Litauern orthodoxe Russen zu machen, ist nicht gelungen und wird nicht gelingen. Den Ukrainern (Ruthenen), die heute im russischen Staatsgebiet allein über zwanzig Millionen Menschen zählen, wurde der öffentliche Gebrauch ihrer Sprache in Wort und Schrift streng verboten; höchstens ein bisschen Dialektpoesie wurde ab und zu in Gnaden erlaubt. Als in der Hauptstadt Ukrainas, in Kiew, ein Slawistenkongress, der Kongress der Erforscher slawischer Sprachen, stattfand, hielten die gelehrten Herren in der Eröffnungssitzung Begrüssungsreden in sämtlichen slawischen Sprachen, nur nicht auf ukrainisch;

das hatte die Polizei verboten. Sogar der Name *Ukraina* wurde gesetzlich verpönt und durch das offizielle Lügenwort *Kleinrussland* ersetzt. Trotz alledem aber, nach zwei Jahrhunderten systematischer Renegatenzüchtung, sind die Ukrainer noch immer Ukrainer geblieben und keine *Kleinrussen* geworden. Noch stärker ist der Widerstand bekanntlich in Finnland, in Polen, in Georgien und in Armenien. Wie sich die Finnländer, durch immer neue gouvernementale Schandtaten vorwärtsgepeitscht, binnen wenigen Jahren vom friedlichen passiven Widerstand zum Terrorismus entwickelt haben, ist allbekannt. Und was in Georgien und in Armenien seit Jahresfrist vorgeht, ist der Anfang vom Ende der Russenherrschaft südwärts des Kaukasus,

UND Polen?

WER verstehen lernen will, warum das russische Reich in seinen jetzigen Grenzen kein demokratischer oder auch nur ehrlich parlamentarischer Staat werden kann, es sei denn, es verwandle sich zugleich in einen Bundesstaat lockerster Art, der blicke nach Russisch Polen. Ein Land, wo die Menschen fast viermal so dicht beisammen wohnen, wie durchschnittlich sonst im europäischen Russland; ein Land, wo trotz des unausgesetzten Kampfes zwischen der verhassten russischen Staatsschule und dem heimlichen polnischen Privatunterricht die Zahl der Analphabeten um ein Vielfaches geringer ist, als in Russland; ein Land, wo die Grossindustrie im Verhältnis zur Bevölkerungszahl um ein Vielfaches stärker ist, als in Russland; ein Land, wo die Tradition des Parlamentarismus und verfassungsmässig verbürgter persönlicher und politischer Freiheit zahlreicher Volksschichten ebenso alt ist, wie in Russland die Tradition der Despotie: kann ein solches Land anders unter russischer Botmässigkeit erhalten werden, als durch die nackte Gewalt? Achtung vor den Vertretern der russischen Staatsgewalt empfindet in Polen kein Mensch; nur die Furcht vor den Bajonetten und Kanonen war es, was diesem ebenso bestechlichen, wie rüden Gesindel bisher einen äusserlichen und unaufrichtigen Gehorsam gesichert hatte. Und jetzt versagt auch diese Furcht — — —

UND während die Nachrichten aus Warschau und Lodz, aus Radom und Ostrowiec, aus Czenstochau und Sosnowice laut bekunden, dass das Zarentum im Westen an der Grenze seines Wachstums angelangt ist, bekunden die Nachrichten aus der Mandchurei das gleiche für den fernen Osten. Während im Westen das Proletariat eines seit hundert Jahren unterdrückten Volkes sich erhoben hat, um gegen den russischen Imperialismus und für den Sozialismus zugleich zu kämpfen, führt im Osten eine noch unabhängige Nation vorbeugend seine wuchtigen Hiebe gegen das Untier, das eben den Rachen aufsperrten wollte, um sie zu verschlingen. Und die Hiebe sitzen. Auch dort ist das Zarentum, nachdem es so viele wehrlose kleine Hirten- und Bauernvölkchen eingeschluckt hat, endlich auf einen widerstandsfähigen Gegner gestossen. Auch dort kann es nicht mehr weiter. Nach beiden Richtungen hin haben die Bakterien des fressenden Geschwürs sich allzu weit entfernt von dem Orte verminderten Widerstandes, wo sie sich zuerst eingenistet hatten; sie treffen auf gesundes, widerstandsfähiges Gewebe, das den Giftkeimen nicht erliegt, sondern sie tötet. Kann sich aber das fressende Geschwür nicht mehr ausbreiten, so muss es vernarben und schwinden. Das Zarentum hat aufgehört, zu wachsen; folglich muss es zerfallen und wird zerfallen in den konstitutionellen russischen Nationalstaat und in die Freistaaten der bisher von Russland

unterjochten Nationen. Und damit erst wird freie Bahn geschaffen sein für eine normale Entwicklung des Sozialismus, hier wie dort.

× ABER der Kapitalismus? Hat er sich denn nicht schon innerhalb des absolutistischen Staates entwickelt? Und hat er nicht schon innerhalb des Zarentums ein modernes russisches Proletariat und eine moderne Arbeiterbewegung geschaffen? ×

JĚ nun, wenn ein Samenkorn im Keller keimt, so wird's auch eine Pflanze, aber fragt mich nur nicht, was für eine. Im eigentlichen Russland fehlen für eine normale industrielle Entwicklung zwei Hauptbedingungen: Bewegungsfreiheit und ein aufnahmefähiger innerer Markt. Das Einkommen des typischen russischen Kapitalisten ist denn auch grossenteils kein industrieller Mehrwert, sondern stammt aus *ursprünglicher Akkumulation*, und zwar einer Akkumulation der waldursprünglichsten Sorte: Regierungssubventionen, in die sich die letzte Kuh und das letzte Ackergerät gepfändeter und dem Verhungern preisgebener Bauern umsetzt; konzessionierte Waldverwüstungen in den neuerobernten Provinzen; vor allem aber enorme Zahlungen aus der Staatskasse für liederlich, betrügerisch oder auch überhaupt nicht ausgeführte staatliche Lieferungen. Der Imperialismus braucht strategische Eisenbahnen, braucht Kriegsschiffe, braucht Waffen, braucht Festungsbauten, braucht Nahrung und Kleidung für Hunderttausende von Soldaten. Bei alledem kann man stehlen; der Kapitalist gibt einige Zehntausende von Rubeln auf Trinkgelder für die Beamten aus — und hat den Freibrief erlangt, den Staat um Millionen Rubel zu betrügen. Das schafft Ersatz für die fehlende Kaufkraft der ausgeplünderten Bauern und der elend bezahlten Arbeiter. Und das Raubsystem ist so allgemein, dass der einzelne Industrielle schon ein Ideal menschlich oder ein dummer Kerl sein muss, wenn er nicht mitstiehlt. Die spezifisch russische Abart des Imperialismus lenkt also die Bourgeoisie ab von ihrer ökonomischen Mission, der Mehrwertanhäufung mit Hilfe progressiver Steigerung der Produktivität der Arbeit, indem sie es ihr ermöglicht, sich fortgesetzt rein parasitisch durch unproduktiven Raub zu bereichern. Sie schafft eine Afterbourgeoisie, welche, statt dem Absolutismus gegenüber revolutionär aufzutreten und ihn im Kampfe um Bürgerrechte und Menschenrechte niederzuringen, um die Wette mit der Bürokratie vor dem Staate kriecht, um den Staat bestehlen zu können. Eine solche Bourgeoisie konnte sich mit dem Absolutismus recht wohl vertragen. So wuchs denn auch das junge russische Proletariat in der Kerkerluft des Absolutismus auf. Alles vereinigte sich, um in dem auf dem Lande geborenen russischen Industriearbeiter den glaubensfrommen, zarentreuen Mushik lebendig zu erhalten: das von feudal-ständischem Geiste durchtränkte Gesetz, das ihn bis ans Lebensende als *Krestjanin (Bauer)* betrachtet und behandelt, der Mangel revolutionärer Tradition bei den Städtern, der Mangel jeglicher Vereins- und Versammlungsfreiheit, endlich und vor allem die Zensur, die der volkstümlichen, nach Schreibweise, Umfang und Preis den Arbeitern zugänglichen Literatur gegenüber mit besonders misstrauischer Schärfe gehandhabt wird. Aber auch jene radikalen Akademiker, aus deren Reihen die Führer der russischen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, haben diese künstlichen Schranken freier Geistesentfaltung vielfach nur teilweise übersprungen. Ihnen

allen ist auf der Schulbank eine gröblich gefälschte Geschichtschreibung eingepaukt worden; und sie alle mussten durch die Schule der russisch-orthodoxen Theologie und ihrer byzantinischen Spitzfindigkeiten und Sophistereien hindurch. Natürlich haben sie dem Zarenglauben im religiösen, wie im politischen Sinne längst den Rücken gekehrt; aber der allrussische Imperialismus und die byzantinische Sophisterei sind nur zu oft haften geblieben. Nur dadurch wird es verständlich, dass die im Ausland residierenden Führer der *Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei* in der Bekämpfung der Unabhängigkeitstendenzen der von Russland unterjochten Nationen eine ihrer dringendsten Aufgaben erblicken; nur so ist es zu erklären, dass seit Beginn des Krieges die selben Führer weder den inneren Hader unter sich, noch den brudermörderischen Kampf gegen die russischen *Sozialrevolutionäre*¹⁾ und gegen die sozialistischen Parteien der unterjochten Nationen auch nur zwei Wochen lang haben ruhen lassen, dass aber die *Russische sozialdemokratische Arbeiterpartei* von ihrem zweiten Parteitag /Herbst 1903/ bis tief in den Herbst 1904 hinein keine einzige Nummer eines Arbeiterblattes hat erscheinen lassen. Dafür erschienen allmonatlich vier Nummern der *Iskra*, angefüllt mit ebenso gelehrten, wie giftigen polemischen Artikeln, die nicht einmal jeder Akademiker versteht, geschweige denn ein Arbeiter; in diesen Artikeln wurde den Mitgliedern all jener sozialistischen Parteien im Zarenreiche, welche die Anschauungen der *Iskra* nicht billigen, haarscharf nachgewiesen, dass sie im Grunde nur ganz gemeine Bourgeois seien. Ausserdem erschien eine stattliche Serie von Broschüren, worin die seit dem zweiten Parteitag offiziell so bezeichnete *Mehrheit der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (Richtung Lenin) polemisch vernichtet wurde; die *Mehrheit* liess ihrerseits eine ansehnliche Zahl von Broschüren erscheinen, deren spezieller Zweck es ist, die *Minderheit der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (Richtung Plechanow) kritisch zu bekämpfen²⁾. Eine weitere, höchst dringende Aufgabe erblickten diese *Realpolitiker* in der masslosen Verhöhnung und Beschimpfung der russischen Liberalen. Und während Genosse Plechanow, edlen Eifers voll, den erhabenen Zielen der Vernichtung der *Polnischen sozialistischen Partei*, der Zerschmetterung der litauischen, georgischen und armenischen Sozialisten, der Demütigung des *Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes*, der Zermalmung der russischen *Sozialrevolutionäre* und der Unterwerfung der rebellischen *Mehrheit der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei* nachjagte — während dessen nahmen die Ereignisse in Russland selbst ihren Lauf bis zu dem furchtbaren 22. Januar

DIE *Sozialrevolutionäre* waren es, die während dieser Zeit die Ehre des russischen Sozialismus retteten. Sie hatten schon vor Jahren erkannt, dass man unter den russischen Verhältnissen nicht warten darf, bis dieser oder jener Bauer in die Stadt wandert, um dauernd oder zeitweilig in der Fabrik zu arbeiten, sondern dass man neben der städtischen von vornherein auch eine ländliche Agitation entfalten muss. Und sie haben erkannt, dass eine sozia-

¹⁾ Wortlich: *Partei der Sozialisten-Revolutionäre*; dieser Name wird im Deutschen nicht selten mit *sozialistische Revolutionäre* wiedergegeben, zuweilen auch wohl mit *revolutionäre Sozialisten*. Im Französischen: *socialistes révolutionnaires*. Die Organe dieser Partei sind *Revoluzjonnaja Rossija* (*Das revolutionäre Russland*), *Wjesnik Russkij Revoluziji* (*Bote der russischen Revolution*) und die zur Information nichtrussischer Leser französische erscheinende *Tribune Russe*.

²⁾ Neuestens scheint die *Mehrheit* eine praktischere Taktik einschlagen zu wollen, weiteres bleibt abzuwarten.

listische Partei den Absolutismus mit ganz anderen, schärferen Waffen bekämpfen darf und soll, als mit jenen, die einem konstitutionellen Regime gegenüber einzig am Platze sind. Und sie haben, statt in schablonenhafter Weise das Zarenreich mit einem der westeuropäischen Nationalstaaten zu verwechseln, die reaktionäre Natur aller russisch-imperialistischen Herrschaftsgelüste erkannt und unumwunden auf diese Gelüste verzichtet, indem sie jeder der unterjochten Nationen das Recht auf so viel politische Selbständigkeit zusprechen, als sie selbst zu fordern für gut finden. Diese gut internationale und gut sozialistische Partei ist unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen mit ebensoviel Klugheit, wie Kühnheit bemüht, die Schwäche des Zarentums aufzudecken und dadurch die blinde Anhänglichkeit der russischen Volksmassen an ihren vermeintlich allmächtigen Fetisch zu erschüttern. Noch in später Zukunft werden die befreiten Völker Osteuropas mit Ehrfurcht der Märtyrer dieser Partei gedenken, der Balmaschew und Sasonow, die keine diskutierwütigen Pedanten waren, sondern Männer der Tat.

NEBENBEI bemerkt: Wenn man die russischen Liberalen (Dichter, Schriftsteller, Gelehrte, Ärzte, Juristen, dazu eine Elite von ihren Standesgenossen gemiedener fortschrittlicher Gutsbesitzer) als *schwächliches Pack* verunglimpft, mit welchem zusammen zu *kongresseln* keinen Zweck habe, so ist dies ein ziemlich kindischer Sport. Die russischen Liberalen leisten das, was man von bürgerlichen und adeligen Liberalen zu erwarten berechtigt ist; dagegen leistet die *Russische sozialdemokratische Arbeiterpartei* nicht das, was man von einer revolutionären Arbeiterpartei zu erwarten berechtigt wäre. Und wenn man gar behauptet, ein Zusammentagen von Sozialdemokraten und Liberalen im heutigen Russland hätte ebensowenig Sinn, wie etwa ein Zusammentagen der deutschen Sozialdemokratie zur Zeit des Sozialistengesetzes mit den Freisinnigen, so ist dies vollends falsch. Denn das Russland von heute ist weder mit dem Deutschland von heute zu vergleichen, noch mit dem Deutschland der achtziger Jahre mit seiner Verfassung und seiner Parlamentstribüne, sondern mit dem Deutschland vor 1848 — mit jenem Deutschland, wo selbst ein Karl Marx mit aller Entschiedenheit für ein Zusammengehen der Kommunisten mit der radikalen Bourgeoisie eintrat und jene Sozialisten, welche durch einseitige Befehdung der Liberalen Wasser auf die Mühle des Absolutismus leiteten, die ganze Wucht seines Zornes fühlen liess.

× × ×
 IN den kulturell meistens, politisch durchweg höher entwickelten unterjochten Ländern, von Finnland bis Polen und von Litauen bis Armenien, liegen die Dinge wesentlich anders. So vor allem in Polen. Der Religionsunterschied stellt hier die ganze Bevölkerung, die Katholiken nebst den Griechisch-Unierten und den Protestanten ebensowohl, wie die hier so zahlreichen Juden, ausserhalb des Einflusses der zarischen Theokratie; die kulturfeindliche nationale Verfolgung erbittert sämtliche Volksklassen gegen die Fremdherrschaft. Die Erinnerung an brutal zertretene alte Freiheiten, vereint mit dem Bewusstsein höherer Kultur, mischt in den Hass eine starke Dosis Verachtung. Alle Welt hasst hier das Zarentum: die feigen, Loyalität heuchelnden Magnaten und Grossbourgeois in ihrer Art vielleicht kaum minder, als die tapferen, ehrlich revolutionären Arbeiter. Gewiss sind die sozialistischen Industriearbeiter, unterstützt von einem Teil der Intelligenz und einem Teil der Bauern, heute die treibende

revolutionäre Kraft in Russisch Polen; aber sie konnten es werden und sind es geworden, weil die Luft um sie her mit oppositionellen Leidenschaften gesättigt war. Zudem befindet sich das Volk von Russisch Polen in der aufreizenden Lage eines Gefangenen, dessen Zellenfenster sich nach einer volkreichen Strasse zu öffnet. Drei Viertel der Grenze Russisch Polens sind zugleich russische Reichsgrenze; und jenseits dieser Grenze wohnen andere Polen, die dem russischen Absolutismus nicht untertan sind. Sie stellen die Verbindung her zwischen ihren Landsleuten innerhalb der grossen Gefängnismauer und der freieren Aussenwelt. Seit fast dreissig Jahren existiert in Russisch Polen eine sozialistische Agitation, und seit fast dreissig Jahren ist es den Verfolgern kaum jemals geglückt, die unterirdische Minierarbeit der Befreiungskämpfer auch nur für ein Vierteljahr völlig zu unterbrechen. Alle Stürme hat die Bewegung überstanden, Monstreprozesse und Galgen und Sibirien und Zwangsarbeit und das leichtfertige, täppisch-zerstörende Dreinpufuschen ahnungsloser westeuropäischer Parteigrössen. Und bei alledem ist die Bewegung stetig gewachsen und erstarkt. Sie umfasst heute die Hauptmasse des polnischen und polnisch-jüdischen Industrieproletariats²⁾ und hat Zehntausende von Anhängern unter dem Landvolk. Sie hat sich vom russischen Imperialismus längst endgültig emanzipiert: aber auch die andere, nicht minder grosse Gefahr, sich in der Hitze des nationalen Verteidigungskampfes abbringen zu lassen von der internationalen Solidarität mit den sozialistischen Kämpfern aller Völker, hat sie längst für immer überwunden mit dem gesunden Instinkt einer Partei, hinter der ein zahlreiches, zielbewusstes Proletariat steht. Die *Polnische sozialistische Partei* wird fertig werden mit inneren und äusseren Feinden; sie wird auch fertig zu werden wissen mit den vom Auslande her von Unberufenen, die nicht einmal der polnischen Sprache mächtig sind, künstlich nach Polen hineinprotegierten Organisationsbrechercliquen.

DER Ausbruch des Krieges war für die *Polnische sozialistische Partei* ein Signal, nicht zum Greinen über den Bourgeoischarakter der bösen japanischen Regierung, sondern zu verschärftem Kampfe wider das Zarentum. Mit den Aufgaben wuchsen die Kräfte. Und wenn die Wirkung der gewaltigen Demonstrationen, der ungeheuren Kämpfe, die in den letzten Wochen in Russisch Polen tobten, sich in ihrer Totalität noch nicht übersehen lässt, so scheint eines doch festzustehen: mag die Gegenrevolution jetzt ihre wehrlosen Opfer dahinschlachten, es währt nicht lange, so hat die Revolution dort wieder das Wort. ÄHNLICHE Vorräte revolutionären Zündstoffs, wie in Polen, waren auch in den übrigen unterjochten Ländern, und darum haben auch dort die Funken, die von dem Petersburger Strohfener herüberflogen, ähnliche Brände entfacht. So in Finnland (bewaffnete Strassendemonstrationen in Helsingfors), in Esthland (Generalstreik in Narwa und Reval), in Lettland (langdauernder Generalstreik in Riga, Libau, Mitau und Windau), in Litauen und Weissruthenien

²⁾ Mit Ausschluss derjenigen jüdischen Genossen, die es vorziehen, dem *Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund* anzugehören. Das sind eben solche jüdische Genossen, die sich weder als Polen, noch als polnische Juden fühlen, sondern lediglich als Juden und als russische Staatsbürger. Dagegen kann natürlich kein Zwangsmittel etwas helfen. Man muss geduldig abwarten, bis diese anderweitig höchst wackeren Genossen ihre historisch bedingte Ghettoexklusivität so weit überwinden, um sich auf irgend eine Weise als zugehörig zu fühlen zu dem Lande, in welchem sie leben, und als zusammengehörig mit dem um ein Vielfaches zahlreicheren polnischen Proletariat in Stadt und Land, mit welchem sie, ob sie wollen oder nicht, gemeinsam werden arbeiten und kämpfen müssen.

(Generalstreik in Wilna, Kowno, Grodno, Homel), an der offiziell *Neurussland* getauften ukrainischen Seeküste mit ihrer bunt zusammengewürfelten Bevölkerung (Odessa), auf der Krim (Kertsch), in Georgien (Tiflis, Batum, Kutais), in Armenien (Baku). Ähnliche Nachrichten kommen aus Sibirien, dessen dünn gesäte, aber durch ein rauhes Ansiedlerleben zur Selbständigkeit erzogene Bevölkerung sich auch längst schon als ein Volk für sich, und zwar als ein von der russischen Bureaucratie gewaltsam niedergehaltenes Volk zu fühlen beginnt. Das eigentliche Russland, von Petersburg bis Perm und von Archangelsk bis Rostow am Don, ist vergleichsweise weitaus am ruhigsten. In Petersburg und Moskau partielle Streiks, klein für so volkreiche Städte. Sonst hier und da ein Setzerstreik oder ein Pharmazeutenstreik; gewiss ganz schöne Dinge, aber klein für solch eine grosse Zeit. Freilich, die letzte Nachricht aus dem Moskauer Kreml wiegt reichlich zwei Dutzend Pharmazeutenstreiks auf; auch hier bahnt sich die Revolution ihren Weg, auch hier findet sie Mittel, die Trägen und Dumpfen endlich doch wachzurütteln. Soweit es sich aber um kollektive Massenbewegungen des Proletariats handelt, waren diese Bewegungen diesmal am intensivsten in Polen, in Lettland und in Georgien.

DER nimmersatte russische Imperialismus liegt tödlich getroffen, verröchelnd am Boden, und mit ihm muss auch sein siamesischer Zwillingbruder, der russische Absolutismus, sterben. Noch wird es manchen blutigen Kampf kosten; aber das Endergebnis ist vorauszusehen. Die Mauern des grossen Völkergefängnisses wanken; bald werden sie zertrümmert sein.

XX

MICHAL LUSNIA · DIE LAGE IN POLEN UND LITAUEN



LLES, was man jetzt über die revolutionäre Lage in Polen und Litauen, und überhaupt im ganzen russischen Reiche, schreiben könnte, kann in tatsächlicher Hinsicht von den Ereignissen sehr bald überholt werden. Ich will hier auch weder eine Beschreibung der Vorgänge geben, noch Horoskope stellen, sondern die europäischen sozialistischen Leser über die Richtung der Bewegung, über ihre Zwecke und Losungsworte und auch über die in ihr wirkenden Kräfte informieren, was ja alles eben im Flusse der Bewegung das bleibende Element darstellt. Denn wenn man auch im gegebenen Augenblick voraussehen kann, dass schliesslich diesmal in den Strassen von Warschau und Lodz der Verkehr, in den Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen wird, so kann doch eines als sicher gelten: Polen wird sich nicht mehr beruhigen, solange die durch den Krieg hervorgerufene und immer mehr sich verschärfende Krise des Zarismus nicht in irgend welcher Weise entschieden und beendet sein wird. Dafür kann die *Polnische sozialistische Partei* bürgen.

BEI uns ist ja die seit mehr als einem Jahrzehnt durch zähe Organisation und Propaganda vorbereitete Bewegung nicht erst jetzt in die scharfe Kampfphase getreten; der lähmende Einfluss, den der Krieg in den ersten Monaten auf die Erscheinungen der Massenbewegung im eigentlichen Russland zweifellos ausübte, machte sich für Polen naturgemäss gar nicht fühlbar. Seit dem 21. Februar 1904, dem Tage der Gegendemonstration der Warschauer Arbeiter-

schaft gegen die plumpen Versuche des russischen Beamtentums, in Warschau eine zarisch-patriotische Kundgebung zu veranstalten, beginnt die arbeitende Bevölkerung Polens, nicht nur in den Städten, sondern, wenigstens teilweise, auch in den Dörfern, ihren Gefühlen dem Zarismus gegenüber und ihrem Willen, das Joch abzuschütteln, unverhohlenen Ausdruck zu geben. Wir haben Demonstrationen¹⁾ in Warschau am 14. und am 29. März, im April werden Polizeispitzel infolge eines Beschlusses der Partei vielfach auf offener Strasse geschlagen, und viele Bauerngemeinden protestieren laut gegen die Forderungen der Regierungsbeamten von Spenden für die Kriegführung. Dann kommt der 1. Mai, und seit Juni werden die Strassendemonstrationen immer häufiger. Ende Juni in Kalisch, am 16. Juni, 16., 20., 22., 25. Juli in Warschau, am 31. auch in Warschau anlässlich der Hinrichtung Plehwes durch die *Sozialrevolutionäre*, am 3. August gegen das Militärgericht, dann in Grodno, in Lodz, und wieder am 25., 28., 30. September, 16., 23., 28. Oktober in Warschau, Ende Oktober in Zawiercie und Lodz. Bis Oktober und November dauerte die Periode der Vorbereitung. Während dieser Zeit nahm die Partei einerseits wahr, dass diejenigen Arbeitermassen, mit welchen sie im Kontakt war, zur Tat, zu aktiveren Formen des Widerstandes, ja sogar des Angriffes gegen die zarische Regierung förmlich drängen und nicht willens sind, sich widerstandslos für den ostasiatischen Krieg, anstatt für ihre eigene Freiheit, mobilisieren zu lassen; andererseits erzielten schliesslich die seit langem begonnenen Bemühungen der Partei, sich mit anderen sozialistischen, revolutionären und oppositionellen Parteien des russischen Reiches ins Einvernehmen zu setzen, einen gewissen, wenn auch nicht vollständigen Erfolg. Die Pariser Konferenz der Parteien, deren Abhaltung besonders von der finnländischen *Partei des aktiven Widerstandes*, wenn auch mit Hilfe der *Polnischen sozialistischen Partei*, betrieben wurde, führte, wie bekannt²⁾, zu einer gemeinsamen Erklärung von acht Parteien, darunter vier nichtsozialistische (russische Liberale, Finnländer, polnische *Nationalliga* und Armenier) und vier sozialistische (russische *Sozialrevolutionäre*, *Polnische sozialistische Partei*, Georgier und Weissrussen), in welcher allgemeine, von allen anerkannte, prinzipielle Forderungen: Abschaffung des Absolutismus, demokratische Staatsordnung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts und der Selbstbestimmung und der Freiheit für die vom zarischen Russland unterdrückten Nationen, aufgestellt wurden. Diese Konferenz war jedoch nicht viel mehr, als eine Demonstration, welche indes ihre Wirkung in Russland, wie in anderen Ländern nicht verfehlte. Ausserdem wurde eine Konferenz der sozialistischen Parteien abgehalten, auf der verschiedene Fragen einer gemeinsamen oder parallelen Aktion beraten wurden und deren Resultat unter anderem eine Proklamation war, welche von vier Parteien unterzeichnet wurde: der *Polnischen sozialistischen Partei*, den russischen *Sozialrevolutionären*, den georgischen Sozialisten und der *Lettischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei*. Diese Proklamation liefert gewissermassen einen Kommentar zur Konferenz der oppositionellen und revolutionären Parteien und ihrer Deklaration, indem sie die Notwendigkeit dartut, alle die Elemente, welche für die politische Freiheit eintreten, zu unterstützen, dabei aber in rein sozialdemokratischem Sinne den Klassenstandpunkt des Proletariats betont und die

¹⁾ Unter diesem Ausdruck verstehe ich immer nur die Strassendemonstrationen.

²⁾ Vergl. die Rubrik *Sozialistische Bewegung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 39.

Arbeiter aller vom Zarat unterdrückten Völker auffordert, die zeitweiligen Bundesgenossen, die bürgerlichen Parteien, nicht den bevorstehenden Sieg über den Absolutismus gegen die Interessen der Arbeiterklasse ausnutzen zu lassen:

»Im Augenblick des Sturzes und der Liquidation des ganzen absolutistischen Regimes soll die grosse Armee der Arbeit einheitlich und mächtig, mit klarem Bewusstsein ihrer Forderungen und ihres sozialistischen Endziels auftreten, damit sie nach der politischen Revolution die möglichst grössten Vorteile für die Arbeiterklasse erkämpft.«

Schon früher wirkte mit der *Polnischen sozialistischen Partei* auch die litauische Sozialdemokratie in einem Falle zusammen, wie sie ja auch in der gegenwärtigen Lage in Litauen zusammen mit ihr handelt.

IM Herbst des vorigen Jahres fand eine Konferenz des erweiterten Zentralkomitees der Partei statt, welche nach reiflicher Erwägung einstimmig beschloss, zu einer schärferen Taktik überzugehen, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um die Regierung zu schädigen, besonders die Mobilisierung in Kongresspolen und in Litauen zu erschweren, und vor allem sich bei den Strassenkundgebungen nicht widerstandslos vom Militär und von der Polizei misshandeln zu lassen, sondern der Gewalt Gewalt entgegenzustellen. Infolge dieses Beschlusses gab die denkwürdige Warschauer Demonstration vom 13. November das Signal des Kampfes mit Waffen gegen das Militär, und ihr folgten auch sofort Demonstrationen in der Provinz: am 19. und 24. in Ostrowiec, am 27. in Kalisch und Cmielow, dann in Starachowitz und Bodzchow, am 4. Dezember in Radom — an dieser Demonstration haben auch Bauern der Umgegend teilgenommen —, am 12. in Sosnowice, am 20. in Pabianice u. s. w. Natürlich nahmen nicht alle diese Kundgebungen einen blutigen Verlauf; wo aber das Militär und die Polizei gewaltsam gegen die Demonstranten vorging, wie am 24. Dezember in Radom, am 15. Januar in Lodz, da sparten auch die Genossen mit Revolverschüssen nicht, und die Angreifer, besonders die Offiziere, mussten für das vergossene Arbeiterblut mit ihrem Leben büssen. Diese blutigen Kämpfe erneuerten sich im Januar in Radom, Siedlce, Lodz, und für die nächste Zeit waren wieder grössere Demonstrationen in Warschau geplant, um das Andenken der am 28. Januar 1886 hingerichteten Märtyrer der Partei *Proletaryat* zu ehren und den Kampf der russischen Arbeiter zu unterstützen. Die polnische Organisation hielt sich also zu allem bereit: sie befindet sich seit dem 13. November in dem Zustand des bewaffneten, wenn auch noch sporadischen Kampfes gegen die Regierung und ist auf die längere Dauer dieses Kampfes und auf die Opfer, die er verlangt, gefasst.

DIE Nachricht von den Petersburger Ereignissen traf in Warschau Dienstag den 24. Januar ein und veranlasste das Warschauer Arbeiterkomitee, sich sofort als Komitee für den allgemeinen Ausstand zu konstituieren, damit der Kampf der russischen Arbeiter in Polen ein würdiges Echo finde. Es wurde beschlossen, mit dem Ausstand am Freitag zu beginnen, ihn im Laufe des folgenden Tages vollständig zu verallgemeinern und am Sonntag eine Massenkundgebung zu veranstalten. Der Beschluss wurde auch genau ausgeführt. Bei der Massenbewegung kam möglicherweise vieles vor, was von der Partei nicht geplant, noch vorausgesehen war, wobei ich allerdings nicht von den Zusammenstössen spreche, auf welche man vollständig gefasst war; im grossen ganzen war aber diese grossartige Bewegung von der Partei geleitet und unzweifelhaft

die Frucht ihrer langjährigen Arbeit. Der allgemeine Ausstand brach auch in Lodz und in den litauischen Städten Wilna, Kowno, Bialystok aus; dann in Dombrowa, Zawiercie, Czenstochau u. s. w. Das polnische Blut floss in Strömen für unsere und eure Freiheit, wie die polnischen Revolutionäre von 1830 sagten; nur ist es diesmal Proletarierblut. Das polnische Proletariat, von der *Polnischen sozialistischen Partei* gerufen, bezeugt auf diese Weise seine Solidarität mit der kämpfenden russischen Arbeiterschaft. Nebenbei bemerkt: diejenigen ausländischen Genossen, welche, auf falsche Informationen hin, diese Partei als eine *nationalistische* zu exkommunizieren pflegten, empfinden hoffentlich heute ein Gefühl von bitterer Scham. Wenigstens hoffe ich das — für sie

WIE die polnische und die litauische Arbeiterbewegung eine zweckbewusst organisierte war, so hatte sie auch ein ganz bestimmtes und von der Partei formuliertes Programm. Ihr Warschauer Arbeiterkomitee³⁾ veröffentlichte und verbreitete in Warschau, ebenso wie in Lodz, Dombrowa u. s. w., zwei Deklarationen, von denen die eine die ökonomischen Forderungen der Streikenden, die andere das politische Programm des ganzen polnischen Proletariats enthält. Die ökonomischen Forderungen sind:

1. Achtstündiger Arbeitstag;
2. unverzügliche Aufnahme öffentlicher Notstandsarbeiten für alle Arbeitslosen ohne Unterschied der Konfession;
3. Lohnminimum von 1 Rubel 50 Kopeken für Männer, von 1 Rubel 20 Kopeken für Frauen und Hilfsarbeiter;
4. Abschaffung der Akkordarbeit;
5. Kontrolle der Arbeiter über die Ernennung von Werkmeistern, über die Fabrikhygiene, die Organisation der ärztlichen Hilfe und der Krankenkassen;
6. Altersversorgung;
7. Abschaffung der körperlichen Durchsuchungen (beim Verlassen der Werkstätten);
8. Entfernung der in den Fabriken stationierten Polizisten.

Die politische Deklaration lautet wie folgt:

. . . Wir wollen ein freies und eigenes Leben, wir müssen ein freies und unabhängiges Volk werden. In politischer Hinsicht braucht das polnische Volk:

1. Rede-, Press- und Gewissensfreiheit;
2. Gleichheit der bürgerlichen Rechte für alle ohne Unterschied der Konfession und der Abstammung;
3. absolute Vereins- und Versammlungsfreiheit;
4. Unantastbarkeit der Person und des Heims;
5. demokratische Städte- und Gemeindeautonomie;
6. unentgeltlichen und obligatorischen Schulbesuch;
7. vollständige Freiheit und Selbständigkeit des nationalen Lebens: polnische Sprache in allen öffentlichen Institutionen, Entfernung der Ausländer⁴⁾ von den Ämtern u. s. w.;
8. Freiheit der kulturellen Entwicklung für die jüdische Bevölkerung und andere nationalen Minoritäten.

Der Despotismus hat für uns nur Peitschenhiebe, Kugeln, Kerker und Galgen. Die Freiheit müssen wir uns selbst erkämpfen durch die siegreiche Niederwerfung des Zarismus, und wir werden diese Freiheit in unserem eigenen Parlament beschliessen, welches vom Volke auf Grund der allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Stimmabgabe gewählt werden wird. Mit dieser Forderung des polnischen Volksparlaments in Warschau tritt heute die Arbeiterschaft in den allgemeinen Ausstand ein. Nieder mit dem Zarismus! Es lebe die Unabhängigkeit! Es lebe der Sozialismus!

³⁾ Alle Komitees der *Polnischen sozialistischen Partei* heissen *Arbeiterkomitees* und bestehen aus tatsächlich zum grössten Teil, in vielen Orten sogar ausschliesslich, aus Arbeitern

⁴⁾ Darunter werden die Russen verstanden.

IN Litauen wurden in einer Proklamation von dem Wilnaer Komitee der *Polnischen sozialistischen Partei* und von der litauischen Sozialdemokratie im allgemeinen dieselben Forderungen aufgestellt, nur wird dort die föderative Gestaltung des russischen Reiches und die Einberufung eines litauischen konstituierenden Landtages nach Wilna verlangt.

ALLES das beweist, dass die *Polnische sozialistische Partei*, die, wie die Ereignisse deutlich bewiesen haben, die Führung der Massen in der Hand hat, in diesem folgenschweren Augenblick ihr Programm, welches einen unabhängigen demokratischen polnischen Staat verlangt, vollständig betätigt, und dass sie dies gar nicht hindert, mit dem russischen Proletariat und überhaupt mit dem Proletariat aller im zarischen Reich wohnenden Nationen solidarisch zu wirken. Sie hat es auch immer betont, dass sie einerseits eine allgemeine russische Reichskonstitution, wenn auch mit einer einfachen Provinzautonomie für Polen, nicht als ein genügendes Ziel für Polen ansehen und demnach nicht anstreben könne, sondern jede Erschütterung des Zarismus für die nationale Unabhängigkeit ausnutzen werde, weil das lebhafte und klare nationale Bewusstsein des polnischen Volkes sie fordert, und weil sie die einzige Form ist, in welcher das Mass der Demokratie in den politischen Einrichtungen verwirklicht werden kann, zu welchem die polnische Nation ihrer sozialen Schichtung und geschichtlichen Tradition nach reif ist; andererseits aber erklärte die Partei immer, dass sie den Kampf des russischen Proletariats um die russische Konstitution mit allen Kräften unterstützen wolle, es aber einzig auf die Weise tun könne, dass sie gleichzeitig um die polnische Konstitution kämpft.

IM gegenwärtigen historischen Moment sind in Polen auch Stimmen laut geworden, welche als Losungswort für die Gegenwart die Autonomie des Königreichs Polen empfehlen. Überhaupt sind von verschiedenen sozialen Elementen und Parteien Polens, je nach ihrer Beschaffenheit, verschiedene Wünsche und Forderungen formuliert worden. Als der Minister Fürst Swiatopolk-Mirskij den Grafen Ladislaus Tyszkiewicz, den Vorsitzenden der *Warschauer Sektion der Gesellschaft zur Förderung der Industrie und des Handels*, eines grossen Vereins, welchem die aufgeklärtesten Industriellen, Landwirte, Bankiers und bürgerliche Publizisten angehören, aufforderte, ihm die Wünsche der Polen vorzutragen, redigierte derselbe, unter Mitwirkung einiger Mitglieder der sogenannten *nationaldemokratischen Partei*, eine Denkschrift, in welcher nur die Einführung der polnischen Sprache in allen Schulen und Ämtern, die Zulassung der Polen zu allen Ämtern, das Aufhören der Verfolgung der unierten Griechischkatholischen, welche zum Übertritt zum orthodoxen Glauben gezwungen werden, und volle Freiheit und Gleichberechtigung für die katholische Kirche gefordert werden. Witte bestellte sich darauf eine andere Denkschrift von Spasowicz, dem bekannten Führer der polnischen Hofpartei, und in dieser Denkschrift wurden diese Forderungen noch abgeschwächt und in loyale, fast ausschliesslich auf das kirchliche Interesse reduzierte, untertänigste Bitten verwandelt. Diese agrarischen und industriellen Elemente getrauen sich also nicht, die geringste Autonomie — die Hofpartei nicht einmal die Einführung der *Semstwo* in Polen — zu erbitten — denn *fordern* wäre hier ein viel zu starker Ausdruck —, weil sie nicht sicher sind, dass eine liberale Regierung kommt, und dem Zorn des Generalgouverneurs sich nicht auszusetzen wagen. Ein Teil der radikalen Intelligenz, erbittert und beschämt durch dieses Verhalten, will nun die Forderung

der Autonomie aufstellen, wobei aber das Ziel ihrer Wünsche unklar ist, die führenden Literaten selbst nicht genau wissen, ob darunter eine *kulturelle* Autonomie, also das Recht, die nationale Sprache und Literatur zu pflegen, oder eine von den vielen Arten und Stufen der staatsrechtlichen Autonomie zu verstehen ist. Diese Intelligenz hat keinen Rückhalt im Volke, steht vollständig isoliert da und möchte nun die *Polnische sozialistische Partei* bewegen, die Forderung der nationalen Unabhängigkeit durch diejenige der mehr oder weniger bestimmten Autonomie zu ersetzen. Das kommt aber eben daher, dass diese Intelligenz keine Fühlung mit der Arbeiterschaft besitzt, zu den revolutionären Kräften Polens und überhaupt des ganzen Reichs kein Vertrauen hat und sich der naiven *diplomatischen* Hoffnung hingibt, die Regierung Russlands — mag es auch eine künftige sein — werde leichter eine gewisse Autonomie Polens *bc-willigen*, als sich in die Notwendigkeit seiner Unabhängigkeit fügen. Die Arbeiterschaft aber denkt gar nicht und kann auch, besonders in einem solchen Augenblick, an alle diese diplomatisch abgeschwächten Forderungen und Programme nicht denken; wenn sie alles, auch das Leben, opfert, so opfert sie es für die Forderung der vollen politischen Freiheit und Demokratie, von welcher die volle nationale Freiheit untrennbar ist. Die Partei gibt diesem bewussten Verlangen des Proletariats Ausdruck, und so bestätigen die Ereignisse den von ihr immer verfochtenen theoretischen Satz, dass die Forderung der Unabhängigkeit Polens, von den besitzenden Klassen, auch von dem *nationaldemokratischen* Kleinbürgertum verleugnet, die reine Klassenforderung des Proletariats geworden ist, die Form seines Strebens nach der politischen Freiheit und nach der Eroberung der Macht. Natürlich muss dieses Streben in diesem historischen Moment einen *konkreten* Ausdruck finden; agitatorisch allgemeine Schlagworte genügen nicht mehr; und wenn die russischen Liberalen und Sozialisten aller Richtungen die Einberufung einer konstituierenden Versammlung fordern, so muss von den Polen die Wahl ebensolcher Versammlungen in Warschau und Wilna gefordert werden, welche, auf das polnische respektive litauische Volk gestützt, souveräne Rechte in Anspruch nehmen und sich erkämpfen werden müssen und über das Verhältnis Polens und Litauens zu einander und zu Russland entscheiden sollen. Diese Entscheidung schon jetzt, im voraus, auf eine mehr oder weniger begrenzte Provinzautonomie zu reduzieren, hält die Partei auch aus taktischen Gründen für verfehlt. Sie glaubt nämlich, dass bisher nichts geschehen ist, was sie zwingen könnte, die Hoffnung aufzugeben, dass die gegenwärtige Krise des Zarismus, die allerdings vielleicht noch jahrelang mit teilweisen Rückschlägen dauern kann, nicht mit Konzessionen des Zarismus und mit seiner Rettung in neuer Form enden wird, sondern mit seinem Sturz und mit einer Umgestaltung der ganzen Staats- und womöglich auch der Gesellschaftsordnung. Dann aber muss die grösste Menge der revolutionären Volksenergie ausgelöst werden, was nur mit möglichst weitgehenden revolutionären Forderungen zu bewerkstelligen ist. Sollte aber trotzdem die ganze Krise schliesslich in eine zarische Konstitution auslaufen, so wird doch der Wert dieser Konstitution, das Mass der Freiheit und der Demokratie, in rein politischer wie in nationaler Hinsicht, ebenso wie der sozialen Errungenschaften, um so grösser sein, je stärker der Druck von unten, je weitgehender und grundlegender die Forderungen des Proletariats.

DAS ist der Standpunkt der Partei, die die Arbeiterbewegung in Polen leitet

und in Litauen ein starker und gleichberechtigter Faktor ist neben der litauischen Sozialdemokratie und dem jüdischen *Bund*.⁵⁾ Gewiss, mancher russische Liberale, der, im Grunde genommen, sich von der Vorstellung eines mächtigen, erobernden, imperialistischen Russland nicht befreien kann, wird fürchten, dass die polnischen nationalen Bestrebungen die freiheitlich denkenden Russen kopfschütteln machen und sie wieder mit der zarischen Regierung versöhnen; die liberalen Journalisten in Europa können auch darüber tiefsinnige Erwägungen zum besten geben. Sozialisten aber können solche Befürchtungen nicht irre machen. Sollte man sich durch solche Gesichtspunkte leiten lassen, so müsste man ja vor allem alle Juden bitten, sich von der revolutionären Bewegung überhaupt fernzuhalten, denn die russische Regierung benutzt deren rege Teilnahme daran, um das unaufgeklärte Volk gegen die Juden aufzuhetzen und so die Bewegung abzuleiten. Ganz gewiss wird die Regierung ein ähnliches Manöver auch gegen die Polen versuchen, und das eigentlich auch dann, wenn diese auch nur die bescheidenste Autonomie oder gar Gleichberechtigung anstreben. Im Jahre 1863 ist ihr auch dieses Manöver gelungen: die Katkowschen gingen zum Absolutismus über. Wird sich der Vorgang jetzt wiederholen? Ja, wenn jetzt der Suworin von der *Nowoje Wremja* sich der konstitutionellen Bewegung anschliesst und etwa zu den Liberalen gerechnet wird, an der Spitze der Delegationen der Presse auftritt, so kann man sicher sein, dass solche Elemente den ganzen Konstitutionalismus bei der ersten Gelegenheit verraten werden. Man kann in diesem Punkte auf die Liberalen sich nicht verlassen, und die Vorgesrittenen unter ihnen, die auf der Pariser Konferenz das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zugegeben und jede Anwendung der Gewalt seitens der russischen Regierung den Nationen gegenüber im voraus verdammt haben, scheinen selbst zu wissen, dass, wenn die Nationalitätenfrage akut wird — und sie muss es werden, weil das polnische Proletariat stark und bewusst ist —, die liberale Partei in zwei Teile zerfallen wird, deren einer der Regierung, und mag sie auch absolutistisch bleiben, und deren anderer einfach sich den Sozialisten anschliesst. Aber das wäre ja kein Unglück. Die Liberalen können den Absolutismus blossstellen und dadurch erschüttern; erringen können sie von selbst gar nichts. Das russische Proletariat tritt schon jetzt in die Kampfarena. Nun ist die Erziehung dieses Proletariats zum sozialistischen Klassenbewusstsein gewiss nicht sehr fortgeschritten, aber die Leiden, welche der Krieg mit sich bringt, und der weitere Verlauf der revolutionären Krise, in der der Zarismus und die orthodoxe Kirche ja gewiss noch öfter Gelegenheit haben werden, ihr wahres volksfeindliches Gesicht zu zeigen, werden wohl viel dazu beitragen, die imperialistisch-nationale und religiöse Befangenheit dieses Proletariats zu brechen. Natürlich erwächst hier den russischen Sozialisten eine sehr wichtige Aufgabe, die darin besteht, diesen Prozess zu beschleunigen, das Volk über die volle Ungerechtigkeit der russischen Herrschaft in eroberten Ländern und über das Recht der Völker auf Unabhängigkeit aufzuklären und auf diese Weise die voraussichtlichen nationalistischen Manöver der Regierung zu vereiteln. Das liegt im eigenen Interesse der russischen Sozialisten; denn sollten

⁵⁾ Der *Allgemeine jüdische Arbeiterbund* hat an der Organisation der Bewegung in Litauen in hervorragender Weise und auch in Warschau und Lodz mitgewirkt. Loider hat sich diese Organisation den politischen Forderungen des polnischen und litauischen Proletariats bisher nicht angeschlossen. Übrigens gehört auch ein Teil der jüdischen Arbeiter der *Polnischen sozialistischen Partei* an und steht unter ihrer Leitung.

solche Manöver gelingen, dann würde unzweifelhaft auch die ganze russische Freiheitsbewegung in der nationalistischen Flut zu Grunde gehen. Die Partei der *Sozialrevolutionäre* hat denn in dem schon erwähnten Aufrufe, den sie gemeinsam mit der *Polnischen sozialistischen Partei* veröffentlichte, die russischen Arbeiter vor den nationalistischen Intriguen der besitzenden Klassen ausdrücklich gewarnt:

»Wir wissen, dass wir Arbeiter die Privilegien einer Nation den anderen gegenüber, die Vergewaltigung der Freiheit irgendwelcher Nation, absolut nicht brauchen; möge jede Nation ohne Hindernisse über ihr Los entscheiden, jede sich selbst nach ihrem Willen regieren, entweder im gemeinsamen russischen Staatsverband oder autonom auf föderativer Grundlage oder schliesslich in vollständiger Unabhängigkeit, wie es zum Beispiel die Polen verlangen. Alle Verbände der Nationen sollen auf Grund beiderseitig freier Verträge entstehen, ohne irgendwelchen Zwang.«

Die *Russische sozialdemokratische Arbeiterpartei* hat bisher ähnlich scharfe Erklärungen nicht abgegeben, wenn sie auch in ihr Programm den selbstverständlichen — aber ein wenig unbestimmten — Punkt *Selbstbestimmungsrecht der Nationen* aufgenommen hat. Die *Polnische sozialistische Partei* ist ihrem ganzen Wesen nach eine sozialdemokratische, wenn die Merkmale der Sozialdemokratie darin bestehen, dass die Partei direkt aus der Mitte der Arbeiterklasse emporwächst und ihre ganze Tätigkeit der Eroberung der Macht durch das Proletariat in vollständig demokratischer Staatsform zustrebt. Trotzdem ist es der Partei bisher leider nicht gelungen, mit der russischen *Sozialdemokratie* das seit langem vorgeschlagene Schutz- und Trutzbündnis zu schliessen; es wirken da alte Vorurteile und die Zerfahrenheit der Organisationszustände in der russischen Partei, die eben jetzt in zwei feindliche Lager gespalten ist — beides Umstände, die hoffentlich in diesem so blutig ernsten historischen Momente verschwinden werden, welcher auch vielleicht die Abschwächung der unseres Erachtens anachronistischen Feindschaft zwischen den *Sozialdemokraten* und den *Sozialrevolutionären* mit sich bringen wird. Was die Vorurteile betrifft, so glauben wir: durch die gegenwärtige polnische Bewegung wurde deutlich bewiesen, dass dies nationale Programm der *Polnischen sozialistischen Partei* das von ihr geleitete Proletariat weder schwächt, noch in die Abhängigkeit von irgend welcher bürgerlichen Partei bringt, sondern mit dem schärfsten Klassenbewusstsein und mit dem innigsten Gefühle der Solidarität der russischen Revolution gegenüber verbunden ist. Die russische Freiheitsbewegung kann hier allerdings einem *aut — aut* nicht ausweichen: entweder will Russland frei sein, und dann muss es auch den unterjochten Nationen die Freiheit zurückgeben. — oder aber will es weiter über andere herrschen, dann ist dieses Volk für die Freiheit noch unreif, dann wird seine Revolution noch diesmal unterdrückt werden, und zwar mit der Kraft einer geschichtlichen Notwendigkeit, und alles muss aufs neue angefangen werden. Wohl bürgt aber der sozialistische Charakter der in Betracht kommenden Parteien dafür, dass dieses Unglück nicht geschehen wird. Petersburg, Warschau, Wilna, Helsingfors, Kiew, Riga und Tiflis werden den mit Blut besiegelten Bund der letzten Wochen zu erhalten wissen. Jetzt ist Gelegenheit dazu, oder vielleicht niemals, dass sich das Proletariat aller vom Zaren beherrschten Nationen in gegenseitiger gerechter Anerkennung seiner Rechte die Hände reicht und im gemeinsamen Kampf die Freiheit für alle erkämpft.

XX

BERNHARD SCHILDBACH · DER KORPORATIVE ARBEITSVERTRAG

I

DIE stetig wachsende Aufmerksamkeit, die in Gewerkschaftskreisen dem korporativen Arbeitsvertrag zugewandt wird, ist dem Erstarken der Organisationen zu danken. Tarifverträge bedeuten für die Gewerkschaften nicht nur einen Waffenstillstand, sondern bieten ihnen auch die sichere Aussicht, die Organisation zu festigen und aufreibende Kämpfe auf ein möglichst geringes Mass zu beschränken.

NACHDEM der Frankfurter Gewerkschaftskongress /1899/ sich in einer Resolution für tarifliche Vereinbarungen ausgesprochen und die Opposition der Buchdruckergewerkschaft gegen die Tarifgemeinschaften immer mehr die Sympathieen im eigenen Lager, wie in den Kreisen anderer Gewerkschaften verloren hatte, schlossen sich eine ganze Anzahl Verbände auf ihren Generalversammlungen der Kundgebung der Gesamtheit der Gewerkschaften zu gunsten der Tarifgemeinschaften an. Praktischen Ausdruck erhielt diese Stellungnahme in den folgenden Lohnbewegungen insofern, als diese so weit wie möglich mit einer tariflichen Festlegung des Erreichten beendet wurden. Die Tarifverträge waren demnach das Produkt mehr oder weniger hartnäckig geführter Lohnkämpfe. Es zeigte sich aber, dass überall da, wo der Gedanke des Tarifvertrages Wurzel gefasst hatte, die Gewerkschaftskämpfe sich merklich verminderten. Aus dieser Tatsache ziehen bürgerliche Sozialpolitiker den voreiligen Schluss, Tarifverträge verbürgten dauernd den gewerblichen Frieden. Diese Vorstellung gehört allerdings so lange ins Reich der Träume, bis gesetzliche Institutionen zur Festigung tariflicher Einrichtungen geschaffen sind. Andererseits ist die Annahme, dass dem Tarifvertrag unbedingt Lohnkämpfe vorausgehen müssen, ebenso unberechtigt; denn die günstigen Erfahrungen, die Arbeiter und Unternehmer eines Berufs mit dem korporativen Arbeitsvertrag gemacht haben, können doch auf die Parteien anderer Berufe nicht ohne jede Einwirkung bleiben. Der Tarifvertrag braucht also nicht in jedem einzelnen Gewerbe alle Stadien der Entwicklung zu durchlaufen. Während zum Beispiel die entwickeltste Tarifgemeinschaft in Deutschland — die der Buchdrucker — sich im Laufe eines halben Jahrhunderts aus Abkommen mit örtlichem Geltungsbereich zu bezirksweiser und endlich zu nationaler Ausdehnung emporentwickelte, treten uns heute nationale Tarifgemeinschaften, wie die der Chemigraphen und Lichtdrucker, beinahe ohne jede Vorbereitung entgegen. Dieser sich selbst empfehlenden Wirkung des Tarifvertrags ist auch das Bestreben der Arbeiterverbände zuzuschreiben, dadurch, dass sie mit der Aufforderung zur korporativen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Unternehmervereinigungen herantreten, den Boden für künftige Tarifaktionen zu lockern. DIESE grosszügigen Propaganda müsste unseres Erachtens eine intensivere Aufklärungsarbeit in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder zur Seite gehen. Zur Erzielung gesunder tariflich geregelter Arbeitsbedingungen gehört ein weit grösseres Mass von Solidarität, als zu jedweder anderen gewerkschaftlichen Aktion. Von Bewegungen jeglicher Art verlangt der durchschnittliche Ge-

werkschafter, dass sie auch ihm direkten Vorteil bieten. Zu Aktionen prinzipieller Natur, seien es auch solche, deren allgemeiner Wert auch von ihm anerkannt wird, lässt er sich nicht so leicht begeistern. Dieser Kurzsichtigkeit kann aber durch gewerkschaftliche Schulung abgeholfen werden. Bei dem Abschluss von Tarifverträgen und bei ihrer Weiterentwicklung zu festgefühten Tarifgemeinschaften handelt es sich in erster Linie um die Anerkennung des neuen Prinzips: der Berechtigung, bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen korporativ mitzubestimmen. Das individuelle Mitbestimmungsrecht des Arbeiters ist infolge seiner wirtschaftlichen Schwäche gegenüber seinem Gegenkontrahenten, dem Arbeitgeber, bei dem Abschluss des Arbeitsvertrags nur ein Scheinrecht. Dieser Zustand ist ein soziales Unrecht; denn der Arbeiter hat als Mitglied der Gesellschaft Pflichten gegen sie, zu deren Erfüllung eine bestimmte Summe von Existenzmitteln erforderlich ist. Betrachtet man den Arbeitsvertrag von diesem Gesichtspunkt aus, so leuchtet sofort ein, dass der einzelne Unternehmer ebensowenig wie eine Korporation von Unternehmern das Recht hat, jene Minimalsumme nach den Zufallsverhältnissen der Konjunktur des Arbeitsmarkts — die mit der Geschäftskonjunktur nicht immer identisch zu sein braucht — zu bestimmen. Demnach handelt es sich bei dem Korporativvertrag um die Anerkennung eines sozialen und da, wo in den Vertrag Bestimmungen aufgenommen sind, die im engeren Sinne eine Produktionsregelung bezwecken, auch eines ökonomischen Prinzips. Die hier gewählten Unterscheidungen sollen nur den Vorzug besserer Anschaulichkeit haben. Eine schematische Trennung dürfte sich schwer durchführen lassen, ohne den Tatsachen Gewalt anzutun.

AUF die Anerkennung dieser Prinzipien hat sich zunächst der Angriff zu richten. Der im Tarifkampf erprobte Gewerkschafter wird hierauf das grösste Gewicht legen und vor allem bemüht sein, alle Hindernisse in dieser Hinsicht zu beseitigen. Die stärksten Widerstände bei Tarifbewegungen rufen die materiellen Forderungen hervor. Es müssen also die Arbeiter in denjenigen Gewerben und an denjenigen Orten, in denen der Tarifvertrag noch nicht Fuss gefasst hat, unter vorläufigem Verzicht auf direkte materielle Vorteile für Tarifbewegungen gewonnen werden. Als nächstes Ziel müsste ins Auge gefasst werden: einheitliche Regelung derjenigen Arbeitsbedingungen, welche schon die grösste Übereinstimmung aufweisen; Neuprüfung und Neuregelung der Arbeitsbedingungen nach bestimmten Zeiträumen; Einrichtungen zur Schlichtung von auftauchenden Streitigkeiten in gemeinsamen Verhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Vielfach scheitern Tarifbewegungen deshalb, weil man von einem gut entwickelten Vertrag als Vorbild ausging und mit ihm siegen oder fallen wollte. Aus der Mannigfaltigkeit der Tarifbestimmungen in den bestehenden Abkommen geht hervor, dass eine Vereinbarung, die nur für einige Punkte des Arbeitsverhältnisses feste Bestimmungen schafft und strittige Punkte vorläufig noch offen lässt, einer Regellosigkeit in jedem einzelnen Fall vorzuziehen ist. Tatsächlich haben wir auch eine kleine Anzahl Korporativverträge, die ausschliesslich über Arbeitszeit, Überarbeit, Akkordpreise u. s. w., Bestimmungen enthalten. Ganz besonders sei aber auf den Wert der Festlegung der Tarife auf eine bestimmte Zeitdauer und auf die Einrichtung von Überwachungskörperschaften hingewiesen. Die Vertragsdauer garantiert dem Unternehmer eine Zeit gewerblicher Ruhe, veranschaulicht ihm

aber auch die Vereinbarung als einen rechtlichen Vertrag, dem er sich nicht durch Massregelung der beteiligten Arbeiter entziehen kann. Für den Arbeiter bedeutet die Vertragsdauer eine Zeit intensiver Agitationsarbeit; denn er muss zur Vergrößerung des Mitgliederbestandes seiner Organisation gelangen, will er nicht nach dem Vertragsablauf auf weiteren Ausbau des Tarifs verzichten. Es ist damit einem Zustand vorgebeugt, den der Praktiker sehr oft nach Gewerkschaftskämpfen beobachtet: dem Zustand der Kampfes- und Organisationsmüdigkeit.

VON nicht minder grosser Bedeutung ist die Einsetzung von Tarifüberwachungskörperschaften, wie Schiedsgerichte, Tarifämter etc. Wo keine paritätische Körperschaft vorgesehen ist, der Streitigkeiten über Tarifauflegungen vorgelegt werden können, fehlt gewissermassen die Vollstreckungsgewalt der tariflichen Bestimmungen, und leicht macht sich ein das Vertragsverhältnis gefährdendes Misstrauen bemerkbar. Der Tarif steht nur auf dem Papier, klagen die Arbeiter mit Recht, es fehlt die lebendige Anteilnahme der Parteien. Bei einem einigermaßen ehrlich gemeinten Tarifabschluss wird die Einsetzung einer ständigen paritätischen Kommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden auf keinen besonderen Widerstand stossen, ja, die Höhe des Widerwillens einer Partei gegen diese Einrichtung kann den Gradmesser bilden für die zu erwartende Vertragstreue. Das Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitern in einer solchen Instanz wird für die weitere Ausgestaltung des Tarifs äusserst förderlich sein, und der erziehlche Einfluss einer solchen Institution wird beide Parteien von groben Vertragsverletzungen mit der Zeit gänzlich abhalten. Der wirtschaftlichen Bedeutung der Arbeiterorganisationen und dem Wert der ihr innewohnenden sittlichen Kräfte werden die Unternehmer die Achtung nicht versagen können, und gegenseitiges Verhandeln und Verständigen auf der Grundlage der Gleichberechtigung wird kostspielige, unwirtschaftliche Kämpfe nach und nach vermindern. Die Wirkung des Tarifvertrages in Zeiten wirtschaftlicher Depression ist ebenfalls beachtenswert. In solchen Orten und Berufen, wo längere Zeit tarifliche Ordnung herrschte, konnte festgestellt werden, dass die Tariflöhne auch während der Krisis beibehalten wurden, wohingegen dort Lohnabzüge gemacht wurden, wo kein Kollektivabkommen die Unternehmer verpflichtete. Das ist für die Gewerkschaften von unermesslicher Bedeutung. Denn die Lohnabzüge bedeuten ausser der Einbusse, die der Arbeiter erleidet, mit neuen Ausgaben verbundene Lohnkämpfe. Während unter der Herrschaft des Tarifvertrages bei günstiger Konjunktur auf die Verbesserung der seitherigen Tariflöhne hingewirkt werden kann, müssen in anderen Orten erst Kämpfe um die früher gezahlten Löhne geführt werden.

II



EIDER ist mit der Ausdehnung des korporativen Arbeitsvertrages eine wenig erfreuliche Erscheinung verknüpft, auf deren Ursachen und Beseitigungsmöglichkeiten wir die Aufmerksamkeit hinlenken wollen. Es sind die entstehenden Tarifdifferenzen unter den Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen.

DIE Ursache der häufigen Tarifdifferenzen liegt zum grossen Teil schon in dem Bestehen verschiedener Organisationsgruppen. Solange eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung nicht besteht, werden derartige Differenzen wohl kaum

ganz verschwinden; deshalb aber nicht wenigstens den Versuch zu unternehmen, die Zahl vorkommender Differenzverhältnisse zu vermindern, wäre schädlich und unklug. Es scheint daher recht notwendig, bei Tarifbewegungen eine einheitliche Taktik gegenüber anderen Arbeiterorganisationen anzuwenden.

DIE christlichen, Hirsch-Dunckerschen-, Lokal- und *unabhängigen* Organisationen erheben gegen die freien Gewerkschaften, weil diese zumeist die Initiative zu Lohn- beziehungsweise Tarifbewegungen ergreifen, den Vorwurf, von dem geplanten Vorgehen nicht benachrichtigt oder dazu aufgefordert zu sein. Soweit sich ein solcher Vorwurf auf Tatsachen stützt — und das wird oft der Fall sein — entbehrt er unseres Erachtens der Berechtigung nicht. Die Beschlüsse zu einer Lohnbewegung werden zwar in der Regel in öffentlicher Versammlung gefasst, an welcher alle Berufsangehörige teilnehmen können. Demnach, sagen die freien Gewerkschafter, bedarf es keiner besonderen Einladung zur Beteiligung bestimmter Organisationen. Nun gehen aber gutorganisierten Lohnbewegungen fast immer vorbereitende interne Besprechungen voraus, die den Zweck haben, die Forderungen festzusetzen und die Taktik in grossen Zügen zu bestimmen. Diese Vorarbeiten, die ausschliesslich in den Händen einer Organisation liegen, werden richtunggebend für die ganze Bewegung. Bei aller nachfolgenden Öffentlichkeit der Versammlungen und Beschlussfassungen wird man doch zugeben müssen, dass diese eine — zugleich auch meist stärkste — Organisation des Berufs die ganze Aktion beherrscht. Das aber ist es, was kleinere oder gegnerische Organisationen infolge ihrer Feindseligkeit gegen die freien Gewerkschaften misstrauisch macht. Ihr Misstrauen wird dadurch gesteigert, dass die freien Gewerkschaften das Verlangen einer gegnerischen Berufsorganisation, an den Vorarbeiten einer Bewegung teilzunehmen, leider nur zu oft ablehnen. Wo dies Beiseiteschieben und Zurücksetzen geübt wird, wird es von der Anschauung getragen: wir sind die anerkannte, weil die stärkste Organisation; die Andersorganisierten nehmen es nicht ernst mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, verhindern Erfolge, indem sie durch ihre Zersplitterung in den Reihen der Berufskollegen Uneinigkeit säen; ein Zusammenarbeiten mit ihnen bei Lohnbewegungen würde die Anerkennung ihrer Existenzberechtigung bedeuten; die müssen wir ihnen jedoch bestreiten. Wo nun eine andere Praxis geübt wurde, das heisst, wo man gemeinsam mit gegnerischen Organisationen Bewegungen durchführte, machte man die verschiedensten Erfahrungen. Teilweise zeigten sich die Andersorganisierten als tüchtige Kämpfer, teilweise fielen sie mitten in der Bewegung ab oder beendigten selbständig die Aktion, indem sie mit geringen Zugeständnissen sich zufrieden gaben und Sonderabmachungen mit den Unternehmern trafen. Solche Vorkommnisse mussten allerdings dazu beitragen, den Gedanken an gemeinsame Aktionen in Misskredit zu bringen. Aber auch da, wo günstige Erfolge erzielt wurden, zeigte sich eine Erscheinung, die dazu angetan war, bei den Freiorganisierten Feindschaft gegen gemeinsame Bewegungen hervorzurufen. Die anderen Organisationen nahmen während der Bewegung oft ungleich mehr an Mitgliedern zu. Ihr stärkt nur die gegnerischen Organisationen mit eurer Parität! rief man in einer — unserer Meinung nach — unbegründeten Ängstlichkeit. Es ist ganz natürlich, dass die sogenannten *Mitkäufer* bei Lohnbewegungen sich der billigsten Organisation anschliessen, ganz be-

sonders, wenn diese, gedrängt durch die Konkurrenz, dieselbe Streikunterstützung in Aussicht stellt, wie die *teure* Organisation.

SO bedauerlich all diese Erscheinungen im gewerkschaftlichen Kampf auch sind, sie dürfen bei künftigen Tarifbewegungen nicht massgebend für die Entscheidung über das gemeinsame Vorgehen sein, denn der Erfolg der Bewegung hängt von der gemeinsamen Betätigung ab. Man unterschätze nicht die gegnerischen Organisationen! So unbedeutend sie im allgemeinen sind, so gefährlich — das haben schon viele Beispiele bewiesen — können sie bei Bewegungen werden, bei denen eine vorherige Verständigung abgelehnt wurde. Es gibt Leute, die sagen, dass mit solchem Verhalten die gegnerischen Organisationen sich selbst ihr Grab bereiten. Aber man könnte ihnen nur dann beipflichten, wenn der Indifferentismus in den Arbeiterkreisen nicht noch so ungeheuer gross wäre. Nun ist ja ein Paktieren mit andersgearteten Organisationen äusserst schwierig. Bei jeder Lohnbewegung kommen immer Indifferente und solche Gewerkschaftsmitglieder in Frage, die noch nicht zum Bezug einer Unterstützung berechtigt sind; ihnen muss Unterstützung in irgend einer Form gegeben werden. Die ungleiche Finanzlage der verschiedenen Organisationen ergibt die hauptsächlichsten Differenzpunkte nicht nur bei der Festsetzung der Unterstützungshöhe, sondern auch bei der Bestimmung der Bezugsdauer. Alle diese Fragen müssen *v o r h e r* geregelt sein, und zwar bei *j e d e r* Bewegung, auch bei solchen, von denen man sich eine rasche Erledigung verspricht. Schliesslich wäre es empfehlenswert, dass die Verbandsvorstände aller Organisationen eines Berufs generelle Bestimmungen über solche Fragen vereinbarten. Bei grossen Aussperrungen wurden in letzter Zeit unter den verschiedenen Organisationen solche Vereinbarungen mit befriedigendem Erfolge für den einzelnen Fall getroffen. Gewerkschaftsführer, die durch solche Erfahrungen gewitzigt wurden, üben immer mehr die Praxis, bei Lohnbewegungen durch schriftlichen Vertrag mit den anderen beteiligten Organisationen alle fraglichen Punkte zu regeln, um so den schädigenden Einwirkungen der Organisationszersplitterung auf die Aktion von vornherein zu begegnen. Auf derartige Massnahmen seien empfehlend alle jene Gewerkschaften verwiesen, die im steten aufreibenden Kampf mit gegnerischen Organisationen stehen.

VON den einzelnen Bestimmungen des Tarifvertrags sei noch auf die Frage des Organisationsausschlusses eingegangen. In einigen Branchen des Schlägergewerbes Mittelfrankens, im Chemigraphengewerbe und in einigen Branchen des Baugewerbes bestehen Tarifgemeinschaften, die nur Mitgliedern einer bestimmten Unternehmer- oder Arbeiterorganisation die Teilnahme an den Verträgen gestatten. Das Bestreben, die Tariferrungenschaften nur denen zu teil werden zu lassen, die für die Erreichung derselben fortgesetzt namhafte Opfer brachten, nach dem Worte *Wer nicht sät, soll auch nicht ernten*, hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes, Imponierendes für sich. Allein bei näherer Betrachtung wird man finden, dass dem augenscheinlichen Vorteil ungleich schwerere Nachteile gegenüberstehen. So wie die Unternehmerorganisation nie alle Unternehmer ausnahmslos einschliesst, so wird auch die beste Arbeiterorganisation nicht alle Berufsangehörige umfassen. Bestimmt nun ein Vertrag, dass kein organisierter Gehilfe bei einem nicht organisierten Prinzipal arbeiten darf, so ist die Agitationskraft des Verbandes lahmgelegt. Denn die Organisation darf Gehilfen aus Betrieben, die der Tarifgemeinschaft.

also auch der Unternehmerorganisation, fernstehen, gar nicht aufnehmen. Es werden also Gehilfen und Unternehmer, die gar nicht oder nicht in den vertragschliessenden Verbänden organisiert sind, die Tarifgemeinschaft erheblich gefährden können. Die unlautere Konkurrenz, die durch die Tarifgemeinschaften beseitigt werden soll, kann somit ungestört weiter wuchern. Stellt man sich daher auf den Standpunkt, dass im ganzen Gewerbe geordnete Verhältnisse geschaffen werden sollen, so darf man die darauf gerichteten Bestrebungen nicht deshalb unterbinden, weil es nicht mit einem Schlage geschehen kann. Zum Gewerbe gehören auch alle Arbeiter des Berufs, und wenn die indifferenten Arbeiter sich um die Vertragsverpflichtungen nicht kümmern, so sollten doch mindestens die organisierten Arbeiter, die gewillt sind, die Pflichten aus dem Verträge zu erfüllen, nicht von ihm ausgeschlossen werden. Der Zimmerertarif in Elberfeld zum Beispiel verpflichtet die Gehilfen, nur bei Meistern in Arbeit zu treten, und verpflichtet die Meister, nur im freien Zimmererverband organisierte Gesellen zu beschäftigen. Andere Gesellen haben, selbst wenn sie auch einer tariffreundlichen Organisation angehören, nur die Wahl, den Vertrag zu brechen, den Ort zu verlassen oder mit denjenigen Meistern, die dem Vertrag nicht beigetreten sind, und den anderen Bauunternehmern einen Sondervertrag abzuschliessen, der den Absichten des ersten Vertrages entgegenwirkt!

DERARTIGE Abmachungen sind der Ausbreitung des korporativen Arbeitsvertrags, sowie dem Gedanken der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung unbedingt hinderlich, ja sie nähren in den unterdrückten Organisationen eine Tarifgegnerschaft, die dann die sonderbarsten Blüten treibt — wie unlängst in der Debatte über den Chemigraphentarif zu beobachten war. So spricht F. Schnetter in der *Neuen Zeit* von scheinbaren Verbesserungen, die der Chemigraphentarif den Arbeitern des Berufs gebracht haben soll, um gleich darauf von minimalen Errungenschaften zu sprechen, mit der misstrauischen und beweislosen Andeutung, dass diese Errungenschaften »zumeist nur auf dem Papier stehen«. Die gleichen Widersprüche finden sich bei Schnetter in dem ganzen Artikel. Einmal sollen die Unternehmer durch die Tarifgemeinschaft eine Monopolstellung erringen können, die ihnen gestattet, die Preise für die Produkte des Gewerbes zu diktieren, das andre Mal soll durch Tarifverträge eine Beseitigung der Schmutzkonkurrenz unmöglich sein. Die Ausführungen, die sich etwas unklar und allgemein gegen den *Organisationszwang* wenden, enthalten endlich den ganz berechtigten Vorwurf, dass »jede Verständigung in der Tarifrfrage mit dem selbständigen Lithographen- und Chemigraphenverband von jener Seite [*Verband der Lithographen und Stein-drucker*] abgelehnt« wurde. Der Ausschluss von der Tarifarbeit bildet also das Leitmotiv der Kritik.

BEI der Frage der Tarifkontrahenten kommt man zu einer ähnlichen Auffassung, wie oben bei den gemeinsamen Tarifbewegungen. Die Tarifverträge und die Tarifgemeinschaften besonders erfordern zur Verallgemeinerung und Aufrechterhaltung materielle und ideelle Opfer. Deshalb ist der Ausschluss nicht organisierter Arbeiter ein — vor allen Dingen im Interesse der Unternehmer gelegenes — Gebot der Notwendigkeit. Aber auf der anderen Seite ist es ein Gebot der Vernunft, Organisationen, die für die Durchführung von Tarifverträgen in jeder Hinsicht Garantien bieten, zu den Verträgen zuzulassen

oder sie zu gewinnen. Allerdings müssen die Garantien unter den in Frage kommenden Organisationen vertraglich verbürgt sein. Wenn eine der gegnerischen Organisationen die eingegangenen Verpflichtungen verletzt, wird ihren Mitgliedern *ad oculos* demonstriert, dass sie keiner *vertragsfähigen* Organisation angehören.

XX

HUGO LINDEMANN · DIE STÄDTISCHE GRUNDRENTE UND IHRE BEKÄMPFUNG

ALS zu Ende des XVI. Jahrhunderts in London die Bevölkerung rasch zunahm und infolgedessen die Grundrente im Innern der Stadt stark stieg, fand man die Ursachen dieser Erscheinung in der starken Bautätigkeit. Es würden zu viele Häuser gebaut, und infolgedessen werde die Bevölkerung vom platten Lande in die Stadt gelockt. Man untersagte daher unter Elisabeth im Jahre 1596 durch ein Gesetz jede Bautätigkeit bis zur nächsten Session des Parlamentes. »Wir haben«, so schreibt Adolf Weber in seinem neuen Buche *Über Bodenrente und Bodenspekulation in der modernen Stadt*, »heute für derartige Verwechslungen von Ursache und Wirkung nur noch ein überlegenes Lächeln, und doch scheint es, als wenn auch heute von dem durchaus überwiegenden Teile der deutschen Theorie und Praxis ein ganz ähnlicher Fehler gemacht wird, indem man behauptet, dass die hohe Grundrente, welche hohe Mietspreise verursache, im wesentlichen eine Folge der künstlichen Endämmung des Angebotes durch die berüchtigte Bodenspekulation sei.« In der Tat ist über das Steigen der Grundrente, das in den Jahren des gewaltigen industriellen Aufblühens Deutschlands und der sich gleichzeitig damit abspielenden und kausal mit ihm zusammenhängenden Zunahme unserer Städte wieder einmal in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt worden, so viel unsinniges Zeug zusammengeschrieben, dass das Urteil Webers durchaus berechtigt ist. Geradezu abenteuerliche Theorien sind aufgestellt worden und haben in weiten Kreisen urteilsfähiger und urteilsloser Leute Anhang, ja, begeisterte Zustimmung gefunden. Je abenteuerlicher, je besser! Die Umkehrung aller volkswirtschaftlichen Gesetze wurde geradezu zur Vorbedingung gemacht. Je mehr eine Theorie diesen widersprach, je absurder sie die Wirklichkeit auf den Kopf stellte, desto sicherer schien sie begründet, desto näher der Wahrheit zu kommen, desto grösser war ihre Anhängerschaft. Eine dieser wunderbaren Schöpfungen modernen volkswirtschaftlichen Denkens, die sogenannte *Bodenspekulationstheorie*, ist zum Evangelium nicht nur zahlreicher Theoretiker, sondern auch der Verwaltungsmänner und der Regierungen geworden. Ihr Ω ist: die Bodenspekulation ist an dem rapiden, masslosen Steigen der städtischen Grundrente schuld, sie hat infolgedessen die Mietpreise in unverantwortlicher Weise gesteigert und trägt daher den Hauptteil der Verantwortlichkeit für die elenden Wohnungsverhältnisse unserer Zeit. Der »Sündenbock ist gefunden und soll in die Wüste geschickt werden. Wie kommt es nun, dass diese Theorie so grosse Anhängerschaft gefunden hat?« Die ver-

chiedensten Gründe haben die Männer verschiedenster Auffassung in das gleiche Lager geführt. Zunächst, es war sehr bequem, einen Sündenbock gefunden zu haben, dem man alle Schuld aufladen konnte. Dabei konnte man zugleich das Odium eigener Taten von sich auf andere wälzen. Dies letztere gilt insbesondere von dem Hausbesitzertum, das in der letzten Zeit bestrebt ist, den Hass, den ihm seine Mietssteigerungen zugezogen haben, der Bodenspekulation zuzuschieben. Führt die Analyse der Ursachen der steigenden Bodenrente zu der Erkenntnis, dass dieselbe aufs tiefste in unserer heutigen Wirtschafts- und Eigentumsordnung begründet ist, so ist ihre Bekämpfung keine so einfache Sache, die man beim Nachtschilde erledigen kann. Ist dagegen die Bodenspekulation schuld, nun, dann verbietet man einfach die Bodenspekulation! Man hat ja auch Börsengesetze gemacht, durch sie die Spekulation in Getreide etc. verboten und versucht, die Börse aus der heutigen Wirtschaftsordnung herauszuschneiden. Ein Ausläufer dieses Kampfes gegen die Spekulation im allgemeinen ist die Bekämpfung der Bodenspekulation, die von den agrarisch-mittelstandsretterischen Parteien mit besonderer Vorliebe betrieben wird, weil sie, von keiner Sachkenntnis berührt, eine Erscheinung für das Ganze nehmen. Man braucht nur die Jägersche *Wohnungsfrage* zur Hand zu nehmen, und man wird auf jeder Seite finden, wie die Feindschaft gegen unsere heutige im Zeichen des Grosskapitalismus stehende Wirtschaftsordnung und die Schwärmerei für mittelalterliches Zünftertum zu einer blindwütigen Stigmatisierung der Bodenspekulation geführt hat. Auch die Bodenreform, die unter der Leitung Damaschkes alles Grosszügige, was sie in Amerika und England besessen, verloren hat und glücklich auf das Niveau des deutschen Durchschnittsphilisters so weit herabgebracht ist, dass sogar deutsche Regierungsvertreter sie ob ihrer Mässigung preisen, führt den Kampf gegen die Grundrente schliesslich doch nur unter den Gesichtspunkten des Mittelbürgers, der seine Klasse rettungslos zu Grunde gehen sieht und in der Kopflösigkeit versinkender Klassen seine Hand nach einem Allheilmittel ausstreckt. Wie der Antisemitismus die Juden, so macht die Bodenreform die Bodenspekulanten für alle Missstände unserer heutigen Gesellschaftsordnung verantwortlich. ES hat der Bodenspekulationstheorie, wenn man sie einmal so nennen darf, niemals an Gegnern gefehlt. Auch auf der Versammlung des *Vereins für Sozialpolitik* in München, in der die Wohnungsfrage behandelt wurde, hat Philippovich sie aufs allerentschiedenste bekämpft. Aber Weber hat ganz recht, wenn er sagt, dass seine Ausführungen nicht nur den nationalökonomischen *Outsiders* etwas ganz Eigenartiges, noch nie Dagewesenes zu sein schienen. Und ebenso zutreffend ist es, wenn er fortfährt: »Freilich, Philippovich und Genossen gelten als Theoretiker, und da ihre Theorie zur Zeit nicht modern ist, glaubt man, sie abtun zu dürfen mit dem Hinweis auf die grüne Praxis, die eben ganz anders aussehe, als die graue Theorie.« Es war daher ein sehr zeitgemässes und sehr verdienstvolles Unternehmen Adolf Webers, dass er sich in dem bereits oben erwähnten Buche ausführlich mit der Bodenspekulationstheorie auseinandergesetzt und ihr hoffentlich durch seine schlagenden Ausführungen den Todeskoss versetzt hat. Ist schon die theoretische Bedeutung seines Unternehmens nicht zu unterschätzen, so ist ihr Wert für die Praxis noch viel weittragender. Denn wenn man die grosse Mehrheit der praktischen Vorschläge, insbesondere auf dem Gebiete des kommunalen Steuerwesens, einer Prüfung unterwirft, so

wird man finden, dass sich dieselben vorzüglich mit der angeblich durch die Bodenspekulation veranlassten Steigerung der städtischen Grundrente beschäftigen. Besteuerung nach dem gemeinen Wert, Zuwachssteuer auf dem Gebiet der Besteuerung, Erbbaurecht, Abänderung des Hypothekenwesens etc.: sie alle sind dazu bestimmt, der Bodenspekulation das Leben sauer zu machen, womöglich das Lebenslicht auszublasi. Unter dieser absolut einseitigen Betrachtung der Boden- und Wohnungsverhältnisse in den Grossstädten, unter dieser Rückführung aller Missstände auf die Bodenspekulation müssen die übrigen viel wichtigeren Phänomene zurückstehen. Die Gesetzgebung, die Verwaltung werden einseitig, und die Vernachlässigung der anderen Faktoren wird sich bitter rächen. Das ganze grosse Problem der Wohnungs- und Bodenfrage wird auf diese Weise auf ein totes Geleis geschoben. Dass dies aber verhütet werde, daran haben alle diejenigen das grösste Interesse, die den engen Zusammenhang zwischen der Wohnungsfrage und unserer heutigen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung eingesehen haben. Wenn alle Versuche bekämpft werden müssen, die kapitalistische Entwicklung in vorkapitalistischem Sinne umzuformen, dann muss auch den Bestrebungen entgegengetreten werden, die durch die Opferung der Bodenspekulation das *solide Rentnertum* des Mittelstandes in der unbeschränkten Ausbeutung des städtischen Mietertums erhalten wollen. DER erste Teil des Weberschen Buches, *Zur Vergangenheit und Gegenwart der Bodenreform* betitelt, gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte der Bodenreform und führt darin den Nachweis, dass auch die heutige Bodenreform in ihrem ganzen Gedankeninhalt nur wenig über die ältesten Bodenreformer zu Anfang des XIX Jahrhunderts hinausgekommen ist. Die Argumente, mit denen man heutzutage das Anwachsen der städtischen Grundrente als schädliches Schmarotzertum nachzuweisen sucht und mit denen man die Bodenspekulation bekämpft, sind so ziemlich die gleichen geblieben. Nur der Unterschied besteht zwischen der alten und der modernen Bodenreformbewegung, dass die erste die Grundrente im allgemeinen, vor allem die ländliche Grundrente, angriff, während die moderne es ausschliesslich mit der städtischen Grundrente zu tun hat. Die Untersuchungen Webers darüber, wie und weshalb dieser Umschwung in England und Amerika eingetreten und von dort der Kampf gegen die städtische Grundrente nach Deutschland gekommen ist, sind sehr lesenswert. Leider können wir auf dieselben nicht näher eingehen. Wir haben es hier ausschliesslich mit dem Hauptteile des Buches zu tun, der die Widerlegung der Bodenspekulationstheorie enthält.

AN die Spitze seiner Untersuchungen stellt Weber den Satz, dass im grossen und ganzen die städtische Bodenrente deshalb entstehe, weil bei verschiedenen Kosten die Preise gleich bleiben. Für die Baubodenrente sei die Lage des Grundstückes von der grössten Bedeutung. Verschiedenheit der Lage aber bedeute Verschiedenheit der Kosten, sei es positiver Kosten oder negativer in Form von entgehendem Gewinn. Der Unterschied zwischen Acker- und Baubodenrente bestehe darin, dass das Rentenmittel bei dem Ackerboden transportabel sei, bei dem Bauboden dagegen nicht, und dass sich beim Ackerbau das in den Boden gesteckte Kapital in kürzeren oder längeren Zeiträumen je nach der Konjunktur verändern könne, während bei der Bewirtschaftung städtischen Bodens eine einmalige, nicht mehr zu vermindernde Kapitalaufwendung zu machen sei. Der reine städtische Bodenprofit ist ebenso, wie der ländliche,

nach Weber Differentialrente im Sinne Ricardos. Daraus folgt, dass die städtische Bodenrente als Faktor der Preisbildung, wenigstens auf die Dauer, nicht wirkend sein kann, sondern ihrerseits erst durch den Preis des Rentenmittels, das heisst durch den Mietspreis, bestimmt wird. Der Preis aber wird durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Das ist zwar hier, wie überall, nur eine bedingt richtige Zwischenantwort. Als solche hat sie aber bei städtischen Immobilien genau dieselbe Berechtigung, wie bei mobilen Werten. Den Einwand der Bodenreformer, dass man den Grund und Boden nicht mit den anderen Waren vergleichen könne, da er unvergänglich und seine Grösse unveränderlich sei, fertigt Weber zutreffend mit der einfachen Bemerkung ab, dass Bauland, um das es sich hier allein handelt, alle Tage *produziert* werde. Mit der Aussage, dass der Preis des Grund und Bodens durch die Nachfrage bestimmt werde, ist zunächst nur ein Urteil allgemeinen Inhalts abgegeben. Alles kommt darauf an, wie sich die Nachfrage nach städtischem Bauland und sein Angebot abspielen. Eine genaue Analyse dieser beiden wirtschaftlichen Vorgänge ist daher die Vorbedingung, die erfüllt sein muss, will man sich über die Preisbildung beim städtischen Grund und Boden klar werden. Ihr widmet daher Weber die beiden wichtigsten Kapitel seines Buches.

WEBER zitiert einen Satz von Paul Schwarz, wonach der städtische Grundwert einmal durch die Höhe des Ertragnisses eines Gebäudes, andererseits durch den jeweilig geltenden Zinsfuss, welcher der Kapitalisierung dieses Ertragnisses zu grunde gelegt werden muss, bestimmt wird. Wie wird nun die Höhe des Ertragnisses eines Gebäudes bestimmt? Das ist die wichtige Frage, die zu beantworten ist. Durch den Betrag, den der Mieter für seine Wohnung auszugeben geneigt ist, sagt Adam Smith und mit ihm die grosse Mehrzahl der Nationalökonomien, und sie fügen gleichzeitig hinzu, dass dieser Betrag im allgemeinen eine feststehende Quote seines Einkommens ist, über die er nicht hinausgeht. Weber sucht nun nachzuweisen, dass die Grösse der Quote nicht ausschliesslich eine Funktion des Einkommens sei, sondern dass sie sich auch ändern könne, ohne dass eine Änderung des Einkommens stattgefunden habe. Die Rücksicht auf die Lage der Arbeitsstätte, die Gewohnheit, Scheu vor dem Umzug, soziale Rücksichten, sie alle vereinigen sich, die Quote des Einkommens, die für Miete ausgegeben wird, innerhalb gewisser Grenzen sehr schwankend zu machen. Innerhalb gewisser Grenzen — denn selbstverständlich geht die Befriedigung der Nahrungs- und Kleidungsbedürfnisse der des Wohnungsbedürfnisses vor. Der Einkommensbetrag, der für Miete ausgegeben wird, ist — den Nachweis scheint uns Weber auch durch statistisches Material zutreffend geführt zu haben — auch unabhängig von der Grösse des Einkommens variabel. Je kleiner das Einkommen ist, desto schneller wird das Maximum erreicht werden, das für das Wohnungsbedürfnis aufgewendet werden kann, und gerade bei den Kleinwohnungen wird, wie Weber zutreffend hervorhebt, infolge des Überwiegens der Nachfrage dieses Maximum aufgewendet werden müssen. Noch mehr, als bei den privaten Wohnungen, wird bei der Nachfrage nach Geschäftsräumen die Lage von entscheidender Bedeutung sein. Es sind ganz bestimmte Strassen, in denen sich das Geschäftsleben einer Stadt konzentriert. Zahlreiche Geschäfte sind einfach gezwungen, in einer bestimmten Strasse ihren Standort zu nehmen, falls sie Erfolg haben wollen. Hier wird also die Nachfrage am intensivsten sein, und infolgedessen die Grundrentensteigerung noch um vieles

beträchtlicher, als in den eigentlichen Wohnvierteln, und in dem unbebauten Gebiete, obwohl hier die Bodenspekulation in der von der Bodenspekulationstheorie geschilderten Weise überhaupt nicht tätig ist und auch gar nicht tätig sein kann. Weber führt eine Reihe von Zahlennachweisen an, dass die Steigerungen der Grundrente im Zentrum, in der City, unverhältnismässig höher sind, als in den Aussenzonen. So kommt er denn in Übereinstimmung mit Philippovich zu dem Resultat, dass die Hauptquelle der Bodenwertsteigerung im Zentrum der Stadt zu suchen ist, während die Bodenwertsteigerung in den äusseren Bezirken, wo die Bodenspekulation angeblich die Ursache der Preissteigerung sein soll, tatsächlich vielmehr die Konsequenz der Bewegung im Innern ist. Es ist das die gleiche Ansicht, die wir immer vertreten haben.

WIR kommen zur Analyse des Angebots von städtischem Bauland. Der Kern der Bodenspekulationstheorie lässt sich dahin zusammenfassen: die ungesunde Steigerung des Grundwertes sei hauptsächlich der Bodenspekulation zuzuschreiben. Sie treibe die Bodenpreise durch künstliche Eindämmung des Angebots in die Höhe, und sie könne das tun, weil sie das städtische Bauland im Monopolbesitz habe. Weber untersucht nun die Frage, ob ein solches Monopol existiert oder nicht, und kommt zu dem Resultat, dass sie weder einfach zu bejahen, noch einfach zu verneinen sei. Er hält zum Beispiel ein Monopol in dem Falle für denkbar, wenn eine Stadt plötzlich einen grossen Aufschwung nimmt. Bis genügend neues Bauland aufgeschlossen und bebaut ist, haben die Eigentümer des bebauten Bodens ein Monopol. Ebenso kann ein Monopol entstehen, wenn zwar genügend Bauland angeboten wird, aber nicht genügend Bauunternehmer geneigt sind, eine bestimmte Art von Wohnungen herzustellen, obwohl gerade auf diese die Nachfrage gerichtet ist. Das trifft bei den kleinen Wohnungen zu. Hier ist in der Tat die Möglichkeit des Wohnungswuchers gegeben. In der Regel denkt man jedoch, wenn man von dem Monopol der städtischen Grundeigentümer spricht, nicht an die genannten Fälle, sondern an Bauland, welches in den Aussenbezirken der Stadt liegt. Weber behauptet nun, dass dieses Bauland in seiner Quantität fast unbegrenzt sei. Die Entfernung der einzelnen Bauplätze vom Stadtzentrum habe wohl einen Einfluss auf die Qualität, nicht aber auf die Quantität des Angebots. Namentlich dank den modernen Verkehrseinrichtungen habe die theoretische Fülle auch ihre grosse praktische Bedeutung. Man kann Weber ohne weiteres zugeben, dass gerade durch die Verkehrsmittel es möglich ist, die Quantität des Baulandes erheblich zu vergrössern, und dass dadurch innerhalb gewisser Grenzen der durch die Lage bedingten Qualifikation des einzelnen Grundstückes ein Gegengewicht geschaffen werden kann. Damit wird aber noch nicht die Tatsache aufgehoben, dass eben durch die Qualifikation die Quantität beschränkt wird. Die Verkehrsmittel üben eine doppelte Wirkung aus. Sie verzögern das Anwachsen der Grundrente in den bereits bebauten Bezirken, befördern aber den Übergang von Ackerboden in Bauboden in den Aussenbezirken und üben dadurch eine Grundrenten steigernde Wirkung aus. Dabei kann zugegeben werden, dass diese Steigerung sich langsamer vollzieht, als ohne die Verkehrsmittel, sofern durch ein ganzes System von Strassenbahnen für eine Konkurrenz der verschiedenen Vororte oder Aussenbezirke gesorgt wird. AUSFÜHRLICH bespricht Weber die Fernhaltung bebauungsfähigen Landes vom Markte, ein Manöver, das von den Gegnern der Bodenspekulation gewöhnlich den gewerbsmässigen Grundstücksspekulanten als ihr üblicher *modus pro-*

cedendi zwecks Steigerung der Grundrente untergeschoben wird. Weber weist demgegenüber in Übereinstimmung mit anderen Schriftstellern, wie A. Voigt, Dr. Stein und dem Referenten, darauf hin, dass nicht die kapitalkräftigen Bodenspekulanten baureifes Land unbenutzt liegen lassen, sondern kleine Urbesitzer oder Grosskapitalisten, denen es auf Zinsverluste nicht ankommt. Die eigentliche Bodenspekulation, wie sie uns besonders in den Terraingesellschaften entgegentritt, wird Bauland niemals vom Markte fern halten, wenn sie es mit Vorteil verkaufen kann. Ja, es wird ihr sogar auf einen Verkauf unter dem Kostenpreise nicht ankommen, wenn sie dadurch ihren übrigen Terrainbesitz der Bebauung schneller zuführen und infolgedessen später günstiger verwerten kann. Aus der gleichen Überlegung heraus wird sie selten zögern, baureife Grundstücke zu bebauen, wenn sie wirklich baureif geworden sind. Ganz anders liegt die Sache bei den sogenannten *Urbesitzern*, die das in ihrem Besitz befindliche Land landwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzen. Sie haben auch nicht den geringsten Anlass, dasselbe, selbst wenn es baureif geworden ist, zu verkaufen. Denn jeder Tag, den sie warten, wird ihnen nur Vorteil bringen. Die Spekulation dagegen hat mit den Zinsverlusten ihres in Boden angelegten Kapitals zu rechnen, und sie kommt über diese Tatsache auch nicht dadurch hinweg, dass sie nach der Eberstadtschen *Entdeckung* die Zinsverluste auf den Bodenpreis schlägt. Denn das Grundstück muss ja doch immer verkauft werden, und das Risiko der Bodenspekulation ist ein sehr grosses. Wir wissen uns von jeder Vorliebe für die Spekulation überhaupt und die Bodenspekulation im besonderen frei. Trotzdem müssen wir es als ein Verdienst Webers bezeichnen, dass er mit der Fabel von der besonderen volkswirtschaftlichen Schädlichkeit der Bodenspekulation gründlich aufräumt und ihr Wesen in zutreffender Weise klarstellt.

WEBER geht bei seiner Untersuchung selbstverständlich von der heutigen Wirtschaftsordnung aus, deren Anhänger er ist. Für jeden, der ihr Wesen einigermaßen begriffen hat, ist es selbstverständlich, dass die Spekulation ein wesentlicher Faktor des volkswirtschaftlichen Lebens ist. Spekulation und Kapitalismus gehören nun einmal aufs engste zusammen. Wohl oder übel muss man also die Spekulation gelten lassen. Da man aber dieser wirtschaftlichen Institution noch mit den ethischen Bedenken vergangener Jahrhunderte gegenübersteht, da ferner die modern gewordene agrarische und mittelstandsretterische Feindschaft gegen die kapitalistische Entwicklung sich Kreise unterworfen hat, denen man grössere Widerstandsfähigkeit und tieferes wissenschaftliches Verständnis zutrauen sollte, und infolgedessen auf die Gesetzgebung und Verwaltung grossen Einfluss gewonnen hat, so ist man der Spekulation gegenüber in eine sehr unangenehme Lage gekommen. Man sucht sich aus derselben dadurch zu befreien, dass man zwischen normaler und anormaler, zwischen solider und unsolider, zwischen berechtigter und unberechtigter Spekulation unterscheidet. Dabei ist man jedoch gar nicht im stande, die Grenzlinie zwischen den beiden so zu ziehen, dass ein Vorgehen gegen die anormale, unsolide, unberechtigte Spekulation möglich wäre. Es kann ohne weiteres zugegeben werden, dass für die Spekulation die Gefahr vorhanden ist, im Verfolge ihrer Aktionen den Boden der tatsächlichen volkswirtschaftlichen Verhältnisse zu verlassen. Geschieht dies, so gibt sie ihre volkswirtschaftliche Funktion auf und fängt an, schädlich zu wirken. Mit dem gleichen Moment aber beginnt auch schon der Heilungs-

prozess. Die Ausartungen der Spekulation führen über kurz oder lang zu einem Krach, der die Spekulation zur Basis der tatsächlichen volkswirtschaftlichen Verhältnisse zurückführt. Wie gross die Schädigungen sind, die dem wirtschaftlichen Leben der Nation im einzelnen Falle zugefügt werden, ist eine Tatsachenfrage. Wie will nun aber der Gesetzgeber eine allgemeine Norm aufstellen, mittels deren die solide von der unsoliden Spekulation geschieden, das Umschlagen der einen in die andere festgestellt werden kann, vorausgesetzt, er verzichte auf die agrarische Eisenbartkur, die Spekulation überhaupt totzuschlagen? In dieser Not greift man gegenüber der Bodenspekulation zu dem einfachen Auswege, sie als gänzlich verschieden von der übrigen Spekulation, deren Berechtigung man in gewisser Beschränkung anerkennt, und als unberechtigt zu bezeichnen. Weber untersucht die angeblichen Unterschiede, die zwischen der Börsenspekulation und der Bodenspekulation bestehen sollen, und kommt zu dem Resultat, dass die Bodenspekulation mit einem viel grösseren Risiko arbeitet, als die übrige Spekulation, dass sie aber im übrigen genau den gleichen volkswirtschaftlichen Gesetzen unterliegt, wie die Spekulation überhaupt. Wie die Börsenspekulation, erfüllt sie die wirtschaftliche Mission, Trägerin des Produktionsrisikos zu sein. Wie jede Spekulation, kann sich auch die Bauspekulation nicht auf die Dauer vom Boden der wirklichen volkswirtschaftlichen Verhältnisse entfernen, bleibt auch für sie das Verhältnis von Nachfrage und Vorrat bestimmend. Will man aber, so fügen wir hinzu, die im Wesen der heutigen Wirtschaftsordnung belegenden Ausartungen der Spekulation wirklich ernsthaft bekämpfen, so kann man das nur tun, wenn man durch Organisation die heutige kapitalistische Marktproduktion in sozialistische Bedarfproduktion verwandelt und so das spekulative Moment in weitestem Umfange ausschaltet. So hat denn die Analyse der Nachfrage wie des Angebots, die wir an der Hand der Weberschen Untersuchungen angestellt und geprüft haben, uns zu dem Resultat geführt: die Rente ist hoch, weil die Miete hoch ist, und nicht umgekehrt.

EIN besonderes Kapitel ist von Weber dem unverdienten Wertzuwachs gewidmet. Er stellt darin zunächst Untersuchungen über die Grösse desselben an, und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass ohne die Bodenspekulation die Steigerung desselben in den Städten wahrscheinlich ein beträchtlich grössere gewesen sein würde, und dass dieselbe wohl ihren Höhepunkt überschritten haben dürfte. Er weist ferner darauf hin, dass den Wertsteigerungen, die namentlich seitens der Bodenreformer immer in den Vordergrund gerückt werden, sehr bedeutende Wertverminderungen gegenüberstehen, von denen natürlich des bodenreformersischen Sängers Höflichkeit schweigt. Er zitiert einen englischen Schriftsteller: »Erfolge werden gewöhnlich mit vielem Lärm ausposaunt, Verluste fallen stillschweigend der Vergessenheit anheim.« Der Bodenwert in den Städten — das ist eine Tatsache, die von der Bodenreform immer übergangen wird — unterliegt grossen Schwankungen. Es handelt sich nicht nur um allgemeine Preisrückgänge, sondern es kommen ebenso dauernde Rückgänge einzelner Quartiere vor. Die Terraingesellschaften, das heisst also die gewerbsmässigen Bodenspekulanten, haben daher, wenn man ihre Gesamtheit ins Auge fasst und ihre ganze Entwicklung, nicht nur die Erfolge einzelner Jahre berücksichtigt, keine glänzenden Geschäfte gemacht. Eine sehr eingehende statistische Untersuchung der Ergebnisse der deutschen Terraingesellschaften führt Weber zu

dem interessanten, für die meisten gewiss sehr überraschenden Resultat: »Es ist sicher, dass die Gesamtverluste der Terraingesellschaften (unter Berücksichtigung der Zinseinbussen) die Gesamtgewinne der Terraingesellschaften nicht unwesentlich übersteigen.« Sind also die fabelhaften Gewinne der Terraingesellschaften in das Reich der Fabel zu verweisen, so folgt daraus auch, dass die angebliche ungeheure Verteuerung des Grund und Bodens durch sie eben dorthin gehört. Wenn indes Weber fortfährt: »gilt das aber für die organisierte Spekulation, so gilt es für die Privatspekulation erst recht«, so können wir diesen Satz nur insofern unterschreiben, als unter der Privatspekulation die spekulierenden Urbesitzer nicht einbegriffen sind. Diese haben, wenn man die Gesamtheit ins Auge fasst, den Rahm der Bodenwertsteigerung abgeschöpft und gewaltige Gewinne eingeheimst.

WEM soll nun eigentlich dieser Wertzuwachs gehören? Mit dieser Frage berührt Weber einen für die Anhänger der heutigen Wirtschaftsordnung ausserordentlich kitzligen Punkt. Die gewöhnliche Antwort auf diese Frage von reformerischer Seite lautet: der unverdiente Wertzuwachs soll der Gemeinde zu gute kommen. Ihr gegenüber macht Weber darauf aufmerksam, dass das Steigen der Grundrente nur zum Teil ein Verdienst der kommunalen Verwaltung sei, zum andern aber eine Folge der staatlichen Entwicklung und, weitergehend, der Entwicklung der gesamten Völkergemeinschaften. Er will daher diese beiden Teile des Wertzuwachses scheidern. Soweit derselbe eine Folge von städtischen Verbesserungen sei, sei es eigentlich selbstverständlich, dass die Interessenten zur Tragung der Kosten dieser Verbesserungen herangezogen würden. In diesem Fall will er aber besser den Ausdruck *betterment*, als *unearned increment*, angewendet wissen. Als unverdienten Wertzuwachs im engeren Sinne bezeichnet er nur denjenigen Zuwachs, der ohne neue Anlagen und bauliche Veränderungen, lediglich infolge der wirtschaftlichen Entwicklung einem einzelnen zu gute komme. Ob nun dieser Wertzuwachs der Gemeinde überwiesen werden soll, fragt Weber; und er meint, dass er für die Gemeinden ebenso unverdient sei, wie für die Privaten. Sicherlich sind diese Einwände in gewisser Ausdehnung nicht ganz unberechtigt. Es muss aber doch darauf hingewiesen werden, dass einmal die wirtschaftliche Entwicklung sich unter dem Schutze des Staats und der Gemeinde vollzieht, ohne deren Tätigkeit gar nicht möglich wäre, und zweitens, dass bei der Schwierigkeit, zwischen den Wirkungen der staatlichen und der kommunalen Tätigkeit zu unterscheiden, und bei dem lokalen Charakter, den die Grundrentenbewegung an sich trägt, es zweckmässiger und zutreffender ist, den unverdienten Wertzuwachs der Gemeinde, als dem Staate, zu überweisen. Auf jeden Fall hat die Gemeinschaft, mag sie nun Staat oder Gemeinde sein, ein grösseres Recht auf den unverdienten Wertzuwachs, als der einzelne. Wird einmal die Frage aufgeworfen, ob ein Einkommen verdient ist, so stellt sich eben heraus, dass das Verdienst des einzelnen nicht nur bei der Bodenrente, sondern bei jeder Produktion, gegenüber dem Verdienst der Gesellschaft ein sehr winziges ist. Wie Weber zutreffend hervorhebt, sollte diese Frage von Anhängern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gar nicht aufgeworfen werden. Der Verdienst der Bodenspekulation ist vom Standpunkt dieser Wirtschaftsauffassung so gut verdient, wie der anderer in der Volkswirtschaft tätigen Personen.

MIT Schäffle ist Weber, der Überzeugung, dass die Grundrente ein Extracoin-

kommen ist, das im Interesse der grössten Wirtschaftlichkeit in Versorgung des sozialen Bedarfs notwendig ist, und dass sie daher als eine unentbehrliche sozialökonomische Ordnungskraft betrachtet werden muss. Diese Rentenfunktion könne nun zu schwach oder zu stark wirken. Bei der städtischen Grundrente sei das letztere der Fall, und es müsse daher diese zu starke Steigerung der städtischen Grundrente im Allgemeininteresse der Volkswirtschaft bekämpft werden. Als Mittel zur Regulierung der Rentenfunktion empfiehlt Weber nun den Ausbau der lokalen Boden- und Wohnungsstatistik und in Verbindung damit die Schaffung offizieller Taxämter, die Bekämpfung der Spekulationswut — vor allem des kleinen Publikums — durch eine Beschränkung des Spekulationskredits, die Bekämpfung des Monopols, wo es besteht, also namentlich bei den kleinen Wohnungen, durch ein verständiges Eingreifen der Stadtverwaltung in das Spiel von Angebot und Nachfrage, wie durch Übernahme der Baissierrolle seitens der Stadt, durch Anwendung des Erbbaurechtes und vor allem durch den Ausbau schneller und billiger Verkehrsverbindungen. Um dieses von Weber gezeichnete Programm durchzuführen, ist aber, wie er selbst bemerkt, Geld, sehr viel Geld notwendig. Woher sollen nun die Gemeinden diese Mittel nehmen, die zur Bekämpfung der Grundrentensteigerung erforderlich sind? Nichts liegt näher, als den unverdienten Gewinn der städtischen Grundrentner zu diesem Zwecke zu besteuern. Der Frage, wie die zu stark wirkende Rentenfunktion beim städtischen Boden reguliert werden kann, schliesst sich also die andere an: wie kann die Gemeinde am besten an dem unverdienten Wertzuwachs teilnehmen? Der Untersuchung dieser Frage seien hier noch ein paar Worte gewidmet.

WEBER empfiehlt zunächst die weitere Ausbildung der Interessentenbeiträge. Von den drei anderen Steuerarten, mit denen insbesondere die Bodenreform der Grundrente zu Leibe gehen will, der Umsatzsteuer, der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert und der Besteuerung des Wertzuwachses, verspricht er sich, unseres Erachtens mit Recht, von der ersteren recht wenig. Die Umsatzsteuer ist eine der rohesten Steuerformen, die man sich denken kann. Zudem liegt bei ihr die Möglichkeit der Abwälzung vor; unserer Ansicht nach wird dieselbe regelmässig eintreten. Das günstige Wirken der Umsatzsteuer in Belgien, das von den Verteidigern der Umsatzsteuer als Schulbeispiel angeführt wird, wird von Weber gleichfalls mit Recht bezweifelt. Die niedrigen Bodenpreise sind in Belgien in erster Linie eine Folge der vorzüglichen Lokalverkehrsverhältnisse. Sympathischer steht Weber der Besteuerung des städtischen Bodens nach dem gemeinen Werte gegenüber, obschon er auch hier nicht unerhebliche Bedenken geltend macht. Insbesondere weist er darauf hin, dass der Wert eines unbebauten Terrains nur unter Einsetzung von unbestimmbaren Grössen geschätzt werden könne, dass daher die Schätzungen stets mehr oder weniger willkürlich sein müssen. Solange der Steuersatz, wie bisher, niedrig sei, werde die Willkürlichkeit der Steuereinschätzung noch nicht empfunden, bei höheren Sätzen werde aber diese Frage sofort akut werden. Auch den Vorzug, den diese Steuer besitzen soll, dass nämlich die Grundbesitzer gezwungen würden, ihr Land eher auf den Markt zu bringen, kann Weber nicht als solchen anerkennen. Im Gegenteil müsste eine derartige Einwirkung der Steuer zu den schwersten Katastrophen, insbesondere natürlich in Zeiten von Krisen, führen. Auch gegen die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses erhebt Weber eine Reihe von

Bedenken. Zunächst, warum soll nur der unverdiente Wertzuwachs des städtischen Grund und Bodens, und nicht ebenso andere Konjunkturgewinne besteuert werden? Ferner bespricht er den alten Einwand, dass die Konfiskation des Wertzuwachses zugleich den Ersatz der Wertverminderung bedinge; doch scheinen uns die von ihm angeführten Beispiele nicht ganz zutreffend zu sein. Er findet es dann rätselhaft, weshalb bei der Wertzuwachsteuer die hypothekarische Belastung gar nicht berücksichtigt werde, obschon doch gerade die Hypothekengläubiger in vielen Fällen den Löwenanteil von dem unverdienten Wertzuwachs erhalten. Weiter findet er es bedenklich, den kommunalen Haushalt von der Konjunkturgewinnsteuer abhängig zu machen. Wir stimmen dem zu; doch kann diesem Einwand auf die einfachste Weise dadurch begegnet werden, dass die Erträge dieser Steuer nur für die Zwecke der kommunalen Boden- und Wohnungspolitik, also in erster Linie zur Senkung der Grundrente Verwendung finden dürfen. Bei einer derartigen Anordnung würde dann zugleich ein weiterer Einwand Webers entkräftet, der sich auf die Überlegung stützt, dass durch die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses eine Herabsetzung der lokalen Steuern ermöglicht, dadurch die Zuwanderung von Rentnern und Kapitalisten befördert, und so gerade dort, wo der Wertzuwachs besonders hoch sei, eine künstliche Steigerung der Bodenwerte bewirkt würde. Schliesslich macht Weber noch darauf aufmerksam, dass durch diese Steuer unzweifelhaft die grossen Spekulanten, insbesondere aber die Terraingesellschaften, begünstigt würden. Bei ihnen fielen erzwungene Verkäufe, wie sie bei Privaten vorkämen, meistens fort. Ferner würden dadurch die Terraingesellschaften geradezu gezwungen, zum Zwecke der Risikoausgleichung Interessenkoalitionen anzustreben, durch die dann die befürchtete Monopolisierung des städtischen Grund und Bodens befördert werde. Auch diese Bedenken werden unseres Erachtens hinfällig, wenn die gesamten Erträge der Steuer in der städtischen Bodenpolitik Verwendung finden. Gegenüber der vorgeschlagenen Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses empfiehlt Weber, denselben durch eine Erbschaftsteuer zu treffen, und als letztes und äusserstes Mittel im Kampf gegen die Bodenrentensteigerung die Ausbildung des Enteignungsrechtes und die energische Anwendung desselben durch die Gemeinden.

ÜBERBLICKEN wir zum Schluss die Resultate der Weberschen Untersuchungen und unserer Kritik an ihnen. Unseres Erachtens ist von Weber durchaus zutreffend festgestellt worden, dass die Quelle der Bodenwertsteigerung im Innern der Städte, nicht aber in ihren Aussenbezirken zu suchen ist. Infolgedessen kann auch die Bodenspekulation, die im Innern nur ein kleines Tätigkeitsgebiet findet, nicht die Ursache der Bodenwertsteigerungen sein, wie von den Bodenreformern behauptet wird. Ihre ausschliessliche Bekämpfung muss daher auf Abwege führen, sowohl auf dem Gebiet der Besteuerung des Grund und Bodens, wie auf dem der praktischen Wohnungspolitik. Es kann nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, der sogenannten *Bodenspekulation* das Lebenslicht auszublases, ohne dass die Übernahme der von ihr besorgten Funktionen durch andere Organe, also die Kommune, gesichert ist. Die bodenreformerischen Bestrebungen, die nur das eine Ziel haben, die Funktion der Bodenspekulation auszuschalten, ohne für irgend einen Ersatz zu sorgen, müssen also mit aller Klarheit als schädlich von uns abgewiesen werden. Will man für diesen Ersatz sorgen, so muss man den Gemeinden als den

autorisierten Trägern der Bau- und Wohnungspolitik die Aufgabe zuweisen, an die Stelle der Bodenspekulation zu treten. Sie müssen dann aber auch nicht nur ihre Gewinne einheimsen wollen, sondern auch das von ihr getragene Risiko übernehmen.

EDMUND FISCHER · DIE FRAUENFRAGE



DER internationale Frauenkongress, der im vorigen Jahre in Berlin stattfand, hat die Frauenfrage wieder einmal in den Kreis allgemeinerer Diskussion gerückt. Zeigte es sich auf diesem Kongresse doch eigentlich, dass auf wenigen Gebieten eine grössere Unklarheit und Unsicherheit herrscht, als auf dem der Frauenfrage, dass es auch eine einheitliche Frauenbewegung, die von gleichen Gesichtspunkten ausgeht, von gleichen Zielen getragen wird, vielleicht gar nicht gibt, sondern nur ein Sammelsurium von Frauenvereinigungen der verschiedensten Art, mit den verschiedensten, oft entgegengesetzten Bestrebungen. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die sozialdemokratischen Frauen an dem Kongresse hätten teilnehmen und dort ihren Standpunkt vertreten sollen. Ja, welchen Standpunkt denn? Gibt es einen feststehenden sozialdemokratischen Standpunkt in der Frauenfrage? Oder ist nicht gerade auch in der sozialistischen Bewegung die Frauenfrage völlig ungeklärt?

WAS ist eigentlich die Frauenfrage? Im theoretischen Teile unseres Programms heisst es, die Partei verlange gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts, und von dieser Anschauung aus bekämpfe sie jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. »Ausgehend von diesen Grundsätzen« fordert dann das Programm für die Frauen das politische Wahlrecht und die Abschaffung aller Gesetze, »welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.« Wenn das die ganze Frauenfrage wäre, dann gäbe es unter den Sozialisten keine besonders grossen Meinungsverschiedenheiten darüber. Aber das gleiche verlangen auch die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, und das lässt sich alles auch in der kapitalistischen Gesellschaft durchführen. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen wiederum und ihre Regelung haben mit der eigentlichen Frauenfrage nichts zu tun; dies gehört vielmehr zur allgemeinen Arbeiterfrage.

DER eigentliche Kern der Frauenfrage ist doch der: Führt der unabänderliche Gang der Entwicklung die Frauen allgemein der Berufstätigkeit zu, und ist dies als ein Fortschritt zu begrüssen und zu fördern, da dadurch, bei entsprechender Neuorganisation des ganzen gesellschaftlichen Lebens, die Frau erst wirklich frei, wirtschaftlich unabhängig vom Manne wird, ihre Emanzipation erlangt? Oder ist die allgemeine berufliche Tätigkeit der Frauen etwas Unnatürliches, gesellschaftlich Ungesundes, Schädliches, eines der kapitalistischen Übel, das mit der Beseitigung des Kapitalismus verschwinden wird und verschwinden muss? Man wird nicht behaupten wollen, dass über diese Frage unter den Sozialisten Übereinstimmung herrsche. Eine Klärung dieser Frage halte ich aber für dringend geboten, in Anbetracht der Tatsache.

dass sie bei einer Reihe von sozialen Gesetzen nicht ohne Einfluss auf unsere Stellungnahme ist.

DER alte Emanzipationsstandpunkt, der immer noch in vielen Köpfen spukt, lässt sich meiner Ansicht nach heute nicht mehr aufrechterhalten. Die Entwicklung geht bei der Frauenarbeit nicht den Weg, den man bisher annahm, und die Staatsküchen und Hauswirtschaftsgenossenschaften bleiben ein utopistischer Traum, der an der psychologischen Beschaffenheit des Menschen, des Weibes und des Mannes, allezeit scheitern wird.

DIE Stellung der Sozialdemokraten zur Frauenfrage war nicht immer die gleiche. Die Generalversammlung des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* zu Berlin am 23. November 1867 nahm nach einem Vortrage von W. Bracke über die Frauenarbeit eine Resolution an, die da lautete:

«Die Beschäftigung der Frauen in den Werkstätten der grossen Industrie ist einer der empörendsten Missbräuche unseres Zeitalters; empörend, weil die materielle Lage der Arbeiterklasse dadurch nicht gehoben, sondern verschlechtert und die Arbeiterbevölkerung besonders durch die Vernichtung der Familie in einen elenden Zustand versetzt wird, in dem sie auch den letzten Rest von idealen Gütern verliert, den sie noch immer hatte. Um so mehr ist heute das Streben zu verwerfen, den Markt für die Frauenarbeit noch zu vergrössern. Abhilfe gewährt nur die Beseitigung der Kapitalsherrschaft, indem durch positive organische Einrichtungen das Lohnverhältnis aufgehoben und jedem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit gesichert wird.»

Die Losung war damals, die Frau der Familie wiederzugeben, wo sie hingehöre. Das werde erreicht, wenn der Arbeiter genügend verdiene, um seine Familie ernähren zu können. »Ich will die Familie nicht zerstört wissen durch Euern *Fortschritt*, ich will die Familie erhalten und bewahren, in diesem einen Punkte bin ich reaktionär«, sagte Bracke in jener Versammlung. VON einer Emanzipation der Frau wollte Bracke nichts wissen:

«Es mag sein, dass Mill insoweit recht hat, als die Frauenemanzipation... eine Einrichtung der Zukunft sein wird. Ich... vermag dies nicht zu entscheiden.» Jetzt dürfe man aber nicht daran denken, die Frau zu emanzipieren. So dachten damals die meisten Sozialdemokraten. »Es gibt Sozialisten«, schrieb Bebel 1891, »die der Frauenemanzipation nicht weniger abgeneigt gegenüberstehen, wie der Kapitalist dem Sozialismus.«¹⁾ Diese seien allerdings seit dem ersten Erscheinen seiner *Frau* sehr zusammengeschmolzen.

DER Marxismus zeigte uns, dass die Frauen- und Kinderarbeit auf das engste mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft seien. Es sei eine dem Kapitalismus innewohnende Tendenz, den Lohn des Arbeiters immer mehr herabzudrücken, immer mehr und mehr würden auch die Frauen und Kinder des Arbeiters gezwungen, sich ebenfalls in den Dienst des Kapitalismus zu stellen. Die Familie wird zerstört. Das ist der Gang der Entwicklung, die wir nicht aufhalten, nicht rückwärts schrauben können. Dieser Leidensweg führe aber auch zur Befreiung der Frau aus der Knechtschaft des Hauses. Die Theorien der Frauenemanzipation, die in England und Amerika schon längst festen Boden gefasst hatten, wurden auf marxistische Grundlage gestellt: die Frauenemanzipation wurde dem idealen Streben eines John Stuart Mill und seiner Schüler entrückt und zum sicheren Ausgangspunkte einer naturnotwendigen Entwicklung gemacht. Die durch den Kapitalismus zerstörte Familie führe zur wirtschaftlichen Selbständigkeit der Frau, damit zu ihrer Unabhängigkeit vom

¹⁾ Vergl. August Bebel *Die Frau und der Sozialismus*, 9. Aufl., Stuttgart 1891, pag. 174.

Manne, zu ihrer wahren Freiheit, ihrer völligen Emanzipation. Hören wir darüber Genossen Kautsky:

»Dem Wesen der genossenschaftlichen Produktion widerspricht keineswegs die heutige Familie. Die Durchführung der sozialistischen Gesellschaft bedarf also an sich keineswegs der Auflösung der bestehenden Familienform. Was zu dieser Auflösung führt, ist nicht das Wesen der genossenschaftlichen Produktion, sondern die ökonomische Entwicklung . . . Die sozialistische Gesellschaft hemmt die ökonomische Entwicklung nicht; sie wird derselben vielmehr einen neuen Anstoss geben. Diese Entwicklung wird daher fortfahren, nach wie vor eine der Arbeiten des Haushalts nach der anderen in Arbeiten besonderer industrieller Betriebe zu verwandeln, die Frau aus einer Arbeiterin im Einzelhaushalt zu einer Arbeiterin im Grossbetriebe zu machen. Aber dieser Übergang wird für die Frau nicht mehr den Übergang von der Haussklaverei in die Lohnsklaverei bedeuten; er wird sie nicht mehr aus den schützenden Schranken der Familie in die schutz- und wehrolosesten Schichten des Proletariats hinauswerfen. Durch ihre Arbeit im genossenschaftlichen Grossbetrieb wird die Frau dem Manne wirtschaftlich gleichgestellt werden und den gleichen Anteil an der Genossenschaft erlangen, wie er; sie wird seine freie Genossin sein, befreit (emanzipiert) nicht bloss von der Knechtschaft des Hauses, sondern auch von der des Kapitals. Frei über sich verfügend, gleich dem Manne, wird sie jeder Art von Prostitution, der gesetzlichen, wie der ungesetzlichen, ein Ende machen und zum ersten mal in der Weltgeschichte die für Mann und Weib gleich geltende Einehe zu einer wirklichen, nicht bloss dem Buchstaben nach bestehenden Einrichtung erheben.«²⁾

BEBEL hat uns in ausführlichster Weise ein Bild entworfen, wie sich in Zukunft das Leben der Frau gestalten wird oder sollte. Die Frauenarbeit ist unter den heutigen Verhältnissen zwar ein Übelstand, sie führt zur Auflösung der Familie, aber sie ist immerhin ein Fortschritt, wie etwa die Gewerbefreiheit, die zuerst auch zerstörend wirkte. Unter vernünftigen gesellschaftlichen Einrichtungen werden Frauenarbeit und die Zerstörung der alten Familienform zur Wohltat werden. Die heutige bürgerliche Gesellschaft zeigt bereits auf allen Gebieten die Keime auch für die zukünftige Form des Familienlebens und der Stellung der Frau. In Amerika sei man jetzt schon auf den Gedanken gekommen, dass die Frau nicht mehr in der eigenen Küche koche:

»Kommt neben die Dampfküche die Dampfwaschanstalt mit Dampftrockenboden, wie solche bereits existieren, kommt neben die Kaltwasserleitung . . . die Warmwasserleitung, wird die zeitraubende und unangenehme Ofenfeuerung durch eine zweckmässige Zentralfeuerung ersetzt . . ., so wird die Frau von weiteren höchst lästigen und zeitraubenden Arbeiten befreit.«³⁾

Da auch die Erziehung der Kinder zum grossen Teil den durch die Gesellschaft gut geleiteten Anstalten obliegt, hat die Frau ebenso Zeit, beruflich tätig zu sein, wie der Mann:

»Die Frau ist in der neuen Gesellschaft sozial und ökonomisch vollkommen unabhängig, sie ist keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr unterworfen, sie steht nunmehr dem Mann als Freie, Gleiche gegenüber, sie ist Herrin ihrer Geschicke . . . Sie kann für ihre Tätigkeit diejenigen Gebiete wählen, die ihren Wünschen, Neigungen und Anlagen entsprechen. Hier ist sie genau unter denselben Bedingungen, wie der Mann, tätig. Eben noch praktische Arbeiterin in irgend einem Gewerbe, ist sie in der nächsten Stunde Erzieherin, Lehrerin, Pflegerin, übt sie an einem dritten Teil des Tages irgend eine Kunst aus oder pflegt eine Wissenschaft.«⁴⁾

Die berufliche Tätigkeit, ihre Teilnahme an der Produktion, soll aber auch eine Pflicht für die Frau sein, kein freier Wille:

²⁾ Vergl. Karl Kautsky *Das Erfurter Programm*, 2. Aufl. (Stuttgart 1892), pag. 146-147.

³⁾ Vergl. Bebel, loc. cit., pag. 177.

⁴⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 337.

»Sobald die Gesellschaft im alleinigen Besitz aller Arbeitsmittel sich befindet, wird die gleiche Arbeitspflicht aller, ohne Unterschied des Geschlechts, das erste Grundgesetz der sozialisierten Gesellschaft. . . Die Gesellschaft hat . . . das Recht, zu fordern, dass jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Massgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Erzeugung der Produkte zur Befriedigung der Bedürfnisse tätig ist.«⁴⁾

Die Lösung der Frauenfrage wäre also danach die, dass die Frau durch gesellschaftliche Einrichtungen, Anstalten aller Art, von den häuslichen Arbeiten (der *Knechtschaft des Hauses*) befreit würde, wodurch sie in die Lage käme, ebenso im beruflichen und öffentlichen Leben zu wirken, wie der Mann.

SOWEIT sich Sozialisten über die Frauenfrage in den letzten zwei Jahrzehnten äusserten, geschah es in der gleichen Richtung, wie Bebel. Auf dem internationalen Kongress für Arbeiterschutz in Zürich im Jahre 1897 sagte Genossin Zetkin:

»Die Berufsarbeit ist die Grundlage für die soziale Befreiung der Frau . . . Erst eine ökonomisch unabhängige Frau wird dem Manne mehr als das Weib sein.« Auf diesem Kongress stellte Professor Dr. Scheicher, Vertreter eines christlichen österreichischen Arbeitervereins, neben anderen, das Ziel auf, die Frau wieder der Familie zuzuführen. Und der Führer der schweizerischen katholischen Vereine, Decurtius, sagte:

»Ein edles Ideal ist die Familie, die Bürgerschaft grosse- und schöner Kultur der Arbeiter, Mann und Weib, umringt von Kindern, das ist unser Ideal, unser Frühlingsanfang einer neuen Welt.«

Im Bericht des *Vorwärts* vom 28. August 1897, dem ich diese Stellen entnehme, heisst es hinter der Rede Decurtius': »Stürmischer, mehrfach wiederholter Beifall.« Der Führer der schweizerischen katholischen Arbeiter hatte aber in anderen Worten im Jahre 1897 nur dasselbe gesagt, was der Sozialdemokrat Bracke im Jahre 1867 unter Zustimmung auf der Generalversammlung des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* ausgeführt hatte! Pernerstorfer und Bebel antworteten dem Vertreter der christlichen Vereine. Ersterer betonte, dass man die Frauenarbeit nicht verbieten könne, man müsse den Frauen dieselbe Entwicklungsmöglichkeit gewähren, wie den Männern. Bebel aber nannte das Ziel der Christlichen, die Frau wieder der Familie zuführen zu wollen, das Streben nach einer *kleinbürgerlichen* Gesellschaftsordnung, während wir Sozialdemokraten suchten, die Entwicklung nicht zu unterdrücken, sondern sie zu einer höheren Stufe, zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu bringen. Die Frau wieder der Familie zuführen zu wollen, ist also kleinbürgerlich, der Entwicklung entgegen.

AUF dem internationalen Sozialistenkongress in Brüssel im Jahre 1891 erklärte sich Vandervelde zwar für volle Gleichheit der Frau mit dem Manne, er wollte aber in der Resolution ausgesprochen wissen, »dass es die erste Pflicht der Frau sei, dem Hause zu leben. [Widerspruch.]«⁵⁾ Nach meiner Erinnerung hatte Vandervelde gesagt, dass es unsere Aufgabe sein müsse, die Frau der Familie wiederzugeben. Der Protest gegen diese Anschauung, besonders von deutscher und französischer Seite, war so stark, dass Vandervelde nachmittags zu einer Erklärung das Wort erbat und sagte, er sei missverstanden worden, er nehme zur Frauenfrage keinen anderen Standpunkt ein, als die Parteigenossen.

⁴⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 264.

⁵⁾ Vergl. das deutsche Protokoll des Brüssler internationalen Sozialistenkongresses, pag. 33

MIT diesen Beispielen, die auch aus Reden und Schriften jüngeren Datums ergänzt werden könnten, glaube ich den Standpunkt festgestellt zu haben, wie er bisher von den Sozialisten zur Frauenfrage eingenommen wurde.

LÄSST sich dieser Standpunkt fernerhin aufrecht erhalten? Geht wirklich die Entwicklung den Weg, den Bebel, Kautsky, Zetkin und die anderen für die Frauenarbeit und Hauswirtschaft schildern? Ich sage: Nein! Und ich gehe noch weiter und behaupte: Die sogenannte *Frauenemanzipation* widerstrebt der weiblichen Natur und der menschlichen Natur überhaupt, ist Unnatur und daher undurchführbar.

FÜR das, was ich unter der Frauenfrage verstehe, ist es ganz gleichgültig, ob die Frau die gleichen geistigen Fähigkeiten besitzt, wie der Mann, oder nicht. Mann und Frau sind körperlich verschiedenartig und meiner Ansicht nach auch geistig verschiedenartig. Deshalb können sie doch gleichwertig sein. Aber niemand bestreitet ja die Tatsache, dass zurzeit die Frauen im allgemeinen geistig hinter den Männern im allgemeinen zurückstehen. Diese unbestrittene Tatsache jedoch auf die verschiedenartige Erziehung oder auf die *tausendjährige Knechtschaft der Frau* zurückführen zu wollen, ist total falsch. Mindestens 90 % aller Mädchen erhalten ganz dieselbe Erziehung, wie die Männer. Im ganzen Proletariat, auf dem Lande allgemein und im grössten Teile des Kleinbürgertums erhalten die Mädchen, in der Familie sowohl als auch in der Schule, ganz die gleiche Erziehung, wie die Knaben. Die Tochter der Arbeiter und Landbewohner haben auch nach Verlassen der Schule noch ganz die gleichen *Entwicklungsmöglichkeiten*, wie die Knaben: sie gehen in die Fabrik, arbeiten auf dem Felde, erlernen einen Beruf, als Näherin, Putzmacherin, Ladnerin u. s. w. — ganz, wie ihre männlichen Altersgenossen! Ein besonders hervortretender geistiger Unterschied ist bis dahin zwischen den beiden Geschlechtern auch nicht zu merken. Aber mit der geschlechtlichen Reife und besonders mit der Mutterschaft tritt eine Verschiedenartigkeit des Geisteslebens und der geistigen Fähigkeiten auf — Ausnahmen kommen natürlich vor, die man als zurzeit bestehend ja zugibt, die aber, wie wir sahen, nicht in der Erziehung, sondern in der Physiologie des Weibes, in den Einwirkungen der physiologischen Vorgänge oder Störungen, denen das Weib in seinem Geschlechtsleben unterworfen ist, ihre Begründung haben. Man braucht den masslosen Übertreibungen und falschen Voraussetzungen und Schlüssen eines Möbius nicht zuzustimmen; aber jeder, der nicht nur aus Büchern, sondern auch im wirklichen Leben mit dem nötigen Ernst und ohne Voreingenommenheit seine Beobachtungen und Studien gemacht hat, der muss zugeben, dass die geistigen Kräfte der Frau durch die physiologischen Störungen im Geschlechtsleben sehr beeinträchtigt werden. Dies ist freilich, nach meiner Ansicht, nicht im geringsten der Frauenemanzipation, der allgemeinen beruflichen Selbständigkeit der Frauen, im Wege. Die Frauen eignen sich auch unter diesen Voraussetzungen zum grössten Teile der Berufe, und die geistigen Fähigkeiten der Männer weisen ja ebenfalls die grössten Abstufungen auf. Das Hindernis der Frauenemanzipation liegt auf einem anderen Gebiete.

GÄNZLICH falsch ist es auch, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau vom Manne mit der Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalisten vergleichen zu wollen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau vom Manne wird am

stärksten empfunden bei den Besitzenden, am geringsten bei den Arbeitern. Die Schlagwörter von der *Tyrannisierung der Frauen* durch die Männer — innerhalb der Familie — der *Knechtschaft des Hauses*, der *Brutalität des Mannes* u. s. w. sind dem Sprachschatze der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen entnommen und zumeist auf Familienzustände in der Grossbourgeoisie gemünzt. In dem Buche einer Frauenrechtlerin las ich, wie schrecklich es sei, wenn die Frau dem Manne das Wirtschaftsgeld¹ abverlangen müsse. Eine vernünftige Mutter habe daher darauf bestanden, dass vor der Verheiratung ihrer Tochter mit dem zukünftigen Schwiegersohn ein schriftlicher Vertrag gemacht werde, lautend: am ersten eines jeden Monats habe er seiner Frau *unaufgefordert* so und so viel Haushaltsgeld zu geben! Bei den Besitzenden ist es in der Regel eben so: der Mann führt ein Geschäft, hat eine Berufsstellung inne oder verwaltet das Vermögen, während die Frau nichts tut, als für ihre Toiletten und Badereisen viel Geld zu gebrauchen, worüber Differenzen entstehen. Da mag die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Frau manchmal schwer empfunden werden! Wie sieht es indes bei den Arbeitern, bei der grossen Masse des Volkes aus? Im Proletariat wird fast durchweg aus Neigung geheiratet. Gemeinsam nimmt das Paar den Kampf mit dem Leben auf. Irgend ein Abhängigkeitsgefühl ist bei keinem Teile vorhanden. Dass der Mann in die Fabrik geht, das Geld verdient, die Frau die Hausarbeit besorgt, wird als eine gleichwertige Arbeitsteilung angesehen. Es wird wenig religiöse Frauen geben, die sich durch die *Brutalität des Mannes* abhalten lassen, in die Kirche zu gehen. Aber Hunderttausende von Männern — wenn nicht Millionen — lassen sich von ihren Frauen abhalten, ihrer politischen Überzeugung nach zu leben, oder gar zu zwingen, gegen ihre Überzeugung in die Kirche zu gehen. Die Abhängigkeit des Mannes von der Frau muss mithin mindestens ebenso gross sein, als umgekehrt. Die *Knechtschaft des Hauses* ist also nicht darin begründet, dass nur der Mann beruflich tätig ist, allein Geld verdient, die Frau wirtschaftlich nicht selbständig dasteht. Empfohlen wird aber die Abhängigkeit der Frau vom Haushalte, der ihr eine lange Arbeitszeit auferlegt, sie — weil sie bei den Kindern bleiben muss — hindert, Theater, Konzerte oder Versammlungen zu besuchen, überhaupt nach einer bestimmten Arbeitszeit sich so frei zu bewegen und am öffentlichen Leben teilzunehmen wie der Mann. EINER Schriftstellerin, die im wohlhabenden Bürgerhause aufgewachsen ist, eine höhere Töchterschule, ein Mädchengymnasium und die Universität besucht hat, mag der Gedanke, hinter dem Kochtopfe stehen und Windeln waschen zu müssen, schrecklich sein. Aber wenn diese Dame zehn oder acht oder auch nur fünf Stunden täglich in einer Spinnerei oder Weberei arbeiten musste, so würde sie bald finden, dass es angenehmer, interessanter und weniger geisttötend ist, sich zehn Stunden dem Haushalte und der Pflege der Kinder zu widmen, als fünf Stunden einer Spinnmaschine. Wenn man von Frauenemanzipation redet, kann man doch nicht nur den sehr kleinen Teil der Frauen in Betracht ziehen, die als Ärztinnen, Lehrerinnen, Künstlerinnen und dergleichen tätig sein können. Neun Zehntel aller Frauen würden in ihrem Berufe arbeiten — in Fabriken u. s. w. — verrichten müssen, die weit weniger angenehm sind, als die Hausarbeit. Und diese neun Zehntel der Frauen ziehen daher die *Knechtschaft des Hauses* der Berufsarbeit vor, wenn nicht die Not sie zwingt, einen Beruf zu ergreifen.

WIE will man aber überhaupt die Frau von der Hausarbeit befreien, wenn man keine gewaltsame Kasernierung will? Selbst Kautsky, der in seiner *Agrarfrage* der Preisgabe des Einzelhaushalts das Wort redet, schreibt dann:

»Nirgends kann sich die Persönlichkeit so voll ausleben, ohne jede Hinderung durch feindliche oder mindestens beengende Willen anderer, wie in einem eigenen Heim, das sie, nur durch materielle, nicht durch persönliche Rücksichten beengt, frei schmücken und ausgestalten, in dem sie frei leben kann ihren Lieben, ihren Freunden, ihren Büchern, ihren Gedanken und Träumen, ihren wissenschaftlichen und künstlerischen Schöpfungen. Mit dem Individualismus erwächst aber auch die individuelle Geschlechtsliebe, die ihre Befriedigung nur in der Vereinigung und dem Zusammenleben mit einem einzigen, bestimmten Individuum des anderen Geschlechts findet. Die auf dieser individuellen Geschlechtsliebe beruhende Ehe bedarf ebenfalls eines eigenen Heims zu ihrem Bestande.«⁷⁾

Schon um ein solches eigenes Heim in stand zu halten und angenehm zu gestalten, bedarf es mindestens so grossen Arbeitsaufwandes der Frau, wie er vom Manne im Beruf verlangt wird; auch dann, wenn mit Dampfküchen gekocht, in grossen Abfütterungsanstalten gegessen und die Kinder in Anstalten gepflegt werden, die Berufstätigkeit der Frau hätte auch dann noch einen Haken. Aber die Mutter will ihr Kind auch selbst pflegen, sie will sich ihm widmen, sie will es selbst versorgen. Sie zwingen wollen, ihr Kind einer Anstalt zu übergeben, um in einem Genossenschaftsbetrieb produktiv tätig sein zu können, wäre schlimmer, als die *Knechtschaft des Hauses*. Freiwillig wird sie das nie tun — Ausnahmen gibt es auf allen Gebieten des Lebens —, wenn sie nicht die bitterste Not dazu zwingt, was sie als ein Unglück ansehen wird. Der Hinweis auf die reichen Frauen, die ihre Kinder nicht selbst pflegen, ist völlig unangebracht. Denn hier ist gerade das Gegenteil von dem der Fall, was eine Anstaltserziehung mit sich bringt. Während in einer Anstalt viele Kinder verschiedener Eltern einer Pflegerin anvertraut werden müssen, fern von der Mutter, sind in dem Einzelhaushalt der reichen Familie neben der Mutter oft mehrere Pflegerinnen um ein einziges Kind besorgt. Wenn Genosse Gumpowicz neulich in dieser Zeitschrift ausführte, »die mehr routinemässige Pflegearbeit am Kinde könnte, wenigstens nach Ablauf der Stillungszeit, recht wohl berufsmässigen Pflegerinnen vertraut werden«⁸⁾, so langt er damit glücklich wieder bei den Diensthöten an und löst so ganz zutreffend — die *Damenfrage*. Trotzdem würden aber die Mütter mit dem gnädiglich gewährten *Rechte*, nur in ihren *Feierstunden* ihren Kindern leben zu können, nicht zufrieden sein. Der *letzte, entscheidende Schritt*, die »Übernahme der Unterhaltungskosten des Kindes durch das sozialistische Gemeinwesen«, gehört in das Gebiet der Utopie. Bleibt die Pflege des Kindes aber der Mutter überlassen, was das einzige natürliche und daher *unabänderliche* ist, so ist die *allgemeine* Berufstätigkeit, die wirtschaftliche Emanzipation der Frau vom Manne für alle Zeit ein *Unding*: die Pflege des Kindes nimmt die Tätigkeit der Frau voll in Anspruch.

NICHT anders ist es mit der eigenen Küche. Diese ist schon zur Pflege des Kindes — und auch für das eigene Heim überhaupt — ganz unentbehrlich. Die Entwicklung geht auch gar nicht in der Richtung zu den Dampfküchen und grossen Abfütterungsanstalten; eher umgekehrt. Wenn aus New York und

⁷⁾ Vergl. Karl Kautsky: *Die Agrarfrage* (Stuttgart 1899), pag. 449-450.

⁸⁾ Vergl. Ladislaus Gumpowicz: *Polemische zur Frauenfrage* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, II. Bd., pag. 912.

anderen amerikanischen Grosstädten von grossen kapitalistischen Wirtschaftsgemeinschaften berichtet wird, so handelt es sich dabei um eine Art Familienhotels, die den ständig darin wohnenden Familien — sehr reichen oder jedenfalls Leuten mit sehr hohem Einkommen — einen grossen Komfort bieten und eine Dienerschaft zur Verfügung stellen, dass jedenfalls mehr Frauen in der Hauswirtschaft beschäftigt werden müssen, als *Hausfrauen* darin wohnen. Und der Einzelhaushalt bleibt dennoch in der Hauptsache bestehen. Im allgemeinen sehen wir mehr und mehr, dass der der *Herdennatur* entrückte Mensch den kasernenmässigen Wohnungen wieder zu entfliehen sucht, um, wenn er es nur einigermassen machen kann, in einem kleinen Hause, einer Villa, am liebsten allein mit seiner Familie zu wohnen, auch wenn er dadurch auf Kalt- und Heisswasserleitung, Gas oder elektrisches Licht und andere Bequemlichkeiten verzichten muss. Und auch Sozialisten und *emanzipierte* Sozialistinnen geben von dem natürlichen, menschlichen Drange und Bedürfnis Beispiele ab: ein ungeniertes, ungestörtes *Nestchen* mit seinen Lieben, Gatten und Kindern, zu bewohnen, allen Wirtschaftsgenossenschaften, Dampfkuken und Kinderpflegeanstalten zum Trotze ganz *spießbürgerlich, philisterhaft, kleinbürgerlich* zu leben: *Mann und Weib, umringt von Kindern . . .*

ZUM eigenen Heim gehört auch die heutige Form der Familie. Alle Änderungen, die letztere durch die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, eine höhere Kultur, den Sozialismus erfahren wird, können nur darin bestehen, dass der Frau eine Anzahl Arbeiten abgenommen werden, ihre Arbeit erleichtert wird; aber den Einzelhaushalt und damit die Familie können sie nicht aufheben. DAS wesentlichste der Frauenfrage ist für die Arbeiterfrauen der unsichere und geringe Verdienst des Mannes. Wenn die von Kautsky vorgeschlagene Massregel, *am Tage nach der sozialen Revolution* den Lohn der Arbeiter auf das Doppelte und Dreifache zu erhöhen, einmal durchgeführt sein wird, dann geht keine verheiratete Frau mehr in die Fabrik oder ist sonst beruflich tätig, und nicht die Emanzipation der Frau vom Manne wird dann erreicht sein, sondern etwas anderes: die Frau wird der Familie wieder gegeben sein.

UND dieses Ziel kann und sollte auch das Ziel der Sozialisten sein. »Dem Wesen der genossenschaftlichen Produktion«, sagt ja, wie ich oben bereits anführte, auch Kautsky, »widerspricht keineswegs die heutige Familie. Die Durchführung der sozialistischen Gesellschaft bedarf also an sich keineswegs der Auflösung der bestehenden Familienform.« Und ich weiss nicht, warum eine Frau sich neben ihrer häuslichen Arbeit nicht ebenso für das öffentliche Leben, für Wissenschaft und Kunst interessieren kann, wie neben einer beruflichen Tätigkeit in der Fabrik.

DIE Entwicklung löst die heutige Familie nicht auf, die der ganzen Natur des Menschen entspricht. Das sichere und gute Einkommen in einer sozialistischen Gesellschaft wird das Familienleben auch schöner gestalten und viele Unzuträglichkeiten beseitigen, die heute vielfach damit verbunden sind. Selbstverständlich muss die Frau politisch und rechtlich dem Manne gleichgestellt und ihr die Entwicklungsmöglichkeit auf allen Gebieten gegeben werden. Aber es wird sich auch dann zeigen, dass das erste und höchste, tief in der Natur des Weibes begründete Lebensziel der Frauen ist: Mutter zu sein und der Pflege und Erziehung der Kinder zu leben, während auf die wirtschaft-

liche Selbständigkeit in der Regel nur die Unverheirateten Anspruch machen. NICHT Emanzipation vom Manne kann die Lösung der Frauenfrage sein, sondern Befreiung von dem kapitalistischen Übel, dass die verheirateten Frauen nötig ist, in der Fabrik tätig zu sein, sie ihrer Familie, ihren Kindern entreißt. Natürlich kann es sich, um das nochmals zu betonen, nicht darum handeln, die Fabrikarbeit der Frauen verbieten zu wollen. Aber ich darf daran erinnern, dass es eine Zeit gab, in der man das völlige Verbot der Kinderarbeit für undurchführbar hielt, weil die Kinderarbeit so eng mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft sei, dass beide nur miteinander beseitigt werden könnten. Tausende, Hunderttausende von Familien brauchten den Zuschuss des Kinderverdienstes und brauchen ihn heute noch und doch ist die Kinderarbeit in einem verhältnismässig kurzen Zeitraum bedeutend eingedämmt worden und ihre völlige Beseitigung ist nur eine Frage der Zeit, die nicht mehr sehr ferne zu sein scheint. Kann das Verbot der Frauenarbeit auch nicht im entferntesten in Betracht kommen, so gibt es doch eine Anzahl sozialpolitischer Massregeln, zu denen man verschieden Stellung nehmen muss, je nachdem man der Ansicht ist, dass die Entwicklung unaufhaltsam zur wirtschaftlichen Selbständigkeit und mithin Emanzipation der Frau dränge und diese ein Segen sei, dass die Auflösung der heutigen Familie zum Glücke der Menschheit führe oder aber, dass die gezwungene Fabrikarbeit der verheirateten Frauen ein kapitalistisches Übel sei, das man beseitigen könne und müsse, dass das in der Natur des Menschen begründete Eheleben, das eigene Heim und dieses den Einzelhaushalt, also die heutige Familienform, bedinge; die Emanzipation der Frau vom Manne also Unnatur sei und keine Realisierung finden könne. Aus diesem Grunde halte ich eine ausgiebige Erörterung der Frauenfrage, der man in den letzten Jahren so sehr aus dem Wege ging, als scheue man sich, auszusprechen, was ist, für geboten.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Leihkapitalmarkt

DIE Reichsbank hat am 14. Februar ihren Diskont abermals herabsetzen können: um $\frac{1}{2}\%$ (von 4 auf $3\frac{1}{2}\%$) — im Zentralausschuss war sogar die Meinung stark vertreten, dass man unbedenklich sofort bis auf 3% herabgehen könne. Wahrscheinlich wird dieser zweite Schritt bald nachfolgen; auch für die Bank von England ist eine Ermässigung von 3 auf $2\frac{1}{2}\%$ bereits angekündigt. Nach dem Bericht des Präsidenten Dr. Koch hatte die Reichsbank noch niemals so viel Gold, wie Mitte Februar (843 Mill. M.), die folgende Februarwoche bringt gewöhnlich noch eine weitere Steigerung des Metallvorrates, so

dass man den später beginnenden Ansprüchen des Quartalswechsels mit Ruhe entgegensehen kann. Ähnlich geht es der Bank von England, deren Goldzufluss sich gleichfalls verstärkte.

DEM Unternehmertum ist dieses Nachlassen einer immerhin fühlbaren Spannung natürlich sehr willkommen, ebenso wie die Rückkehr normaler Produktionsverhältnisse im Ruhrrevier.

×

×

Kohlensyndikat DAGEGEN wird die Frage viel erörtert, in welcher Weise sich die Situation für das Kohlensyndikat geändert hat. Die Börse scheint an baldige gute Wucherprofite für das Grubenkapital im Westen zu glauben. Sie hat nicht nur die vorübergehenden Kursverluste wieder einge-

holt, sie ist in einzelnen Fällen bereits über das Kursniveau der Zeit vor dem Streik wieder hinausgegangen. Zwischen dem 2. und 23. Januar waren zum Beispiel gesunken: *Gelsenkirchen* von 224,50 auf 218,80, *Harpener* von 214,75 auf 208,75, *Consolidation* von 419,75 auf 407, *Cölnher Bergwerk* von 421,50 auf 413,75. *Nordstern* von 275,10 auf 267,50. Am 18. Februar standen sie bereits wieder auf: 226,70, 213,90, 427, 425,10, 274,50. Die Tendenz war noch immer steigend, trotz der Fertigstellung des preussischen Gesetzesentwurfs gegen das Stilllegen der Zechen und trotz der zu erwartenden Bergarbeiternovelle.

IM Syndikat selber scheint die gute Laune gleichfalls den mancherlei Ärger zu überwiegen. Unmittelbar mit einer Preiserhöhung vorzugehen, dürfte allerdings die Klugheit — das heisst die Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung, auch in Industriellenkreisen — verbieten. Man schlug dagegen auf den Konferenzen am 16. Februar vor, nur halbjährige Verkäufe abzuschliessen und, für den Fall, dass seitens der Abnehmer auf Jahresabschlüsse bestanden würde, diese nur auf Grund eines Preisaufschlages von 50 Pf. pro t einzugehen. »Massgebend«, heisst es in der originellen Pressbegründung, »war für diesen Beschluss die Tatsache, dass durch die in Aussicht stehenden Berggesetze voraussichtlich eine Reihe von Lasten auferlegt werden, die eine Erhöhung der Selbstkosten im Gefolge haben werden.« Das alles verkündet man zweifellos in der Absicht, teils den Reformeifer bei der Regierung und den Parteien noch mehr abzukühlen, teils um auf ein neues Anziehen der Preisschraube vorzubereiten.

LEHRREICH ist die Abrechnung des Vorstandes über den Monat Januar, da vom 17. Januar an offiziell der Streik erklärt war. Gegen die Summe der vertraglichen Beteiligungen (6 359 740 t bei — abzüglich der Sonn- und Feiertage — $2\frac{1}{4}$ Arbeitstagen) fiel die Förderung ganz enorm: nämlich auf 2 815 773 t. Dem gegenüber stand zunächst ein Selbstverbrauch für eigene Betriebszwecke der Zechen von 267 679 t, weiter der Selbstverbrauch für eigene Hüttenwerke mit 365 499 t. Wen nun trotzdem der eigentliche Syndikatsabsatz mit 2 697 031 t verzeichnet ist, so ergibt das eine Inanspruchnahme älterer Zechenläger mit 514 436 t — wohlgemerkt: neben den unerledigt gebliebenen Lieferungen und

neben dem vielfach verminderten Selbstverbrauch der Werke. Dazu kommen dann noch die Februarrückgänge, die erst der nächste Bericht ausweisen wird: am 9. Februar beschloss die Essener Revierkonferenz die Wiederaufnahme der Arbeit, die alte Betriebstätigkeit wurde natürlich nur langsam wieder erreicht.

AUSSER den Lägern, die man nur allmählich wieder aufzufüllen braucht, kamen als Ersatz der westlichen Produktionsverminderung in Betracht: die Mehrlieferungen anderer deutscher Bezirke, und die Mehrzufuhren seitens des Auslandes, die erst langsam in Gang kamen und nunmehr noch eine Zeitlang anhalten werden. Im ganzen scheint die Inanspruchnahme des Auslandes, die auch durch Tarifierabsetzungen der preussischen Eisenbahnen unterstützt wurde, keineswegs so ausserordentlich gross gewesen zu sein, wie man das vermuten konnte. So trat auf dem entscheidenden englischen Markte, nach dem ersten Anprall deutscher und holländischer Aufträge und der entsprechenden Hausse, sehr bald eine ruhige Bewegung ein. Man schätzt die Mehrlieferungen von dieser Seite auf nicht mehr, als 0,5 Mill. t; für die englischen Gruben war schon die stillere Saison gekommen, so dass die Mehrnachfrage ohne besondere Kraftleistungen befriedigt wurde. In gewissem Sinne kann man sagen, dass die deutschen Mehrbestellungen nur einen sehr willkommenen Ausgleich boten für das Abflauen der Lieferungen nach Russland und Ostasien: nach Russland wegen der Industriestockungen, nach Ostasien wegen der rapid zunehmenden Schiffskaperungen, seitdem die vor Port Arthur lagernde japanische Flotte frei geworden ist. Mildes Wetter hat zudem den Hausbrandbedarf verringert, so dass Mitte Februar die Londoner Kohlenbörse die Kohlenpreise um 1 s. pro Tonne wieder herabsetzte. Es ist deshalb sehr schwer, an ein Gelingen eines neuen Wucherfeldzuges in Deutschland zu glauben.

MIT welcher Wucht die Bestellungen im Westen sofort wieder einsetzten, zeigt die rasche Steigerung der Wagenanforderungen im Eisenbahndirektionsbezirk Essen. Ganz ausnahmsweise forderte man Ende 1904 bisweilen über 20 000 Waggons täglich, der Durchschnitt vor dem Streik betrug 18 000 bis 19 000 Wagen. Der tiefste Stand während des Streiks war dann mit 3071 Wagen erreicht. Darauf wurden

am 6. Februar	3 674	Wagen gefordert,
.. 7. ..	3 057
.. 8. ..	3 600
.. 9. ..	3 806
.. 10. ..	4 269
.. 11. ..	7 397
.. 13. ..	9 865
.. 14. ..	13 885
.. 15. ..	15 265
.. 16. ..	17 499
.. 17. ..	19 091
.. 18. ..	19 790

Vom 15. Februar an trat eine gewisse Verlegenheit betreffs der Transportmittelbereitstellung ein: es standen am 15. Februar über 1000, die nächsten Tage über 2000 Wagen weniger, als verlangt, zur Verfügung, weil der im Ruhrrevier überflüssig gewordene, nach dem Saarrevier, nach Belgien, nach Mitteldeutschland und Oberschlesien abgelenkte Wagenpark nicht sofort wieder in Rheinland-Westfalen zur Hand war.

DAS Syndikat beschloss weiter, die Ergebnisse des Januar und Februar für das Jahr nicht mit anzurechnen. Anscheinend soll zunächst jedwede Förder einschränkung, die man mit dem Beginn des Streiks aufhob, weiter fortfallen.

× Kohlenstatistik DA der Reichsanzeiger 1904 Mitte Februar die amtliche Übersicht über die Ergebnisse des preussischen Bergbaues veröffentlichte, so seien die Hauptziffern für die Stein- und Braunkohlen wiedergegeben. Es betrug die Zahl der in Preussen im Jahre 1904 betriebenen Steinkohlenbergwerke 269, wie im Vorjahre; davon kamen 160 auf den Dortmunder Bezirk, 74 auf Oberschlesien und 28 auf die Rheinlande. Von ihnen wurden insgesamt 112 755 622 t gefordert, 3,95 Mill. oder 3,64% mehr, als im Jahre 1903. Abgesetzt wurden 106 010 901 t, was gegen das Vorjahr ein Mehr um 3,41 Mill. t oder 3,32% ergab. Die gesamte Belegschaft umfasste 446 889 Mann oder 18 807 mehr, als im Vorjahr; die Steigerung entfiel zum grössten Teil auf das westfälische Revier, in dem gegen das Vorjahr 14 270 Mann mehr beschäftigt wurden. Braunkohlenbergwerke waren im Jahre 1904 im ganzen 354 im Betriebe gegen 359 im vorhergehenden Jahre. Sie förderten insgesamt 41 156 807 t Braunkohle gegen 38 541 682 im Vorjahre, also 2,61 Mill. t oder 6,79% mehr. Der Absatz betrug 31 932 465 (im Vorjahr 29 611 457) t, also 2,32 Mill. t oder

7,84% mehr. Die Belegschaftszahl war mit 43 243 Mann nur um 138 höher im vorausgegangenen Jahre.

× Schiffahrt EINER rascheren Versorgung mit Kohlen wird auch die allseitige Wiedereröffnung der Flussschiffahrt zu statten kommen. Die Elbe, die für die Zufuhr englischer und böhmischer Kohlen nach Mitteldeutschland wichtig ist, war seit dem Frostwetter, das Mitte Januar hereinbrach, vollständig unzugänglich. Am 20. Februar konnten die Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften (die *Deutsch-Österreichische Dampfschiffahrts A. G.*, die *Elbe-Dampfschiffahrts A. G.* und die *Österreichische Nordwest-Dampfschiffahrts A. G.* den regelmässigen Schiffahrtsbetrieb wieder aufnehmen. Der Oder-Spree-Kanal wird am 1. März geöffnet. Der Berliner Verkehr ist schon sehr stark.

DIE Reeder, die an der Dampfschiffahrt in der Nord- und Ostsee, sowie im Weissen Meer, beteiligt sind, traten Mitte Februar zu einer internationalen Konferenz in Kopenhagen zusammen. Die Beteiligung englischer, deutscher, französischer, holländischer, belgischer, schwedischer, norwegischer, dänischer und russischer Firmen soll eine sehr befriedigende gewesen sein. Über die in Aussicht genommenen, nicht zu unterbietenden Frachtminimalsätze wird eine Zusammenkunft im Juni endgültig entschieden. Bis jetzt soll die Teilnahme von 4 127 000 Registertons gesichert sein.

DIE neue amerikanische Schiffssudienbill, die für die amerikanischen Schiffe ganz ungeheure Bevorzugungen erstrebt, wird zwar in den europäischen Interessentenkreisen lebhaft besprochen. Jedoch scheint man an eine rasche und baldige Annahme nicht zu glauben. Im allgemeinen haben sich daher die Schiffahrtsaktien auf einer ungünstigen Höhe gehalten.

ÜBERHAUPT ist man überall wieder einmal voll guter Hoffnungen: an den Börsen, in den Eisenindustriellen, in Deutschland, in Amerika, nunmehr auch in England.

× Kurze Chronik DIE Neuen Oberlausitzer Glashüttenwerke von Schweig & Co. wurden von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft aufgekauft. × Die Vereinigung der rheinisch-westfälischen Bandenwerke er-

höhte am 9. Februar den Grundpreis für Thomasflusseisen auf 123 M. × Mitte Februar wurde das Gasrohrsyndikat um 3 Jahre verlängert. × Der Stahlwerksverband beschloss Aufrechterhaltung der bisherigen Preise für das II. Quartal. MAX SCHIPP

Politik

Russland

DIE brutalsten Mittel der Gewalt reichen nicht mehr aus, die Äusserungen der revolutionären Stimmung in

Russland zu unterdrücken. In allen Zentren der Industrie und Intelligenz hat das Blutbad des 22. Januar die Bevölkerung mit einem Rachegefühl erfüllt, das in Streiks, Unruhen und Attentaten sich Luft macht: überall lodert die Flamme der Empörung auf, und kaum erstickt, schlägt sie mit neuer Kraft hervor: *«Gewalt gegen Gewalt!»* lautet auf beiden Seiten die Parole. Die revolutionäre Bewegung vermehrt die Zahl der Männer, die ihr Leben in die Schanze schagen, um die Träger des revolutionären Systems Russlands für ihr volksfeindliches Tun büssen zu lassen. Die Unsicherheit am Hofe und unter der Bureaukratie ist so gross, der Bewachungsapparat so scharf ausgebildet, dass man täglich mit neuen Schreckensnachrichten rechnen muss. Den ersten, weithin wirkenden Erfolg können die Revolutionäre durch das Bombenattentat auf einen der gefährlichsten Verfechter der Reaktion, auf den Grossfürsten Sergius, verzeichnen. Als dieser Fürst am 17. Februar in Moskau nach dem Kreml fuhr, wurde eine Bombe unter den Wagen geschleudert, die den Grossfürsten in Stücke riss. Grossfürst Sergius war bei seinem weitgehenden Einfluss auf den Zaren die Seele der Reaktion. Der Eindruck des Attentats auf die russischen Machthaber ist daher tiefgehend. Was wird geschehen? Wird man sich zu Reformen bequemen, oder wartet man noch weitere Opfer ab? Es fehlt nicht an Andeutungen, die auf ein Entgegenkommen der russischen Regierung hinweisen. So soll das Ministerkomitee sich für die Einberufung einer Volksvertretung im Prinzip entschieden haben. An Versprechungen hat es indes schon längst nicht gefehlt, mit ihnen werden sich die Revolutionäre, die von der Sympathie der Bevölkerung getragen sind, nicht abspesen lassen. Auf der anderen Seite freilich hört man, dass als Gegenschlag gegen das Attentat neue Re-

pressivmassregeln geplant sind: in Petersburg zum Beispiel sollen 4500 der unruhigsten Arbeiter sofort nach ihrer Heimat transportiert, alle Studenten sollen ausgewiesen und sämtliche liberale Blätter verboten werden. Dass derartige Massregeln noch verschärfend auf die Aktionskraft der Terroristen wirken würden, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Schon jetzt steht für sie der Plan fest, den Zaren, alle Grossfürsten, ferner Trepow, Pobjedonoszew und die meisten Gouverneure zu beseitigen. Es ist auch kein Zweifel darüber möglich, dass bei der Stimmung der Bevölkerung diese Pläne selbst in Kreisen begünstigt werden, die in anderen Zeiten Verschwörungen und Attentatsabsichten aufdecken wurden. So ist es recht wohl begrifflich, dass am Zarenhofe, in den Palais der Grossfürsten und in den Bureaus der Minister und höchsten Verwaltungsbeamten eine allgemeine Panik herrscht. Die öffentliche Meinung Europas steht in der Hauptsache mit ihren Sympathieen auf Seiten der Revolutionäre und verfolgt den Kampf um den politischen Fortschritt mit steigender Spannung. Es fehlt allerdings auch nicht an Parteien und Organen, die die Gewalttaten der Revolutionäre ebenso verurteilen, wie sie die der russischen Machthaber zu verteidigen suchen. Es sind aber meist solche Organe, die nach ihrer Stellungnahme zur Frage der Anwendung von Gewalt kein Recht zu ihrer Entrüstung haben. Sie verteidigen den Krieg als das letzte Mittel zur Selbsterhaltung eines Volkes. Um die Selbsterhaltung den eigenen Machthabern gegenüber kämpft aber auch das russische Volk einen ihm aufgezwungenen Verzweigungskampf mit den brutalen Mitteln, die in der Notwehr die einzig möglichen sind.

× **Zentrum und Flotte** IN einem Artikel der *Colnischen Volkszeitung* werden heute schon die Bedingungen auseinandergesetzt, unter denen das Zentrum die neue Marinevorlage, die für den kommenden Herbst zu erwarten ist, annehmen will. Dass das Zentrum, das früher ein ausgesprochener Gegner der starken und schnellen Vermehrung der Kriegsflotte war, mit eiligem Unbehagen den neuen Forderungen entgegen sieht, ist mit Rücksicht auf die Stimmung eines grossen Teils der Zentrumsähler begrifflich. Die *Colnische Volkszeitung* rechnet mit einer Neuforderung für Schiffneubauten von zirka 200 Mill. M.

Dafür sollen die 1900 abgelehnten sechs grossen und sieben kleinen Kreuzer und ausserdem sieben Torpedobootsdivisionen beschafft werden. Ausserdem rechnet man aber in Zentrumskreisen noch mit einer Beschleunigung des Bautempos bei den bereits bewilligten Schiffen. Es sei nicht ausgeschlossen, dass die Marineverwaltung der Anregung des Flottenvereins, statt jährlich zwei, in Zukunft drei Linienschiffe auf Stapel zu legen, folgen werde. Gegen die Vermehrung der Flotte und gegen die Beschleunigung des Bautempos macht das Zentrumsorgan keine sachlichen Gründe geltend. Es wäre auch unangenehm für eine Regierungspartei, sich sachlich gegen die Flottenpolitik festlegen zu wollen. Nur eine Bedingung stellt das Zentrum, und auf diese kann sich die Regierung sehr leicht einlassen: ohne Lösung der Deckungsfrage könne das Zentrum sich auf die Flottenvorlage nicht einlassen. Mit Berufung auf eine Äusserung des Reichsschatzsekretärs in der Budgetkommission, über Steuerpläne lasse sich noch gar nichts sagen, da man erst die Wirkung der Handelsverträge abwarten müsse, meint das Blatt, mit der Lösung der Deckungsfrage sehe es noch sehr dunkel aus. Das klingt fast wie ein Trost, aus dem zu entnehmen ist: es hat noch gute Weile mit der Flottenvorlage. Aber selbst die *Cölnische Volkszeitung* bringt es nicht über sich, mit einem gar so billigen Troste sich abzufinden, sondern meint ganz vernünftig: »Vielleicht wird der Schatzsekretär noch anderen Sinnes, wenn die Not ihn drängt und die Marineverwaltung.« Das Zentrum weiss also schon ziemlich sicher, dass seine Bedingung sicher erfüllt werden wird, und gibt damit deutlich seinen Bewilligungseifer, der nur ganz wenig noch verdeckt ist, der Regierung zu erkennen. Es ist ja auch gar nicht anders zu erwarten: aber für viele Zentrumswähler mag die definitive Abkehr von der früheren Flottenpolitik der jetzigen Regierungspartei recht verwirrend wirken, da sie noch 1900 die Flottenvorlage sich förmlich abringen liess, während sie heute schon die neue Vorlage lange vor ihrer Einbringung regierungsfremd apportiert.

×
Akademische Freiheit IST es denn gar so unerhört, wenn ein Beamter des preussischen Kultusministeriums Studenten gegenüber erklärt: den Begriff *akademische Freiheit* kennen wir nicht? So wie sich die deutschen Uni-

versitäten in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben, kann auch von akademischer Freiheit in dem Sinne, dass an den Universitäten den Studenten die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung rücksichtslos vorgetragen werden dürften, nicht mehr die Rede sein. Die Universitäten sind vielmehr Vorbereitungsanstalten für den staatlichen Dienst; ihre Hauptaufgabe ist daher, ein gewisses Quantum von Wissen und zugelassenen Grundsätzen der akademischen Jugend zu vermitteln. Bei den exakten Wissenschaften existiert die Lehrfreiheit schon nicht mehr, bei den anderen erst recht nicht mehr. Die Freiheit der Dozenten ist längst dahin; sie unterstehen in einer Weise der Aufsicht des Kultusministeriums, dass die scheinbare Selbstverwaltung der Universitäten so wenig besagen will, wie die Selbstverwaltung der Gemeinden. Die Universitätsprofessoren sind mit wenigen Ausnahmen mit dem heutigen Zustand zufrieden; sie haben weder den Drang, noch die Lust, etwas anderes zu sein, als Pädagogen für den künftigen Staatsdiener. Von der Bewegung zum Schutze der akademischen Freiheit, die sich in der deutschen Studentenschaft seit einiger Zeit bemerkbar macht, halten sich auch die Professoren fast gänzlich fern. Und auch die Studenten selbst fassen den Begriff der *akademischen Freiheit* so eng und zum Teil spießbürgerlich auf, dass die ganze Bewegung im preussischen Kultusministerium gewiss keinen grossen Eindruck machen wird. Es wird alles beim alten bleiben: man kennt den Begriff *akademische Freiheit* auf den deutschen Universitäten nicht mehr. Die wissenschaftliche Forschung, die unerbittlich ihre Schlussfolgerungen formuliert, hat an Anstalten, die sich selbst als staatlich ansehen und gerieren, keinen Platz mehr.

×
Kurze Chronik DIE Wahlen in Ungarn, die am 26. Januar stattfanden, brachten eine so starke Niederlage der liberalen Partei, dass das Kabinett Tisza zurücktreten musste. × Das neue Ministerium Rouvier, das am 27. Januar der französischen Kammer sein Programm vorlegte, erhielt ein Vertrauensvotum mit 373 gegen 99 Stimmen. × Der Reichstag begann am 10. Februar die Beratung der neuen Handelsverträge, die dann am 22. Februar von ihm mit grosser Majorität angenommen wurden. × Am

14. Februar wurde die neue Session des englischen Parlaments mit einer sehr vorsichtig gehaltenen Thronrede eröffnet.

RICHARD CALWER

Sozialpontik

Soziale Zustände NACH der eingehenden Studie die Dr. Georg Weills *Die Lage der Kanalschiffer*

in *Elsass-Lothringen* /Strassburg i. E., J. Singer/ erscheinen die Verhältnisse dieser Kategorie geradezu verzweifelt und hoffnungslos. Dr. Georg Weill stellt das Budget eines besonders günstig situierten selbständigen Schiffers auf, der mit 191 M. seinen ganzen Lebenshaltsbedarf decken muss, ohne aber im stande zu sein, die Amortisation seines Betriebskapitals durchführen zu können. Im grossen und ganzen sind die Erwerbs- und Einkommensverhältnisse der Kanalschiffer so schlecht, dass nur die Gewohnheit und der eigene Reiz ihrer Lebensweise das Beharren in diesem Gewerbe erklärlich erscheinen lassen. Freilich hat die Lage der Schiffer auch erst vor einigen Jahren eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Denn erst seit 1896 müssen die Kanalschiffer zu ihren sonstigen Ausgaben noch die hohen Kanalabgaben zahlen, die in einem von Dr. Weill genau berechneten Falle nahezu 1000 M. betragen, also 20% des Bruttoeinkommens. Die hohen Kanalabgaben haben die Rentabilität der Betriebe der Kanalschiffer völlig zu nichte gemacht. Die Existenz der selbständigen Schiffer ruht auf keiner breiteren materiellen Basis, als die der unselbständigen Schiffer, der Werkführer. In ganz betrubenden Lebensverhältnissen befinden sich die Lohnarbeiter (*charretiers*), die mit den Pferden der Schiffseigentümer die Schiffe durch die Kanäle schleppen. Sie erhalten durch die Kanäle schleppen. Sie erhalten 0,80 bis 1 M. pro Tag, Kost und eine im Stallraum gelegene Schlafstelle. Die fiskalische Politik der Regierung ist besonders den Eigentümern der kleinen Schiffe feindlich gesinnt, da die kleinen Fahrzeuge am meisten die Speisung der Kanäle verteuern. Der Übergang zum Grossbetrieb in der Schifffahrt ist aus technisch-wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen empfehlenswert. Es würden die selbständigen Schiffer zu Lohnarbeitern allerdings werden, aber sie würden gegen ihre scheinbare Selbständigkeit lediglich eine bessere und sorgenlosere Existenz eingetauscht haben. Es erscheint ferner in der Zukunft die

Übernahme des Schifffahrtsverkehrs durch den Staat geboten. Eine Massnahme, wie der Ausbau des elsass-lothringischen Kanalnetzes darf dank dem Einfluss der Handels- und industriellen Welt für eine nicht allzu ferne Zeit erwartet werden. Die im allgemeinen aber durch solche Förderung der Verkehrsmittel gesteigerte Rentabilität der Verkehrsgewerbe und deren erhöhte Bedeutung für das gesamte Volksleben werden wohl über den Weg des Grossbetriebes kurz über lang dahin führen, dass der Staat die Leitung des Verkehrs und der Verkehrsmittel übernimmt. Die treffliche Studie Weills packt den Kanalschiffer in seiner ganzen Wirklichkeit, sie sucht ihn in seiner dumpfen, lebensgefährlich engen Kajüte auf, schildert sein nomadenhaftes wirtschaftliches Dasein und beleuchtet sein Seelenleben.

X
Uneheliche Kin- ALLJÄHRLICH werden
der zirka 180 000 uneheliche

Kinder in Deutschland geboren. Nur bei einer kleinen Gruppe dieser unehelichen Kinder wird die Vaterschaft anerkannt. Herr Dr. Ottomar Spann, dessen treffliche Arbeit *Die Stiefvaterfamilie unehelichen Ursprungs* wir in dieser Rundschau schon besprochen (vergl. pag. 79), hat in der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* die unehelichen Geburten in Frankfurt a. M. an der Hand des statistischen Materials, das er aus den Geburtskarten über die Unehelichen dieser Stadt schöpfte, beleuchtet. Die Vaterschaftsanerkennung erfolgte zum Beispiel bei den unehelichen Kindern, deren Mütter in freien Berufen tätig waren, in 7,82% der Fälle, dagegen bei den Kindern, deren Mütter im Reinigungsgewerbe beschäftigt waren, in 15,22% der Fälle. Aus den Tatsachen der Statistik der Vaterschaftsanerkennung ergibt sich folgendes sozialpolitisch wertvolles Resultat. Je höher die soziale Schicht der unehelichen Mutter ist, um so geringer ist der Prozentsatz der unehelichen Geburten, bei welcher die Vaterschaft anerkannt wird. Der aussereheliche Umgang ist in den höheren sozialen Schichten ein leichtfertigerer, als in den unteren, weil er einen grosseren Verstoß gegen Sitte und Herkommen bedeutet, und er führt relativ weniger Anerkennungen der Vaterschaft herbei. Die private Wohnung gilt als der günstigste Niederkunftsart für die unehelich Gebärende, dann folgt die private Anstalt

und zuletzt die öffentliche Anstalt. Der Niederkunftsort der unehelich Geborenen, deren Kinder von den Vätern anerkannt werden, ist im allgemeinen günstiger, als der Niederkunftsort der Geborenen, deren Kinder von den Vätern nicht anerkannt wurde. Der Niederkunftsort der Geborenen hängt wesentlich mit der finanziellen beruflichen Leistungsfähigkeit und dem Familienanschluss derselben zusammen. Die in öffentlichen Anstalten geborenen Unehelichen weisen weniger Vaterschaftsanerkennungen auf, als die in privaten Anstalten Geborenen, und diese wieder weniger, als die in privaten Wohnungen Geborenen. Die Geburten, bei denen die Vaterschaft anerkannt wurde, verteilen sich nach dem Niederkunftsort der Mutter folgendermassen: in öffentlichen Anstalten kamen zur Welt 17,88%, in privaten Anstalten 12,51 %, in Privatwohnungen 69,61 %.

× **Unfallversicherung** ×
den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften im Deutschen Reich im Jahre 1903 waren in diesem Jahre 19 465 422 Personen gegen 19 082 758 im Vorjahre gegen Unfall versichert, und zwar in den gewerblichen Berufsgenossenschaften 7 466 484 Personen, bei den landwirtschaftlichen 11 189 071, bei den staatlichen Ausführungsbehörden 732 963, bei den Provinzial- und Kommunalausführungsbehörden 76 904 Personen. Eine grosse Gruppe von Arbeitern war doppelt versichert, sowohl bei gewerblichen, wie bei landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Von den Berufsgenossenschaften, den Ausführungsbehörden etc. wurden 1903 an Entschädigungsbeträgen 117 246 500,04 M. gezahlt. Es wurden 1903 zur Anmeldung 530 507 Unfälle (im Vorjahre 488 707) gebracht. Die Gesamtzahlen der gemeldeten Unfälle bleiben jedoch noch hinter der Wirklichkeit zurück. Die entschädigten Unfälle allein beliefen sich auf 129 375. Tödtlich war der Verlauf von 8300 Unfällen, 1538 hatten eine dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Die Getöteten hinterliessen 6077 entschädigungsberechtigte Witwen und Witwer und 12 152 entschädigungsberechtigte Kinder und Enkel, sowie 358 Verwandte aufsteigender Linie.

× **Invalidenversicherung** ×
AUS den Geschäfts- und Rechnungsergebnissen der Invalidenversicherungsanstalten für 1903 heben wir zunächst die

im Jahre 1903 in Zugang gekommenen 171 560 Renten, darunter 150 209 Invalidenrenten, 12 374 Altersrenten und 8977 Krankenrenten, hervor. In 154 349 Heiratsfällen, in 32 577 Todesfällen, in 776 Unfällen erfolgte eine Erstattung der Beiträge. Für das Heilverfahren verausgabten die Anstalten 9 903 427,74 M. An Zuschüssen zum Heilverfahren gingen den Anstalten unter anderm von den Krankenkassen und Berufsgenossenschaften etc. 1,87 Mill. M. zu. Die Angehörigen der Heilbehandelten erhielten an Unterstützungen 797 359,68 M., und an Extraleistungen gemäss § 45 des Invalidenversicherungsgesetzes flossen den Versicherten, sowie deren Angehörigen 399 732,70 M. zu. Sehr knapp bemessen sind immer noch die Aufwendungen der Anstalten für Invalidenhauspflege. Diesen erwuchs für diesen Zweck eine Reinausgabe von 146 998,16 M. Durch die gewährten Entschädigungen wurden die Landesversicherungsanstalten und die anderen Versicherungsträger mit 82,84 Mill. M. belastet, das Reich mit 41,85 Mill. M. Das Vermögen der Anstalten beläuft sich 1903 auf 1084,3 Mill. M. und das Inventar auf 3,8 Mill. M.

× **Hygiene** ×
IM Archiv für soziale Medizin und Hygiene gibt das 2. Heft des I. Bandes einen trefflichen Überblick über die Gesamtmassregeln zur Tuberkulosebekämpfung in Deutschland aus der Feder Dr. Nietners, des Generalsekretärs des *Zentralkomitees zur Errichtung von Heilstätten*. Die Mitgliederzahl dieses Komitees stieg von 1192 auf 1412. Unter den Mitgliedern befinden sich 7 Ministerien, 284 Gemeinden, 63 Gemeindeverbände, 26 Landesversicherungsanstalten etc. Der gesundheitsgefährlichen Heimarbeit widmet Dr. Elster vom Standpunkt des Wohnungshygienikers aus eine eingehende Studie. Dr. Waldschmidt-Charlottenburg schlägt nach einer kritischen Würdigung des Antrags Douglas, der eine allgemeine Landeskommission für Volkswohlfahrt zu schaffen beabsichtigte, die Begründung einer besonderen Abteilung im Kultusministerium vor, welche lediglich die Wohlfahrtspflege bearbeitet.

× **Kurze Chronik** ×
AM 20. Januar begründete Hue im Reichstag die sozialdemokratische Interpellation über den Bergarbeiterstreik. × Am 3. Februar standen auf

der Tagesordnung des Reichstags die Anträge Auer und Gothein auf Abänderung der Gewerbeordnung zum Zweck der Erweiterung des Bergarbeiter-schutzes. × Am 7. Februar diskutierte der Reichstag die Interpellation des Zentrums über die Einführung des Zehnstundentags für Fabrikarbeiter.

× **Literatur** IN einem Werkchen *Das Arbeitsverhältnis nach österreichischem Recht*/Wien.

Brand/ hat Dr. J. Ingwer ein scharfsinniges juristisches und dabei populäres Handbuch für Arbeiter geschaffen, ein Stück Arbeiterrecht im Sinne des bekannten Stadthagenschen Werkes. Der Lohn-ertrag wird heute nach Dr. Ingwer nicht vereinbart, sondern diktiert. Erst die Zukunft wird den freien Arbeitsvertrag auf Grund der Verschiebung der Machtverhältnisse der Arbeiter begründen. × *Die Entwicklung der Volkswirtschaft (Arbeiterbibliothek, 8. Heft)* /M.-Gladbach, Verlag der *Westdeutschen Arbeiterzeitung*/ nennt sich eine gewandt geschriebene Einleitung in die Volkswirtschaft. Der belesene Verfasser lehnt sich in seiner Darstellung an so sozialfortschrittliche Autoren, wie W. Sombart, C. Bücher, Herkner, an. Die christlich-soziale Tendenz des Werkchens tritt sehr in den Hintergrund. Wann erscheint ein derartiges sozialdemokratisches Schriftchen? × Regierungsrat Kurt von Rohrscheidt bringt in seinem Nachtrag zum Kommentar der Reichsgewerbeordnung /Leipzig, Hirschfeld/ die seit dem Juli 1901 ergangenen Gesetze, Ausführungsbestimmungen, Erlasse und Entscheidungen zur Gewerbeordnung. × Die Schrift *Menschenreform und Bodenreform* von Heinrich Driesmann /Leipzig, Dietrich/ macht aus dem harmlosen Konsumverein ein rasseveredelndes Züchtungsinstitut. Der Konsumverein von Leuten, die sich als *Besondere* fühlen gelernt haben, wächst sich zu einem ortsgenossenschaftlichen Gemeinwesen aus, und dieses Gemeinwesen könnte die Grundlage werden zum Aufbau eines neuen Menschentums, zu einer rasseveredelnden *Menschenauslese*. PAUL KAMPFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Wertzuchssteuer WIR können dieses Mal über zwei gesetzgeberische Versuche, eine Wertzuchssteuer einzuführen, berichten, von denen der eine von der Stadt Cöln, der

andere von der hessischen Regierung gemacht worden ist. Die letztere hat dem Landtage eine Vorlage unterbreitet, die den hessischen Gemeinden das Recht geben will, den Wertzuchs bis zum Betrage von 20% für die Gemeindekasse abzufangen. Die bisher bestehende staatliche Besitzwechselaufgabe, die in progressiv abgestuften Sätzen 20 Pf. bis 1 M. für je 100 M. veräußerten Wertes beträgt, soll bestehen bleiben. Für die städtische Wertzuchssteuer bleibt also ein ganz beträchtlicher Spielraum. Die Abstufung der Steuer kann nach dem Entwurfe progressiv gestaltet werden. Die Steuer darf in allen Fällen des Besitzwechsels, Erbgang ausgenommen, erhoben werden. Als der ursprüngliche Wert gilt der Preis, zu dem der Veräußerer oder sein Erblasser das Grundstück erworben hatte. Um denselben festzulegen, wird beim Inkrafttreten der Steuer der Kaufwert des Grundstückes durch die Veranlagungskommission zur Grundsteuer festgestellt. Es wird also nur der zukünftig, nach Erlasse des Gesetzes eintretende Wertzuchs der Besteuerung unterworfen, während alle Wertsteigerungen, die vor diesem Termin liegen, steuerfrei bleiben. Das ist eine sehr weitgehende Beschränkung der Wirksamkeit der Steuer, die sich in keiner Weise rechtfertigen lässt. Die Schwierigkeiten, den ursprünglichen Verkaufswert eines Grundstückes zu berechnen, gegen den die Wertsteigerung festgestellt wird, mögen insbesondere in solchen Fällen gross sein, in denen der letzte Besitzwechsel mehrere Jahrzehnte zurückliegt. Sie lassen sich aber sogar in diesen Fällen überwinden. Ausserdem war es möglich, den dem Gesetz zu unterwerfenden Zeitraum auf eine bestimmte Anzahl von Jahren zu beschränken, in die man aber die Jahre der letzten Hausperiode mit ihren gewaltigen Wertsteigerungen des Grund und Bodens hatte einbegreifen müssen. Durch den vom Gesetzentwurf beliebten Ausschluss der Rückwirkung werden den Gemeinden sehr grosse Summen entzogen. Bei der Feststellung des zu versteuernden Wertzuchses können auf Antrag des Steuerpflichtigen die folgenden Abzüge gemacht werden: 1. in-zwischen gemachte Aufwendungen für die Bebauung des Grundstückes, Umbauten, Herstellung und Erhaltung, 2. geleistete Beiträge zum Strassen- und Kanalbau, 3. bei unbebauten Grundstücken pro Jahr 4% Zinsen des Ausgangswertes, wobei

jedoch etwaige Einnahmen aus dem Grundstück abzuziehen sind. 4. Wertzuwachs, der aus etwa entdeckten Bodenschätzen, Erzen, Kohlen, Quellen stammt, 5. bei Grundstücken, die seinerzeit in der Zwangsversteigerung erworben wurden, der nachweisliche Betrag einer ausgefallenen Forderung. Ein Wertzuwachs von weniger als 10% des früheren Wertes soll steuerfrei bleiben. Die Wertzuwachssteuer ist nach dem Entwurf keine obligatorische Steuer der Gemeinden. Es bedarf zu ihrer Einführung eines besonderen Antrages der Gemeinde bei der Regierung. Sie ist ferner nicht als eine wohnungspolitische Massregel, sondern als rein fiskalischer Ersatz für die durch das Zolltarifgesetz aufgehobenen städtischen Verbrauchssteuern gedacht, die von den grösseren hessischen Städten in grossem Umfange benutzt worden sind. An diesem ihrem Wesen wird auch durch die bodenreformerische Begründung nichts geändert, die die Regierung ihrem Entwurf auf den Weg mitgibt.

DER zweite Versuch geht von der Stadtverwaltung Cöln aus. Dieselbe hat der Stadtverordnetenversammlung einen Entwurf unterbreitet, über den wir die folgenden Angaben machen. Als Wertsteigerung gilt die Differenz zwischen dem letzten Erwerbspreis und dem jetzigen Verkaufspreis. Es sind die folgenden Abzüge gestattet: 1. bei den unbebauten Grundstücken eine 2prozentige Verzinsung von dem letzten Erwerbe an bis zum gegenwärtigen Verkauf, 2. alle Auslagen für Verbesserungen des Grundstücks einschliesslich Strassenbau- und Erwerbskosten, Stempel, Umsatzsteuer, Vermittlungsgebühr, Kosten für Neu- und Umbauten etc. Die Zuwachssteuer ist eine progressive. Sie steigt von 15% bei einer Wertsteigerung bis zu 30% um je 1% für je weitere 5% Wertsteigerung, bis zu einem Höchstbetrage von 35%. Diese Sätze sollen jedoch nur dann zur Erhebung kommen, wenn seit dem letzten Besitzwechsel weniger als 5 Jahre verflossen sind. Beträgt der Zeitraum mehr als 5, dagegen weniger als 10 Jahre, so werden $\frac{2}{3}$, beträgt er mehr als 10 Jahre, so wird nur $\frac{1}{3}$ der oben angeführten Sätze erhoben. Die Höhe der Wertzuwachssteuer richtet sich also einmal nach der Höhe des Gewinnes. Je höher der Gewinn, desto höher der Prozentsatz der Steuer. Sie richtet sich aber auch nach der Länge der Zeit, die zwischen zwei Besitzwechseln abgelaufen ist. Mit

der zunehmenden Länge dieser Frist tritt eine Depression der Steuersätze ein. Die in der Begründung hervorgehobene Absicht dabei ist die Bekämpfung der Grundstücksspekulation, die angeblich für die Gesamtheit von so schädigender Wirkung sein soll. Man sucht den Handel mit Grundstücken dadurch einzuschränken, weil man eine Verteuerung der Grundstücke und infolgedessen eine Erhöhung der Mieten von ihm annimmt. Wir haben an anderer Stelle auseinandergesetzt, dass wir diese Ansicht nicht teilen können, vielmehr davon überzeugt sind, dass gerade die Immobilisierung des Bodens, wie sie von vielen Bodenreformern angestrebt wird, eine Verteuerung desselben bewirken muss. Die in dem Entwurf vorgesehene Degression der Steuersätze ist also auf falschen Voraussetzungen begründet. Sie würde in der Praxis auf eine geradezu ungeheuerliche Bevorzugung der starken Hand hinauslaufen, die den gesteigerten Wertzuwachs jahrzehntelang in Gestalt höherer Mieten bezogen hat und für ihre Kapitalkraft noch durch die Ansetzung niedrigerer Steuersätze belohnt wird. In diesem Punkte, der von grundlegender Bedeutung ist, bedarf also der Cöln'er Entwurf ebenso der Verbesserung, wie in anderen Einzelheiten, auf die wir hier nicht näher eingehen können.

×
Arbeitslosigkeit IN München herrscht grosse
 in München Arbeitslosigkeit. Nach neueren Erhebungen der Gewerkschaften werden von derselben zirka 12 000 Arbeiter, und zwar ein grosser Teil davon schon seit 6 und 8 Wochen, betroffen. Es ist infolgedessen zu Strassendemonstrationen gekommen, gegen die der christliche bayerische Staat zunächst wieder einmal nichts anderes hatte, als die Brutalitäten seiner Polizei. Ebenso wenig war von einem Eingreifen der Stadtverwaltung zu merken, bis schliesslich die Sozialdemokratie der Arbeitslosen annahm und das Gewerkschaftskartell eine grosse, von mehr als 4000 Personen besuchte Versammlung veranstaltete. Eine von dieser angenommenen Resolution forderte die Behörden auf, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen und die kommunale Arbeitslosenversicherung baldigst einzurichten. Infolgedessen brachte ein sozialdemokratischer Vertreter im Magistrat einen Dringlichkeitsantrag ein, worin er sich die beiden Forderungen der Arbeitslosenversamm-

lung zu eigen machte. Der Antrag wurde sofort in geheimer Sitzung verhandelt, mit dem Ergebnis, dass die einzelnen Gemeindeämter angewiesen wurden, soviel als möglich kommunale Arbeiten in Angriff zu nehmen. Ausserdem wurde eine Kommission gebildet, die unter Zuziehung von Vertretern der Gewerkschaften eine öffentliche Sammlung für die Arbeitslosen veranstalten soll. Aus Gemeindemitteln wurde dazu der Betrag von 20 000 M. bewilligt, und die gleiche Summe von dem Münchener Hilfsfonds zugesprochen. Die öffentliche Sammlung ergab zirka 42 000 M. Da man nicht wusste, auf welche Weise die Verteilung der Gelder vorzunehmen sei, gab der Minister des Innern dem Ersten Bürgermeister den vernünftigen Rat, die Arbeiterorganisationen heranzuziehen. Nur ein Demokrat, Herr Dr. Quidde, erhob dagegen seine Stimme. Bei den nicht gewerblichen Arbeitslosen solle die Verteilung nicht den Gewerkschaften, sondern den Distriktsvorstehern zustehen. Man kehrte sich aber an diese demokratische Forderung nicht. Die Unterstützungen erfolgen durch das städtische Arbeitsamt und durch Gewerkschaftsdelegierte. Die letztere Einrichtung hat sich vorzüglich bewährt, dagegen zeigte sich die Hauptstelle des Arbeitsamtes ziemlich hilflos, und hätten dort die Gewerkschaftsbeamten nicht eingegriffen, so wäre es zu einem vollständigen Fiasko gekommen. Die Höhe der Unterstützung beträgt für Ehepaare je 60 Pf. täglich, für jedes Kind unter 14 Jahren 20 Pf. Ledige Arbeitslose erhalten täglich eine Anweisung auf ein warmes Mittagessen für 30 Pf. Eigentümlich ist das Verhalten des Ministers des Innern. Er weigerte sich entschieden, Barmittel zur Unterstützung der Arbeitslosen zu bewilligen, angeblich aus Furcht vor den Konsequenzen. Die Regierung befürchtet, auch von anderen Städten in Anspruch genommen zu werden, wenn sie München mit Geldbeiträgen unterstützt. Sie hat sich infolgedessen darauf beschränkt, an ihre untergeordneten Behörden die Weisung ergehen zu lassen, alle möglichen Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen. Da aber diese Arbeiten natürlich nicht vorbereitet sind, so werden Wochen darüber hingehen, bis die Vorbereitungen getroffen sind.

ZWEIERLEI haben die skandalösen Vorgänge in München wieder einmal recht deutlich bewiesen. Einmal die abso-

lute Gleichgültigkeit, mit der staatliche und kommunale Behörden der Arbeitslosigkeit gegenüberstehen. Wie wäre es sonst möglich gewesen, dass sie in dieser Art von den Ereignissen überrascht worden wären? Wie in München, so fehlt es in den meisten deutschen Städten an planmässiger Vorbereitung der Notstandsarbeiten. Infolgedessen wird man stets von den Ereignissen der Arbeitslosigkeit überrascht. Zweitens zeigt uns aber die Münchener Affäre, wie notwendig die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Die Münchener Stadtväter hatten nicht erst des ministeriellen Hinweises auf die Gewerkschaften bedürfen sollen. Hatte doch schon Anfang des Jahres 1903 der Statistiker Dr. Singer in einem ausführlichen Gutachten den Plan einer Arbeitslosenversicherung mit Hilfe der Gewerkschaften nach Genter System ausgearbeitet und dringend zur Annahme empfohlen! Man hatte aber die Sache verbummelt, und die Arbeitslosen Arbeitslose sein lassen. Hoffentlich wird der grosse Notstand dieses Jahres die Annahme der Singerschen Vorschläge beschleunigen.

× Kurze Chronik DER Frankfurter Magistrat berechnete die Kosten einer einmaligen Beschaffung der Lehrmittel an den Volksschulen auf 182 969.95 M., das heisst zirka 7 M. pro Kopf des Schülers. × Der Berliner Magistrat hat dem Ortsstatut über die Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in der Fassung der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt. × Der Magistrat Würzburgs hat die Errichtung einer Versorgungskasse für städtische Arbeiter beschlossen. × Das Berliner Kammergericht hat die Klage der Grossen Berliner Strassenbahn gegen die Stadt Berlin wegen Fortführung der Hochbahn abgewiesen. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat den Bau von fünf städtischen Strassenbahnlinien beschlossen. × In Charlottenburg ist es zu einem Schulkonflikt gekommen, über den noch berichtet werden wird. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Gemeindewahlen DIE Gemeinderatswahlen in Sachsen haben, wie sich jetzt feststellen lässt, ein befriedigendes Ergebnis gehabt. In dem weitaus grössten Teile der Gemein-

den haben in den letzten Monaten der Jahre mit geraden Endziffern die Ersatzwahlen stattzufinden. Gegenwärtig ist gerade eine solche Wahlperiode abgeschlossen. Nach den in den Zeitungen veröffentlichten Berichten haben unsere sächsischen Genossen in 207 Orten Erfolge zu verzeichnen; es wurden 364 Vertreter gewählt, wovon 91 der ansässigen und 273 der unansässigen Klasse angehören. Im Jahre 1898 hatten die sächsischen Genossen nur in 83 Orten Erfolge; gewählt wurden in diesem Jahre 130 Vertreter, darunter 18 Ansässige. Ebenso erfreulich sind die Erfolge der Sozialdemokratie bei den Bürgerausschusswahlen in Württemberg. Bei den letzten Wahlen wurden 74 sozialdemokratische Bürgerausschussmitglieder gewählt. Die badischen Gemeindewahlen des Jahres 1904 haben die Zahl unserer Vertreter auf den Rathäusern in Baden auf über 1000 gebracht.

×
England

IN der letzten Woche des Januar hielt in Liverpool das *L. R. C.* seine Jahresversammlung ab. Dieser Vereinigung gehören gegenwärtig 157 Gewerkschaften, 73 *Trades Councils*, die *I. L. P.* und die *F. S.* (*Fabian Society*) mit zusammen 900 000 organisierten Arbeitern an. Die *S. D. F.* gehört bekanntlich dem *L. R. C.* nicht an; sie vertritt die Anschauung, die *Trades Unions* müssten von innen heraus sozialistisch werden und nicht von aussen durch das Bündnis mit Sozialdemokraten. Alle Versuche, das Komitee von seiner selbständigen Arbeiterpolitik abzudrängen und es zu einem Werkzeug der bürgerlichen Partei zu machen, schlugen auch auf dieser Jahresversammlung fehl. Die Anhänger der liberalen Partei stellten den Antrag, die Statuten dahin zu ändern: »Das *L. R. C.* ist eine Vereinigung von *Trades Unions*.« Nach dieser Änderung wären also die den Liberalen unbecommene sozialdemokratische *I. L. P.* und die *F. S.* aus dem Bunde ausgeschlossen gewesen. Der Antrag wurde abgelehnt. Mit 742 000 gegen 140 000 Stimmen entschied sich der Kongress für die sozialistischen Vereinigungen (die *I. L. P.* und die *F. S.*). Auch folgende sozialdemokratische Resolution wurde mit erdrückender Majorität beschlossen: »Die Jahresversammlung des *L. R. C.* erklärt als letztes Ziel, den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu sichern, durch die Beseitigung des gegen-

wärtigen kapitalistischen Wirtschaftsystems und die Überführung aller Mittel der Produktion, der Verteilung und des Austausches in gesellschaftliches Eigentum.« In den Vorstand wurden neben 9 Vertretern von *Trades Unions* auch 3 Vertreter der sozialistischen Vereinigungen, darunter Keir Hardie, gewählt. Den russischen Revolutionären sprach der Kongress seine Sympathieen aus, er verurteilte die barbarischen Methoden der russischen Regierung und forderte in einem Aufruf die Gewerkschaften und die ganze Öffentlichkeit Grossbritanniens auf, Fonds zu sammeln, mit denen nicht nur die Witwen und Waisen der gefallenen Opfer unterstützt, sondern auch dem russischen Volke die Mittel beschafft werden, sich die Freiheit zu erkämpfen. Im ganzen zeigen die Verhandlungen und die gefassten Beschlüsse, dass unter den englischen Arbeitern die Überzeugung von der Notwendigkeit einer selbständigen unabhängigen Arbeiterpolitik stark gefestigt ist.

×
Russland

DIE Metzereien in Petersburg haben in der ganzen Welt, vor allem aber in den Reihen des sozialistischen Proletariats aller Länder flammenden Protest und zugleich Sympathiekundgebungen für die Opfer zaristischer Brutalität hervorgerufen. Im Namen des internationalen sozialistischen Bureaus zu Brüssel richtete das Exekutivkomitee (Vandervelde, Anseele, Serwy) einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder. In diesem werden alle, die durch irgendwelche Mittel (Geld, Einfluss, Agitation) zu dem Befreiungswerke beitragen können, das eins der grossartigsten und fruchtbarsten Ereignisse der Geschichte sein wird, aufgefordert, die russischen Revolutionäre nach Möglichkeit zu unterstützen. Das internationale parlamentarische Bureau im Haag forderte auf Ersuchen der französischen Parteiorganisation die Sozialdemokratie auf, in allen Parlamenten, wo dieselbe Vertreter hat, die Initiative zu ergreifen zu einem gemeinsamen Vorgehen gegenüber den russischen Metzereien. Der deutsche Parteivorstand hat für die Opfer der russischen Strassenunruhen 10 000 M. zur Unterstützung gestellt. In Berlin und fast allen anderen Grossstädten Deutschlands fanden zahlreiche Protestversammlungen statt. Flammende Sympathiekundgebungen für das russische Volk wurden in ganz Italien

veranstaltet. In Rom kam es dabei zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei, welche die Demonstranten hindern wollte, das Zentrum der Stadt zu erreichen. Nachrichten über Demonstrationen gegen den Zarismus kamen ferner aus Florenz, Neapel, Como, Verona, Mailand u. s. w. In der italienischen Kammer hatte schon vorher der republikanische Deputierte Mirabelli in einer Rede im Namen des italienischen Volkes gegen das russische Barbarentum Protest eingelegt. Die französischen Arbeiter haben sofort nach den Ereignissen von Petersburg Sammlungen für die unglücklichen Familien der Hingemordeten eröffnet. Die Freunde Louise Michels haben einen aus den Sammlungen für die Bestattung der *roten Jungfrau* verbliebenen Rest von 1546 fr. zur Agitation gegen den Zarismus bestimmt. In Paris und anderen grossen französischen Städten haben mächtige Kundgebungen für die Opfer des Zarismus stattgefunden, und die Sympathie für das franko-russische Bündnis dürfte in Frankreich endgültig dahin sein. In der Schweiz wird fleissig für den Revolutionsfonds, welcher der Propaganda für die Revolution in Russland dienen soll, gesteuert. Selbst in Spanien, so in Madrid und Bilbao, sind die sozialistischen Arbeiter in grossen Versammlungen zusammengetreten, um den russischen Brüdern ihre Sympathie zu bezeugen. Das Nationalkomitee der sozialdemokratischen Partei Spaniens hat beschlossen, Sammlungen zu Gunsten der Familien der am 22. Januar in Petersburg Gefallenen zu veranstalten.

× ×
Internationales sozialistisches Bureau DAS internationale Bureau hielt am 15. Januar in Brüssel eine Sitzung ab.

Genosse Vaillant führte aus, dass die Einigung der französischen Sozialisten als eine vollzogene Tatsache betrachtet werden könne; es bliebe nur noch übrig, sich über einige Organisationsbestimmungen zu verständigen. Der Sekretar Scwy gab sodann einen Bericht über die Arbeiten des Sekretariats seit dem Amsterdamer Kongress. Hierauf begann die Diskussion über die Abstimmungsmethode auf den internationalen Kongressen. Vandervelde erörterte den Begriff *Nationalität*, soweit solche das Recht auf eine besondere Stimme innerhalb des Kongresses beanspruchen können; van Kol unterbreitete ein System der proportionalen Vertretung, wonach drei verschie-

dene Kategorien von Nationalitäten je nach der Bedeutung der sozialistischen Parteien in den betreffenden Ländern unterschieden werden. Nach diesem System würden die einzelnen Nationalitäten, je nach ihrer Stärke, 9, 6 oder 3 Stimmen erhalten. Nach langer, interessanter Diskussion wurde beschlossen, die Entscheidung über diese Frage ein Halbjahr hinauszuschieben. Bebel beantragte, um es möglichst allen Nationalitäten möglich zu machen, sich im internationalen Bureau vertreten zu lassen, die Sitzungen, abgesehen von dringenden Fällen, jährlich nur einmal stattfinden zu lassen. Dieser Antrag wurde angenommen.

× ×
Totenliste IN Dortmund ist vor kurzem der Veteran der dortigen Sozialdemokratie Heinrich Fickermann, im Alter von 72 Jahren gestorben. Der Verstorbene ist schon in seinen jungen Jahren mit viel Eifer und Opfermut für die moderne Arbeiterbewegung tätig gewesen und immer, selbst unter den schwersten Zeiten des Sozialistengesetzes, dem Sozialismus treu geblieben. Aus Philadelphia kam die Nachricht herüber, dass dort F. W. Fritzsche am 5. Februar im Alter von 80 Jahren verstorben ist. Fritzsche war am 25. März 1825 in Leipzig geboren und gehörte zu jenen Arbeitern, die bereits in den ersten Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung mit Verständnis und Begeisterung angingen. Er war Mitglied jener Deputation Leipziger Arbeiter, welche im Jahre 1863 Lassalle aufsuchten und die Gründung des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* herbeiführten. Später begründete Fritzsche den deutschen Zigarrenarbeiterverband, und lange ist er an der Spitze des *Deutschen Gewerkschaftsbundes* tätig gewesen. Im Reichstag des Norddeutschen Bundes sass Fritzsche als einer der ersten Vertreter der Sozialdemokratie. Im Jahre 1880 wanderte Fritzsche nach Amerika aus; auch dort blieb er dauernd im Dienste der Partei.

× ×
Kurze Chronik DER erste Reichstagswahltag nach dem Dreidenen Partentag wurde in Calbe-Ascher-leben eröffnet, bei der Nachwahl siegte dort in der Stichwahl Genosse Albrecht über den Nationalliberalen Placke. × Die Anstellung eines Parteisekretars beschloss

der sozialdemokratische Verein in Halle; die Tätigkeit des selben soll mit dem 1. April beginnen. Auch für die Provinz Pommern wurde die Errichtung eines Parteisekretariats mit einem besoldeten Beamten vom 1. April ab beschlossen. × Zur Errichtung einer eigenen Parteidruckerei in Elberfeld-Barmen hat der Verlag der *Freien Presse* den Kauf eines Grundstücks vollzogen. Mit dem 1. Januar 1906 soll das neu zu errichtende Gebäude bereits in Benutzung genommen werden. × Einen Sozialdemokraten als Präsidenten des Grossen Stadtrats hat nun auch die schweizerische Bundesstadt Bern in der Person des Rechtsanwalts Aebi erhalten. × Bei den Provinzialwahlen in der Provinz Bologna (Italien) fielen den Sozialisten von 15 Sitzen 6 zu; 4 von diesen wurden in Imola gewählt. × Die italienischen Genossen Südtirols sind in verschiedene Richtungen gespalten. Jede einzelne hat ihr Parteiorgan, und die gegenseitige Erbitterung ist eine sehr tiefgreifende geworden. Diese Zerwürfnisse haben auch übergriffen auf die Gewerkschaften, so dass die ganze Arbeiterbewegung darunter zu leiden hatte. Vor kurzem fand nun in Trient eine Konferenz der südtirolerischen italienischen Sozialdemokraten statt, und es gelang hier, einen Beschluss herbeizuführen, wonach die Polemiken zwischen den einzelnen Richtungen eingestellt werden und zur Beseitigung der dem Frieden entgegenstehenden Schwierigkeiten von beiden Seiten ein Komitee zu wählen ist.

× **Literatur** ×
 DAS internationale sozialistische Bureau hat ein 524 Seiten starkes Buch *L'organisation socialiste et ouvrière en Europe, Amérique et Asie* erscheinen lassen. Es enthält umfangreiche Berichte und statistische Angaben über die Geschichte, die Organisationsformen, die Mitgliederzahlen, die Wahlziffern und die Presse der sozialistischen Parteien fast aller europäischen Staaten, sowie der Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien, Australiens und Japans. Angegliedert sind Berichte über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Dänemark, Schweden, England und Australien, sowie eine summarische Übersicht über die Anzahl der Genossenschaften verschiedener Länder. Im einzelnen liesse sich gegen die Art der Behandlung wohl manches

einwenden. Eine in die Tiefe gehende Darstellung verbot sich in dem Raum eines kleinen Buches, das die ganze Welt umfassen soll, von selbst. Doch ist der grosse Fleiss und die Sorgfalt der Zusammenstellung anzuerkennen, sowie auch die Objektivität, mit der in den Ländern, in denen es eine einheitliche Sozialdemokratie nicht gibt, die verschiedenen Richtungen behandelt sind. Einige der wichtigsten Staaten sind freilich etwas zu kurz fortgekommen, so in erster Linie Frankreich. Sehr erwünscht wäre es, wenn vielleicht bei einer Neuauflage des Buches ein Verzeichnis der gesamten sozialistischen Presse oder wenigstens der Zentralorgane und der Zeitschriften aller Länder angefügt würde. Wertvoll wären auch Hinweise auf die Literatur über den Sozialismus in jedem der Kulturstaaten. Als weitere Publikation hat das internationale Bureau das offizielle Protokoll über die Verhandlungen des Amsterdamer Kongresses (in französischer Sprache) erscheinen lassen. × Neu aufgelegt ist von der Buchhandlung *Vorwärts* die Broschüre August Bebel's *Attentate und Sozialdemokratie*; das historische Material ist von dem Verfasser in einem Nachwort ergänzt worden. × Gleichfalls neu aufgelegt ist von dem gleichen Verlag die kleine Schrift *Anarchismus und Sozialismus* von G. Plechanow, in der der Verfasser eine *Biographie* der verschiedenen anarchischen Systeme zu geben versucht; eine Streitschrift, keine objektive Darstellung und auch keine theoretisch klärende Auseinandersetzung. × Die im vorigen Band der *Sozialistischen Monatshefte* erschienenen Abhandlungen von Dr. Leo Arons über die preussische Volksschule sind, mit einer Einleitung *Schulfrage und Klassenkampf* von Dr. Max Quarek versehen, als besondere Schrift, vorwiegend zu Agitationszwecken, herausgegeben. × Dr. Heinrich Lauffenberg hat im Verlag der Düsseldorfener *Volkszeitung* eine kleine Broschüre *Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?* erscheinen lassen; der Verfasser behauptet nicht nur diese Frage, sondern kommt sogar zu dem Schluss, dass ein Katholik durch seine religiöse Überzeugung zum Sozialismus direkt kommen müsse.

DAS soeben erschienene Generalregister der Jahrgänge 1883 bis 1902 der *Neuen Zeit* dient jedem, der sich in der Ideenwelt des Marxismus hineinleben will,

als trefflicher Führer. Die eigentliche Lebensarbeit der *Neuen Zeit* bestand während der beiden Dezennien ihrer Tätigkeit in der Einführung des Marxismus in die Elite der deutschen Arbeiterschaft. Von einer Beherrschung der Arbeitermassen selbst durch den Marxismus kann nicht die Rede sein. Der Marxismus ist nicht der Geist der Sozialdemokratie in seiner Totalität, sondern eine Geistesströmung in der Sozialdemokratie. Marxisten und Revisionisten dürften mit gleichem Interesse, um ganz heimisch in dem gewaltigen Lehrgebäude von Karl Marx zu werden, nach dem übersichtlichen Generalregister der *Neuen Zeit* greifen.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Tariffbewegung DIE Erkenntnis von der grossen Bedeutung der Tarifverträge, als geeignetes Mittel zur Regelung der Arbeitsverhältnisse, ist sehr im Wachsen begriffen, sowohl bei den Unternehmern, als auch bei den Arbeitern. Neuerlich wurde die Diskussion über diese Frage in der Hauptsache angeregt durch den letzten, 15wöchentlichen Kampf in der Berliner Holzindustrie. Der Ausgang dieses von den organisierten Unternehmern zu einer Machtprobe gegen die organisierten Arbeiter bestimmten Kampfes hat den Scharfmachern denn doch gezeigt, dass ihre auf Vernichtung der Arbeiterorganisationen gerichteten Absichten sich nicht verwirklichen lassen, dass im Gegenteil die Gewerkschaften bei Regelung der Arbeitsverhältnisse und Festsetzung der Arbeitsbedingungen als den Unternehmerorganisationen gleichberechtigter Faktor anerkannt werden müssen. Die mittelparteiliche Presse hatte zunächst auf diese Tatsache, als erfreuliches Ergebnis der Berliner Kämpfe, hingewiesen, die *Fachzeitung*, das Organ des scharfmacherischen *Arbeitgeberschutzverbandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen*, konnte sich dieser Lehre nicht entziehen. Sie bezeichnete den Abschluss von Tarifverträgen als ein wünschenswertes Ziel der organisierten Unternehmer, und als ein solcher Tarifvertrag endlich abgeschlossen war, da betonte diese arbeiterorganisationsfeindliche Zeitung mit besonderem Nachdruck, dass er abgeschlossen worden sei »durch Verhandlungen von Organisation zu Organisation, was ihm besondere Bedeutung für die zukünftige Entwicklung im Ge-

werbe schaffe. »Nur die Organisation schafft Ordnung im Gewerbe, das war ihr Fazit aus den vierjährigen Kämpfen. Gewiss ein den Arbeiterorganisationen sehr schmeichelhaftes Eingeständnis.

DIE Berliner Kämpfe haben auch die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft in ihrem als *Jahrbuch für Handel und Industrie* erscheinenden Jahresbericht für 1904 zu einer Stellungnahme zu den kollektiven Arbeitsverträgen veranlasst. Es wird da erklärt, dass sich im Handelskammerbezirk Berlin die Fälie im erfreulichen Masse mehren, in denen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen ohne vorausgegangenen Zusammenstoss und ohne Dazwischenkunft einer Behörde sich im voraus darüber verständigen, welche Frist, Zeit und Ort der Lohnzahlung und anderes mehr während einer bestimmten Periode gelten sollene. Für Berlin seien im Vorjahre für mehr als 60 000 Arbeiter die Arbeitsverhältnisse durch kollektive Arbeitsverträge geregelt gewesen. Aus der ganzen Auslassung liest man die Freude heraus über diese Art der Regelung der Arbeitsverhältnisse.

DIE bemerkenswerteste Kundgebung für die Tarifverträge erfolgte aber durch die *Cölnische Zeitung*. Das rheinische Blatt, das man gewissermassen als Sprachrohr der Grossindustriellen und, in gewissem Sinne, auch des Scharfmachertums bezeichnen kann, zieht aus dem Kampfe in der Berliner Holzindustrie ebenfalls die Lehre, dass solche Tarifverträge die beste Möglichkeit bilden, um das Gewerbe vor schweren Schädigungen zu schützen, und dass durch Abschluss von solchen Verträgen wenigstens für geraume Zeit das Wirtschaftsleben vor Störungen bewahrt und der gewerblichen Tätigkeit die Möglichkeit gegeben wird, sich in sicheren Verhältnissen einzurichten. Am besten sei es aber, wegen der dadurch entstehenden Erbitterung Kämpfe erst gar nicht entstehen zu lassen, sondern alle Differenzen nach Möglichkeit auf gutlichem Wege zu schlichten. Besonders für die Grossindustrie seien solche Tarifverträge sehr erwünscht — ein Eingeständnis, das um so überraschender wirkt, als gerade die grossindustriellen Organisationen der Metallberufe sich jungst erst einem Anschreiben des deutschen Metallarbeiterverbandes gegenüber, das zu Verhandlungen über kollektive Arbeitsverträge einlud, sich schroff ablehnend verhalten hat. Überraschend ist auch das Eingeständnis der *Cölnischen Zeitung*, dass die

Grundlage eines Tarifvertrages eine starke Organisation sei, deren Leitung ihres Einflusses auf die Mitglieder jederzeit sicher sei. Ist doch von ihrer Seite bisher alles getan worden, um die Entwicklung starker Arbeiterorganisationen in Deutschland zu hindern.

AUCH das *Zentralblatt für das Baugewerbe* hat in Erwiderung der gegen Tarifverträge gerichteten Kundgebung der *Arbeitgeberzeitung* (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1904, II. Bd., pag. 1005) sich sehr günstig über solche Arbeitsverträge ausgesprochen, und das wiegt um so schwerer, als gerade die Unternehmer des Baugewerbes mit seinen zahlreichen Tarifgemeinschaften eine reiche Erfahrung auf diesem Gebiete gemacht haben. In treffender Weise werden alle Einwendungen der *Arbeitgeberzeitung* gegen Tarifverträge widerlegt, nachdrucklich wird unter anderm der Einwand, dass die Verschiedenartigkeit der Produktionsverhältnisse einer allgemeinen Tarifgemeinschaft hinderlich seien, unter Hinweis auf den Buchdruckertarif mit seinen 8264 Positionen, zurückgewiesen. Bei einigermaßen gutem Willen liessen sich immer einheitliche Grundlagen für eine Tarifgemeinschaft finden.

DIESEN erfreulichen Kundgebungen ist aber die Tatsache gegenüberzustellen, dass in der Textil- und in der Schuhindustrie, zwei Gewerben, wo alle Vorbedingungen zum Abschluss kollektiver Arbeitsverträge gegeben sind, durch die bruske Ablehnung der von Arbeitern geforderten Tarifverträge durch die Unternehmer sehr ernste Differenzen auszubrechen drohen. In der Textilindustrie handelt es sich um eine allgemeine Tarifbewegung im Voigtland und für die Appretur- und Färbearbeiter in Glau Chau und Meerane. Hier sind die Verhandlungen noch nicht ganz abgebrochen worden, wohl aber in Weissenfels, wo die Schuharbeiter ihren Fabrikanten einen Tarifvertrag unterbreitet hatten, der trotz der bescheidenen Arbeiterforderungen, die er enthielt, von den Fabrikanten abgelehnt wurde, so dass die Arbeiter sämtlicher 23 Schuhfabriken Weissenfels' gekündigt haben, um durch Streik ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

DIE Tarifbewegung der Seidenhutmacher nimmt einen erfreulichen Verlauf, für das Formstechergewerbe ist eine Tarifgemeinschaft zwischen den Vorständen der Unterneh-

mer- und Arbeiterorganisationen bereits abgeschlossen, und es bedarf dazu nur noch der Sanktion der Organisationen. Im *Silberschlägergewerbe* wurde die wöchentliche Arbeitszeit, der Tarifgemeinschaft gemäss, auf 40 Stunden festgesetzt, und weiter wurde vereinbart, im Jahre 1905 keine Lehrlinge einzustellen. Das Tarifamt der Buchdrucker hat, um den tarifwidrigen Arbeitsniederlegungen im Buchdruckgewerbe entgegenzutreten, folgende Beschlüsse gefasst: Die Wahl von Arbeitersausschüssen ist zu begünstigen, dabei sollen die Vertrauensmänner der Gehilfen dem Ausschuss angehören. Wenn die Bildung eines Ausschusses wegen zu kleinen Umfanges des Betriebes nicht möglich ist, sollen die Vertrauensmänner vom Prinzipal anerkannt werden. Der *Steinsetzerverband* wendet sich mit einer Denkschrift an die Kommunal- und Staatsbehörden mit dem Ersuchen, Strassenbauarbeiten nur solchen Firmen zu übertragen, welche den Nachweis erbracht haben, dass sie sich mit der in Betracht kommenden Arbeiterorganisation über die Lohn- und Arbeitsbedingungen geeinigt haben.

DER *Kupferschmied* führt in einem interessanten Artikel den Nachweis, dass im Kupferschmiedegewerbe alle Vorbedingungen für den Abschluss einer Tarifgemeinschaft gegeben seien, nur die Unternehmer — —.

× **Streikversicherer** — DIE Bestrebungen der **Unternehmer**, die ihnen unangenehmen Folgen der Streiks abzuschwächen und damit der ganzen Streikbewegung der Arbeiterschaft ihre erfolgreiche Wirkung zu nehmen, sind wohl so alt, wie die Arbeiterbewegung und die Unternehmerorganisation überhaupt. Eine festere Form erhielten diese Bestrebungen durch das von Berliner Scharfmachern ausgehende *Industrieprojekt*: eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 5 Mill. M. sollte gegründet werden zwecks Entschädigung an Unternehmer für Materialverlust, Konventionalstrafen etc. bei *unberechtigten* Streiks. Dieses Projekt umfasste unter anderm auch eine *obligatorische Einigungsklausel*, das soll ihm, nach der Erklärung seiner Urheber, verhängnisvoll geworden sein — es kam nichts danach. Nunmehr hat der durch seine Scharfmacherallüren bekannt

gewordene Landtagsabgeordnete Menk in einer der letzten Vorstandssitzungen des *Vereins deutscher Arbeitgeberverbände*, am 12. Dezember, das Problem der Streikversicherung wiederum aufge- rollt. Sein Hauptaugenmerk richtet Menk auf die Streikschutzorganisation der Metallindustriellen. Dabei rechnet er aber nur mit dem deutschen Metall- arbeiterverband als der zu bekämpfenden Arbeiterorganisation; für die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiter- organisationen ist das bezeichnend. Im übrigen steht das Projekt des Herrn Menk auf recht schwachen Füßen, wie dies das *Korrespondenzblatt der General- kommission* in recht interessanter Weise ausführt, so dass die Streikversicherungs- aktion der Scharfmacher wohl auch dies- mal im Sande verläuft.

EINE Streikversicherung besteht übri- gens jetzt schon in folgenden Unterneh- merverbänden: *Gesellschaft zur Entschä- digung von Arbeitseinstellungen* zu Leip- zig (Vereinigung der Metallindustriellen), *Arbeitgeberschutzverband der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen*, *Verein deutscher Flaschenfabrikanten*, *Zentralverband deutscher Brauereien gegen Verfassungserklärungen* und *Verband rheinisch-westfälischer Brauereien*.

× ×
Italien DIE gewerkschaftliche Or- ganisation Italiens ist noch wenig einheitlich durchge- bildet. Die Frage der Organisations- form steht noch sehr im Vordergrund der Diskussion, wobei sich ein gewisser Ge- gensatz zwischen den Arbeitskammern (örtliche Organisationen, ähnlich den Ge- werkschaftskartellen Deutschlands) und den gewerkschaftlichen Zentralverbänden bemerkbar macht. Die Arbeitskammern beherrschten vor einigen Jahren noch fast ausschliesslich das gewerkschaftliche Leben Italiens. Sie umfassen die lokalen Vereine eines Ortes und die Zweigvereine der Zentralverbände; sie erheben zur Deckung der Verwaltungskosten feste Beiträge; bei grösseren Streiks liegt ihnen die Veranstaltung von Sammlungen von Unterstützungsgeldern ob; ein Mitbe- stimmungsrecht bei Streiks haben sie nicht. Diese älteren gewerkschaftlichen Organisationen, deren Form, möchte man sagen, die in romanischen Ländern typische ist, von denen es im Jahre 1903 nach der offiziellen Statistik 43 gab, ent- sprechen nicht mehr den modernen An- sprüchen, welchem Mangel man durch

Gründung von Zentralverbänden abzu- helfen versuchte. Bei diesen ist der Ein- fluss der deutschen gewerkschaftlichen Zentralverbände unverkennbar. Die Er- klärung dafür liegt ja auf der Hand: die italienischen Wanderarbeiter, die in grosser Zahl in Deutschland Beschäfti- gung suchten, fanden dort neben dieser auch eine gute gewerkschaftliche Schu- lung. Darauf ist es auch zurückzuführen, dass neben den Buchdruckern gerade die Bauarbeiter am längsten zentralistisch organisiert sind, seit 1898. Gegenwärtig bestehen 24 Zentralverbände mit 1183 Sektionen und 205 362 Mitgliedern, und zwar zählten Mitglieder die Organisationen der Schuhmacher 4000, Hutmacher 4500, chemischen Industrie 2534, Bau- arbeiter 24 000, Eisenbahner 56 150, Eisen- bahner der Klein- und Strassenbahnen 3000, Gasarbeiter 3400, Krankenwärter 2400, Handlungsgehilfen 4500, Holzarbei- ter 4300, Buchdrucker 9000, Lithographen 860, Bergarbeiter 3060, Seelente 12 000 Metallarbeiter 30 000, Goldarbeiter 800, Bäcker 4000, Friseure 2000, Lederarbeiter 1458, Hafenarbeiter 7000, Staatsarbeiter 15 000, Textilarbeiter 8000, Porzellanarbei- ter 800 und Glasarbeiter 2000. Ausser- dem existieren in 13 Provinzen Land- arbeiterorganisationen mit 101 200 Mit- gliedern, Beamtenevereine mit 59 700 und lokale Vereine mit rund 85000 Mitglie- dern, so dass die gesamten Organisationen gewerkschaftlichen Charakters in Italien rund 410 000 Mitglieder zählen. Die Ar- beitskammern haben sich auf ihrem Kon- gress in Bologna im Jahre 1907 in dem *Secretariato per le Camere del Lavoro* eine Leitung geschaffen, deren Sitz in Mailand ist. Die Zentralverbände haben, um den Zusammenschluss der gewerk- schaftlichen Organisationen Italiens zu fördern, sich diesem Sekretariat ange- schlossen, wodurch es zur Zentralleitung der Gewerkschaften Italiens gemacht wurde.

AUF dem vom 6. bis 9. Januar in Genua abgehaltenen 5. Gewerkschafts- kongress sollte nun eine feste Basis für diese Zentralleitung geschaffen wor- den. Die Diskussion über diesen Punkt führte zu einer grundsätzlichen Aussprache zwischen den Anhängern der Arbeitskammern und denen der Zentralver- bände. Die hierzu angenommene Reso- lution umgrenzt das Tätigkeitsgebiet beider Organisationen in ähnlicher Weise wie es in Deutschland zwischen den Ge- werkschaftskartellen und Zentralverban-

den geschehen ist. Das Zentralsekretariat wurde zur dauernden Einrichtung gemacht, als Leitung beider Organisationen. In das selbe wählen die Arbeitskammern 5. die Zentralverbände 4 Vertreter. Von der Wahl der ersteren dürfte es abhängen, ob die so vorbereitete Vereinigung der italienischen Gewerkschaftsbewegung eine dauernde ist. Der Kongress nahm weiter Stellung zur sozialen Gesetzgebung, votierte für durchgreifenden Schutz der Reisarbeiter und erklärte sich, einer Resolution der Arbeitskammer in Mailand folgend, bedingungsweise für den Generalstreik.

× ×
Kurze Chronik EIN ARBEITERSCHUTZKONGRESS für alle in Hafen-, Schiffs- und Schiffbaubetrieben beschäftigten Arbeiter soll im Herbst dieses Jahres in Berlin stattfinden. × Die Gewerkschaften in Erfurt planen die Gründung eines Gewerkschaftshauses. × Ein internationaler Backereiarbeiterkongress findet voraussichtlich im April in Hamburg statt.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Landwirtschaft- DIE so lange geplante liche **Genossenschaften** scheiterte Einigung zwischen den beiden grossen landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen, dem *Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften* in Darmstadt und dem *Generalverband der Raiffeisengenossenschaften* in Neuwied ist nun glücklich zustande gekommen und damit ein für die weitere Entwicklung des landlichen Genossenschaftswesens in Deutschland ausserordentlich bedeutender Schritt getan. Durch diesen Beschluss werden nunmehr rund 16 000 Genossenschaften mit zusammen 1 350 000 Mitgliedern in eine mächtige Organisation zusammengeballt. Auf den Darmstädter Verband entfallen davon 11 000 Genossenschaften mit etwa 1 Mill. Mitglieder. Der Geldverkehr dieser Vereine belief sich im Jahre 1903-1904 auf 1782 Mill. M.; der gesamte Warenumsatz wurde auf 75 Mill. M. geschätzt, von denen 55 Mill. M. durch die Zentralstellen vermittelt wurden. Dem Neuwieder Verband gehörten Ende 1903 4243 Vereine an, von denen 3375 über 300 000 Mitglieder zählten und mit den Zentralstellen einen Geldverkehr von rund 516 Mill. und einen

Warenverkehr von rund 50 Mill. M. hatten.

DIE Verbindung — so wurde auf einer Konferenz in Hannover am 26. Januar beschlossen — soll zunächst eine ziemlich lose sein. Beide Verbände werden einstweilen ihre selbständige Verwaltung behalten. Doch werden die bis jetzt zentralistisch organisierten Neuwieder Verbandsfilialen in selbständige Revisionsverbände umgewandelt werden, und diese werden dann auch dem *Reichsverband* als Mitglieder angehören. Letzterer übernimmt die Vertretung beider Verbände nach aussen hin. Zunächst ist mit diesen Beschlüssen wenigstens eine Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz und Animositäten erreicht. Sollte daraus in der Folge eine Vereinigung auch der geschäftlichen Tätigkeit der beiden Organisationen entstehen, so würde das für beide einen gewaltigen Zuwachs an wirtschaftlicher Macht und schnellerer Entwicklungsmöglichkeit bedeuten.

× ×
Berlin AUCH in Berlin geht es vorwärts, aber es geht doch sehr langsam vorwärts.

Denen, die in der Bewegung drin stehen, mag es wohl manchmal scheinen, als ob all ihre Mühen und all die gebrachten Opfer umsonst wären, als ob dem steinigen Boden des Grossstadtpflasters nun einmal keine blühende genossenschaftliche Vegetation abzugewinnen wäre. Die beiden grössten Berliner Konsumvereine befinden sich eigentlich schon längere Zeit in einem Zustand, den man fast als Stagnation bezeichnen könnte. Beide haben zwar im abgelaufenen Geschäftsjahr — wohl dank einer mit grossem Aufwand an Kraft und Mitteln durchgeführten Agitation — etwas an Mitgliedern gewonnen, in beiden zeigt aber der Umsatz eine Neigung zum Stillstand, wenn nicht zum Rückgang. Nachfolgend ein Überblick.

	Konsumgenossenschaft Berlin u. Umg., e. G. m. b. H.	Berliner Konsumverein
Mitglieder	1902-1903 4787	5313
	1903-1904 5227	5957
Umsatz im eigenen Geschäft	1902-1903 855516 M.	629530 M.
	1903-1904 784593 „	632545 „
Umsatz im Liefer- rangentgeschäft	1902-1903 —	170002 „
	1903-1904 29676 „	208250 „
Nettoüberschuss	1902-1903 24539 „	—
	1903-1904 24870 „	35915 „
Rückvergütung	1902-1903 2 1/2 %	4 0/0
	1903-1904 3 0/0	4 0/0
Einbezahlte Geschäftsanteile	1903-1904 68175	26245

Das sind angesichts einer nach Hunderttausenden zählenden Arbeiterschaft freilich noch sehr klägliche Resultate. Gewiss darf nicht verkannt werden, dass die Stellung besonders einer jungen Konsumgenossenschaft in einer Stadt, wie Berlin, aus den bekannten Gründen (Konkurrenz des dort hochentwickelten Privathandels, grosse Entfernungen) eine sehr schwierige ist. Aber diese Schwierigkeiten wären zu überwinden respektive hätten schon längst überwunden sein können, wenn in der Berliner Arbeiterschaft die Überzeugung von der Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation des Konsums und der Produktion als einer unentbehrlichen Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes etwas mehr lebendig wäre. Aber davon ist bis jetzt nichts zu spüren. Es tritt uns im Gegenteil in den Berliner Arbeiterkreisen eine fast an Abneigung grenzende Gleichgültigkeit gegenüber den genossenschaftlichen Bestrebungen entgegen. Verstärkt wird diese Stimmung natürlich noch durch Vorkommnisse, wie sie sich in letzter Zeit hier abgespielt haben. Da ist zum Beispiel der durch unordentliche Geschäftsführung und übereilte Gründungen verursachte Zusammenbruch des Rixdorfer Konsumvereins, bei dem fast das ganze eingezahlte Mitgliederanteilkapital verloren gegangen ist. Dann die Ereignisse in dem grossen 25 000 Mitglieder zählenden Rabattsparverein *Südost*, der eben auf dem besten Wege war, sich in eine wirkliche Konsumgenossenschaft zu verwandeln, und der nun in seiner Entwicklung gestört wird durch die kolossalen Verluste, die ihm aus dem Betriebe einer Anzahl eigener Schlächtereigengeschäfte erwachsen sind. Durch diese Verluste ist die letzte Rabattzahlung auf $\frac{3}{4}$ ihrer sonstigen Höhe herabgedrückt worden, was sowohl unter den Mitgliedern, als auch weit über diesen Kreis hinaus grosse Aufregung hervorgerufen hat.

WAS liegt nun aber sonst dieser Abneigung zu Grunde? Genosse Katzenstein hat sie in einem manch treffendes Wort enthaltenden Artikel im *Genossenschaftspionier* auf eine Art Misoneismus der Berliner Bevölkerung, die bunt zusammengewürfelt zum grossen Teil aus Gegenden mit der schlechtesten Schulbildung und der grössten sozialen Rückständigkeit stamme, zurückgeführt und damit sicher ein wahres Wort gesprochen. Ebenso dürfte aber auch ein gewisser

Autoritätenglaube, eine Abhängigkeit von den Meinungen der Führer, die ja hier besonders dicht sitzen, mit im Spiele sein. Lassen wir diese Führer in ihrer grossen Mehrheit sich erst einmal für das Genossenschaftswesen begeistern und dieser Begeisterung genügend Ausdruck verleihen, dann werden wir sehen, wie verhältnismässig rasch die genossenschaftliche Wüste Berlin sich in eine Oase verwandeln wird.

INZWISCHEN haben wir wenigstens die Freude, zu sehen, wie in den Vororten Berlins, wo insbesondere jene oben erwähnten wirtschaftlichen Ursachen nicht so zutreffen, ein reges genossenschaftliches Leben sich entwickelt. In Charlottenburg, in Cöpenick, Tegel, Lichterfelde, Zehlendorf, Friedrichshagen, Stglitz, Adlershof u. s. w. bestehen teils ältere, teils jüngere Konsumvereine, die aber fast durchgängig in einer soliden Weiterentwicklung begriffen sind. Vielleicht auch, dass einmal von hier aus, wo der genossenschaftliche Gedanke unter günstigen äusseren Umständen erstarkt, Berlin der Bewegung gewonnen wird.

× **Kurze Chronik** DER dies-jährige Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die Generalversammlung der G. E. G. wird vom 10. bis 23. Juni in Stuttgart stattfinden. Auf seiner Tagesordnung steht unter anderem die Beratung über einen mit den Vertretern der Handlungshelfen ausgearbeiteten Entwurf, in dem die wesentlichen Anstellungsbedingungen des kaufmännischen Hilfspersonals der Verbandsvereine festgelegt werden. Ein weiteres wichtiges Traktandum des Kongresses wird die Schaffung einer Fürsorgekasse für die Angestellten und Arbeiter der Konsumvereine sein, zu der die Vorarbeiten bereits eifrig betrieben werden. × Die Zentraleinkaufskasse der christlichen Gewerkschaftskonsumvereine in M.-Gladbach hat ihre Liquidation beschlossen, nachdem durch die Misswirtschaft ungeschulter Verwaltungskräfte und infolge des immer mehr schwindenden Vertrauens der angeschlossenen Konsumvereine der Umsatz zuletzt rapid herabgegangen war und das letzte Jahr mit einer Unterbilanz von 17 427 M. abgeschlossen hatte. Hoffen wir, dass dieses böse Ereignis gute Früchte tragen wird, indem es die betrei-

lichten Vereine aus ihrer Isolierung herausreißt und sie der neutralen Konsumvereinsbewegung zuführt! × Der *Verband schweizerischer Konsumvereine* hat im Jahre 1904 die Zahl der ihm angeschlossenen Genossenschaften von 142 auf 175 vermehrt. Der Umsatz der Zentralstelle wuchs von 6 179 838 fr. in 1903 auf 7 671 372 fr., das heisst um 24%. × Ein hervorragender dänischer Genossenschaftler, der Sekretär des dänischen Zentralverbandes, der Reichstagsabgeordnete und Höchstgerichtsanwalt *Svend Högsbro* ist zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt worden. × Der letzte der berühmten 28 *redlichen Pioniere von Rochdale*, *Samuel Tweedale*, ist kürzlich im Alter von 81 Jahren in Atherstone gestorben. × Der *Wiener Konsumverein Vorwärts* schliesst sein letztes Geschäftsjahr mit 9408 Mitgliedern und einem Umsatz von rund 1 728 400 M. ab. Er besitzt jetzt 27 Verkaufsstellen. Die verteilte Rückvergütung betrug 4%.

× **Literatur** ×
EIN *Standardwerk* über britische Genossenschaftsbewegung ist erschienen.

Es nennt sich *Industrial co-operation, the story of a peaceful revolution* /Manchester, *Co-operative Union/* und ist von *Catherine Webb* im Auftrag der südlichen genossenschaftlichen Erziehungssektion für den Genossenschaftsbund herausgegeben worden. *L. L. Price* von der *Oxford University* hat eine Vorrede dazu geschrieben. Das Buch, ein Sammelwerk, soll als Handbuch für den Gebrauch der Studenten der Geschichte, Theorie und Praxis des britischen Genossenschaftswesens dienen. Es enthält im ersten Teil eine gedrängte historische Übersicht von 1824 bis zur Jetztzeit; dann folgt im zweiten eine eingehende Darstellung sowohl der praktischen Tätigkeit und Entwicklung der einzelnen Genossenschaften und Genossenschaftsarten, als auch der verschiedenen Theorien, die in der britischen Bewegung, besonders in Bezug auf das Gewinnbeteiligungsproblem um die Oberhand streiten. Der dritte Teil schildert die innere Organisation des Genossenschaftsbundes und gibt ein Bild von den besonderen Bestrebungen und Aufgaben, denen sich der britische Genossenschaftler widmet, wie *Bildungsfrage*, *Erfassung der Ärmsten*, *Women's guild* etc. Sehr interessant ist der Anhang: eine grosse Anzahl Tabellen

und graphischer Darstellungen in 'einer Ausführlichkeit und Reichhaltigkeit, wie sie bis jetzt noch kaum gebracht sein dürften. Die Herausgeberin steht durchaus auf dem Boden einer modernen, oder in England vielmehr klassischen Genossenschaftsbewegung, die nicht nur nächstliegende wirtschaftliche Bedürfnisse befriedigen will, sondern das ideelle Ziel der materiellen und geistigen Höherhebung des ganzen Volkes vor Augen hat.

GERTRUD DAVID

KUNST

Bildende Kunst

Ausstellungen GOTTHARD KÜHL
in Berlin und Heinrich Zügel beherrschten nach

einander den Oberlichtsaal bei Schulte. Der erste trägt seine Farbigkeiten gern auf wie blitzende Kleinode,, die man auf hellen Stoffen am liebsten zur Schau stellt. Im Innern lichter Barockkirchen bringt er die verstreuten heiligen Kostbarkeiten jede für sich zur Geltung. In weiten Hausfluren und Treppenhallen, in denen Sonnenstrahlen und Schatten einander umtanzen, mag er nicht gesammelte Ruhe darstellen, wie es die Holländer taten, sondern er geht dem einzelnen nach, den grünlich-blauen Reflexlichtern in alten kirschbraunen Mahagonischränken, den Beschlägen der Holztruhen, den Einzelheiten eines Anzuges, ja, noch die dunklen Augen eines vom Licht fortgewendeten Gesichts blicken als zwei scharf begrenzte Schwarzen aus einer Helligkeit heraus, weil zurückgeworfene Strahlen überhaupt jede Unklarheit vertreiben. Auch amüsiert es den Maler, zwei ganz bestimmte Farben, zum Beispiel ein Blau und ein Gelb in verschiedenen Abtönungen, durch ein Zimmer zu verfolgen, wo dann die Kleider der Herumsitzenden, das Holzwerk, Wände, Kachelöfen und Metallgerät als eben so viele gesonderte Ähnlichkeiten in angemessenen Abständen immer wieder kehren. Auch im Freien, in seinen Dresdener Stadtbildern betont er, was kraus und unabhängig und für sich dasteht, immer noch bis in die zusammenfassenden Beleuchtungseffekte hinein. Er sieht viel, selbst noch, wenn die Strassenlaternen in das Regenrieseln hineinscheinen — fast zu viel manchmal, um die Abstufungen der Deutlichkeit aus der Nähe bis in die Ferne mit Klarheit durchführen zu können. Jedenfalls

ist dies ein anderes Extrem der Anschauung, als das des Monet der letzten Jahre, dem alle Einzelheiten des Sichtbaren in einen farbigen Nebel zusammenfließen. Zügel, der Tiermaler, fasst die Farben mehr unter sich zusammen. Er ist in den letzten Jahren wieder zu den einfacheren Beleuchtungsverhältnissen zurückgekehrt, welche Form und anatomischen Bau zugleich aber auch den Charakter des Rindes oder Schafes deutlicher erkennen lassen, als die Zerstreuung von Sonnenfleck und Schatten. Das war das Thema, welches in der jüngstvergangenen Zeit abgehandelt wurde. Da gab es stärkere Abwechslung im Farbigen auf derselben Fläche, aber der Reichtum der Gegensätze zwischen den verschiedenen Bildern scheint heute grösser und tiefer geworden, obgleich jede einzelne Leinwand auf den ersten Blick zurückhaltender koloriert zu sein scheint. Sehr häufig kehrt ein dunkles Violettbraun wieder, in dessen verschiedenen Nuancen sich das feuchte Erdreich und die dunklen Flecken auf dem Fell der Ochsen wiedergeben lassen. Am reichsten und mannigfaltigsten wurde aber das Weiss unter der Fülle gedämpfter Reflexe. Ein kleineres Bild zeigt zwei Stiere von einem Burschen in rötlichem Hemde im Wasser stehend festgehalten, so dass der im Schatten liegende Spiegel seine Perlmutterfolie um die warm hellen, vom weich anliegenden Haar umschmiegt Körper breitet. Hier ist eine Kraft malerischer Anschauung mit einer Intimität der Kontrastwirkung und eine starke Sicherheit im Vortrag, wie sie heute in Deutschland ganz gewiss nicht häufig gefunden wird.

BEI Cassirer zeigte ein frühes Bild von Renoir, *Die Verlobten*, ein Gelb und Scharlachrot, wie das unbefangene Auge sie sieht, in dem streifigen Seidenstoff einer Damentoilette eng zusammen gestellt, — und nicht nur von der seingigen — völlig verschwinden um den kühleren Tönen und unentschiedeneren Färbungen Platz zu machen, die grade bei diesem Maler später leicht ins Sussliche fielen. Zugleich sind diese beiden Figuren als Zeitschilderung zu den hervorragenden Dokumenten zu zählen. Walter Leistikow zeigte seine bei aller Gelassenheit so vielseitige Farbe. Als für ihn neues Motiv und lichteste Stimmung ein Gartenausschnitt mit blühenden Obstbäumen, wo auch das Weiss

und Rosa sehr ernst gesehen ist; nordisch kühl ist die Beleuchtung. Das Astwerk zeigt sich überall schwarzlich und klar gezeichnet zwischen den Blüten, die an Spalierre gezwungenen Sträucher zeigen ihre wie Fächerrippen ausgebreiteten Zweige deutlich, ein Anklang an die ornamentalen Neigungen des Künstlers. Die melancholischen Stimmungen der markischen Kiefernwälder, die kräftig glühenden der Berge um Meran und ganz finstere Gebirgsmotive aus Schnechelle und lichtlosen Höhendunkelheiten schliessen sich mit ihren reichen Abwechslungen an, die niemals im Stofflichen liegen. Curt Herrmann im Saal nebenan fährt fort, durch Punktieren Farben zu mischen. Er will beweisen, dass auch die Schatten farbig sind, was übrigens auch Rubens gewusst hat. Farben, wie sie Monet gelegentlich in einem beschatteten Schilfstreifen mit eingestreuten Wasserlilien hat, ein kaltes Grün und ein sehr rotes Lila, beckt Herrmann durcheinander, um den Schatten auf einer hellen Wand darzustellen. Nur fugt er zu der starken Farbe noch den starken Tonunterschied — er nimmt dunkles Zinnobergrün —, und dies ist seine besondere Note. Er gibt zu, dass Dunkelheit existiert. Es ist gar nicht verwunderlich, dass dergleichen Farbenübereinstimmungen vorkommen müssen, wenn man einmal das Mischen abgeschworen hat. Sobald aber ein Schatten sich von dem daneben stehenden Licht so stark abhebt, und wenn er nun auch noch als Farbe kräftiger wirkt, als die Helligkeit, dann wird man ihm zuerst und unter Umständen sogar allein ihr Bilde sehen. Auch da, wo sie leere, vertiefte Räume vorstellen sollen, geben die Schatten, wie Curt Herrmann sie darstellt, viel mehr die Vorstellung von etwas sehr eigensinnig Körperhaftem. Und darum bilden sie stark illusionsstörende Momente. Ich konstatiere dies nur, es soll keine Kritik bedeuten. Denn warum musste die Illusion aufrechterhalten werden? Also neben die eigentlich dargestellten Dinge drängt sich noch eine zweite Art von Erscheinungen, die ihnen an materieller Wirkung gleichkommen. Losten die französischen Neompressionisten die körperhafte Wirkung der Dinge auf, so vertreibt man mit so betonten Schatten das Luftige, das Leere, den Raum aus dem Bilde. Dass er sich überhaupt den Grundsätzen der französischen Experimentatoren nicht fügen will, beweist der Deutsche auch, indem er

die dargestellten Dinge seiner Stilleben und manche Parteen der Landschaftsmotive mit sehr deutlichen Grenzen umgibt, die dann freilich zuweilen in das schwankende Nebeneinander anderer Farbenflächen als sonderbare Härten hineinschneiden. Ich denke dabei an die Einfassung des geraden Weges in einem Gartenausschnitt.

× Kurze Chronik IN Düsseldorf ist am 1. Februar Oswald Achenbach gestorben. × Ihm folgte Adolph von Menzel am 9. Februar.

ANNA PLEHN

DIVERSA

Bücher

Kalthoff: Zarathustra-Predigten WER es unternimmt, aus den Lehren Nietzsches, des grossen Zerstörers, eine positive Lebensauffassung herauszugestalten, und sogar eine soziale, der stellt sich keine leichte Aufgabe. Ob sie überhaupt lösbar ist und ob Albert Kalthoff sie gelöst hat, könnte nur Nietzsche selbst entscheiden. Mag die objektive Richtigkeit dieser Nietzsche-Auslegung also dahingestellt bleiben: an der subjektiven Wahrscheinlichkeit des Interpreteten lassen die *Zarathustra-Predigten* / Jena, Diederichs/ keinen Zweifel. Hören wir also nicht Nietzsche, so hören wir Kalthoff. Auch das ist ein Mann, den man hören kann, denn er spricht aus sich selbst; als Bekenner und Kündler einer neuen Kultur. Die heutige Kultur unterdrückt, schablonisiert, verflacht den Menschen, wertet ihn nach seinem Haben, nicht nach seinem Sein. Die urreigenste Bestimmung des Menschen ist die Bestimmung zur Grösse. »Menschengrösse aber ist die Kraft des eigenen Willens, Entfaltung der freien Persönlichkeit, denn nur dadurch ist er Mensch, dass er im stande ist, ein *Ich will* zu sprechen. So liegt in dem *Ich will* aller Menschenwert beschlossen; Menschen zu schaffen, die sagen können *Ich will*, das ist das Ziel und die letzte Aufgabe, aber auch die Probe jeder echten Kultur.« Dieser Willensmensch der Zukunft ist nach Kalthoff Nietzsches *Übermensch*. »Er ist ein Menschenideal, in dem alles Unlebendige, Unfreie, alles Absterbende, Schwächliche und Krankhafte am Menschen ausgetilgt, alle grossen schöpferischen Willenskräfte entfaltet

und zu Kulturwerten ausgeprägt sein sollen.« Dieses Ideal der Emporbildung der menschlichen Persönlichkeit hat nichts zu tun mit der »Fratze, zu der böser Wille oder Unverstand das Bild des Übermenschen gemacht hat«, meint Kalthoff. Aber hat nicht Nietzsche selbst den Anlass zu jener Fratze gegeben, indem er seinem Übermenschen als wesentliches Requisit das Herrscherrecht gab über die Masse der *Herdenmenschen*? Für Kalthoff ist der Herdenmensch nur das begriffliche Gegenstück des Übermenschen; bei Nietzsche erscheint jener als eine reale Existenzbedingung für diesen. Daher war Nietzsche ein tiefgründiger Hasser des Sozialismus, während Kalthoff ein ebenso tiefgründiger Fürsprecher des selben ist. Seine Auffassung der Übermenschidee als eines allen Menschen gesteckten universalen Entwicklungsideals ist ja im Grunde nichts anderes, als das Kulturziel, dem die sozialistische Bewegung zustrebt. Die ganze, freie und volle Persönlichkeit fühlt, wie Kalthoff treffend sagt, auch das Gemeinschaftsleben der Menschheit in sich pulsieren. Darum ist ihr die Ordnung des staatlichen und sozialen Lebens nicht gleichgültig; sie greift kräftig mit ein in das politische Leben, »dass das Falsche und Unechte seinen Kurs verliere und aus dem Staate, der den Menschen verschlingt, eine Menschengemeinschaft werde, in der alle Menschengrösse wächst und alle Menschenkeime ihre Entfaltung finden.« WIE Kalthoff aus den Nietzscheschen Negationen der christlichen Nächstenliebe, des Mitleids, der Treue etc. die positiven Kerne einer höheren, sozialen Moral herausliest, wie geistvoll er sich mit der Lehre von der ewigen Wiederkunft der Dinge abfindet, mag man in dem Buche selbst nachlesen. Von der Kunst, die ins Gesamtheitsleben eindringen, eine wirkliche Volkskunst werden soll, verlangt Kalthoff neben der inneren Wahrheit die Einfachheit. Zweifelloso ständen die *Zarathustra-Predigten* als rhetorisches Kunstwerk höher und würden sich ihren Weg ins Volk leichter bahnen, wenn sie dieser Forderung mehr gerecht würden. Überladenheit des Stils und Verstiegtheit des Ausdrucks tun der Schönheit des Ganzen Abbruch. Auch sollte man nicht Gott sagen, wenn man den Menschen meint.

EDUARD DAVID



A BAUDELAIRE

FV